



Einsichten und Perspektiven

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



**Sophie Scholl – eine Ikone des Widerstands / Erinnerungsalbum
Karl Hoffmann / Meinungsfreiheit oder Meinungsmonopol? / Länder-
notiz: Finnland / „Sich ein Leben zu erkämpfen ist nicht leicht ...“
Sexuelle Vielfalt als gesamtgesellschaftliche Herausforderung**

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Sascha Gorhau, M.A., arbeitet als freier Journalist und Autor.
Professor Dr. Dirk Götschmann ist Professor em. für Neuere und Neueste Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Landesgeschichte an der Universität Würzburg.

Werner Karg leitet das Veranstaltungsreferat der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und ist stellvertretender Leiter derselben.

Dr. Hildegard Kronawitter, Dipl.-Volkswirtin und Landtagsabgeordnete a. D., ist seit 2009 ehrenamtliche Vorsitzende der Weiße Rose Stiftung e. V..

Zara Pfeiffer ist Lehrbeauftragte am Institut für Medien der Kunstuniversität Linz und am Institut für Soziologie der LMU-München; sie ist darüber hinaus als pädagogische Mitarbeiterin beim Pädagogischen Institut der Stadt München im Bereich gender studies und als freischaffende Autorin tätig.

Dr. Mathias Rösch, Historiker, ist Leiter des Schulmuseums Nürnberg und Kustos der Schulgeschichtlichen Sammlung, Universität Erlangen-Nürnberg.

Hinweis zur Bestellung von Publikationen der Landeszentrale:

Alle Publikationen der Landeszentrale sind ab 1. August 2014 online unter **www.bestellen.bayern.de** sowie in der Buchausgabe der Landeszentrale erhältlich. (Praterinsel 2, 80538 München)

Öffnungszeiten:

Montag/Dienstag/Mittwoch 12.30 Uhr – 16 Uhr,
Freitag 9 Uhr – 13 Uhr sowie am ersten
Dienstag im Monat 12.30 Uhr bis 19 Uhr

Impressum

Einsichten und Perspektiven

Verantwortlich:
Monika Franz,
Praterinsel 2,
80538 München

Redaktion:
Monika Franz,
Werner Karg,
Uta Löhner
Redaktionsassistentin:
Julia Kovacs

Gestaltung:
www.griesbeckdesign.de

Druck:
alpha print medien AG,
Darmstadt

Titelbild: Sophie Scholl als
Comicfigur, hier: Ausschnitt
Webcomic „Das Leben ist
kein Ponyhof“ von
Sarah Burrini

Foto: www.sarabburrini.comics

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Inhalt



- Hildegard Kronawitter
80 **Sophie Scholl – eine Ikone des Widerstands**



- Mathias Rösch
92 **Erinnerungsalbum Karl Hoffmann**



- Dirk Götschmann
106 **Meinungsfreiheit oder Meinungsmonopol?**
Die Rundfunkfreiheit im parlamentarischen Diskurs der Nachkriegszeit



- Neue Publikation
117 **europa.elementar**



- Themenschwerpunkt:
118 **25 Jahre Fall der Mauer**

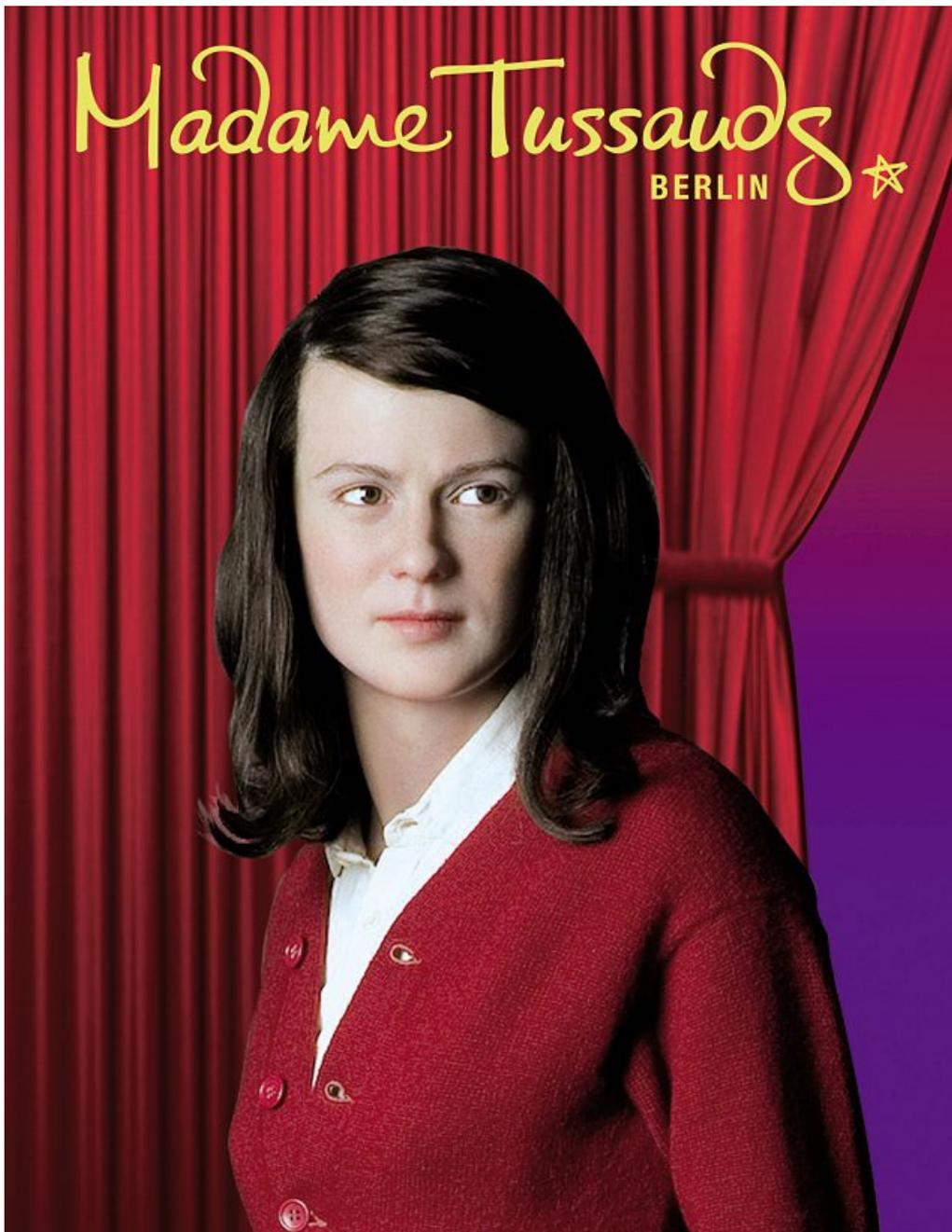
- Sascha Gorhau
120 **Ländernotiz: Finnland**

- Zara S. Pfeiffer
134 **„Sich ein Leben zu erkämpfen ist nicht leicht ...“**
Sexuelle Vielfalt als gesamtgesellschaftliche Herausforderung

- Werner Karg
140 **Interview mit Zoharit Shorek und Arik Steiner zum CSD Tel Aviv**

Sophie Scholl – eine Ikone des Widerstands

Von Hildegard Kronawitter



Sophie Scholl als Wachsfigur, aus der Herstellung und dem Besitz von Madame Tussauds. Die Figur ist optisch angelehnt an die von Julia Jentsch verkörperte Sophie Scholl im Film „Sophie Scholl – die letzten Tage“ von Marc Rothemund.

Foto: ©Madame Tussauds 2014

1 Dieser Text geht auf einen Vortrag in der Berliner Stadtbibliothek am 19. Mai 2014 zurück. Das Manuskript wird veröffentlicht im Band Widerstand, Serie Standpunkte, Klostermann Verlag, Frankfurt 2014; die Landeszentrale dankt dem Klostermann-Verlag für die freundliche Abdruckgenehmigung.

Sophie Scholl ist die populärste Frau des deutschen Widerstands. Mit ihrem Namen verbinden viele Menschen Widerstand gegen Unfreiheit und NS-Diktatur. Umgekehrt wird Widerstand oft spontan mit ihrer Person assoziiert. Unzählige Menschen interessieren sich für ihr Handeln und bewundern ihre Geradlinigkeit und ihren Mut, ja sie verehren Sophie Scholl geradezu. Diese Verehrung geht bisweilen weit über den großen Respekt hinaus, der den weiteren Mitgliedern der Weißen Rose gilt.

Die besondere, ja ungewöhnliche Wertschätzung soll im Folgenden anhand einiger Fakten und Interpretationen aufgezeigt werden; gleichzeitig geht es darum den Gründen nachzuspüren, warum Sophie Scholl zu einer Ikone des Widerstands wurde.

Die Weiße Rose Stiftung e.V. erhielt im April folgende drei ausgewählte Nachrichten:

- Neun Schauspielerinnen im Alter von 20 bis 27 Jahren bringen Ende Mai im Wiener OFF-Theater die Aufführung „Blatt für Blatt. 9 Frauen – 1 Leben – Sophie Scholl“ auf die Bühne. Als freie Theatergruppe setzen sie sich in dem Stück mit dem Facettenreichtum der historischen Figur Sophie Scholl auseinander und schlagen Brücken zu sich selbst und ihren persönlichen Herausforderungen.²
- Der neu gewählte, 35-jährige Bürgermeister einer niederbayerischen Landgemeinde erkundigte sich nach Bildern von Sophie Scholl. Mit Amtsbeginn am 1. Mai wolle er ein Foto von ihr in seinem Arbeitszimmer hängen haben. Erläuternd ließ er wissen: Sophie Scholl sei ein großes Vorbild für ihn, ihre Gradlinigkeit und ihr Mut, für die eigene Meinung einzustehen, imponierten ihm.
- Die Studierenden des Masterstudiengangs European Studies an der Hochschule Bremen bestimmten bei ihrem Jean-Monnet-Projekt „EU Leadership, Skills in Past and Present“ 25 Persönlichkeiten, mit denen sie Europa ein Gesicht geben wollten. In diesen Personenkreis wählten sie auch Sophie Scholl und begründeten dies folgendermaßen: Sophie Scholl stehe für lautere Gesinnung, mutiges Eintreten für die eigene Überzeugung unter größter Gefahr und für die Übernahme von Verantwortung. Sie passe damit als Vorbild gut im Kontext heutiger „Leadership“.³

Bereits diese wenigen Beispiele zeigen: Sophie Scholl ist vielen Menschen in ganz unterschiedlichen Le-

benslagen ein großes Vorbild, insbesondere aber jungen Menschen, was nicht zuletzt Umfragen belegen. So ermittelte eine repräsentative Studie der BAT-Stiftung für Zukunftsfragen 2009 die zehn wichtigsten Leitfiguren für junge Deutsche zwischen 14 und 27 Jahren. Sophie Scholl (und ihr Bruder Hans) werden an sechster Stelle genannt – nach Mutter Teresa, Martin Luther King und anderen.⁴

Obleich Sophie Scholl evangelisch war, stellt die Katholische Landjugendbewegung (KLJB) sie als ihr zentrales Vorbild heraus und führt zum Beleg ihre Biografie an.⁵ Sogar Google schaltete am 9. Mai 2014, also an Sophies 93. Geburtstag, eine Sonderseite „Google ehrt Widerstandskämpferin“ mit vielen Fotos, biografischer Skizze sowie Hinweisen zu Artikeln und Links.

Zweifellos wird das große Interesse an der jungen Widerstandskämpferin fortwährend durch Medienberichte, Filme, Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt, Theateraufführungen und Dokumentationen genährt. Marc Rothemunds Film „Sophie Scholl. Die letzten Tage“ aus dem Jahr 2005 etwa ist nach wie vor weltweit ein Botschafter der jungen Heldin. Außerdem stellen Theateraufführungen mit dramaturgischen Mitteln ihre Persönlichkeit und ihr Handeln vor. Unter anderem gastiert das freie Theater Eukitea seit 2013 mit einer beeindruckenden Inszenierung „Sophie Scholl – Innere Bilder“ an bayerischen Schulen. Die Weiße Rose Stiftung ergänzt die Aufführungen mit der Wanderausstellung „Die Weiße Rose“; der Bayerische Kulturfonds unterstützt die Theatertour finanziell.

Unbestritten sind die Geschwister-Scholl- oder Sophie-Scholl-Schulen in besonderer Weise Träger der Erinnerung. Nach einer Auswertung von ARTE-Karambolage 2006 sind nach dem Geschwisterpaar Scholl sage und schreibe 181 deutsche Schulen benannt. Kein anderer Na-

2 Schreiben von Corinna Harrer, Mitglied der Gruppe, an Hildegard Kronawitter, vom 03.02., 11.02. und 09.05.2014. Das Stück sollte auch in München zur Aufführung gebracht werden, wofür die Unterstützung der Weiße Rose Stiftung erbeten wurde.

3 Eine Ausstellung im EuropaPunkt Bremen präsentiert die ausgewählten Personen im Mai und Juni der Öffentlichkeit. Auch hier ging es um ein Foto von Sophie Scholl. Monika Blaschke, Projektkoordinatorin, Schreiben vom 28.03.2014 an Hildegard Kronawitter, Weiße Rose Stiftung e. V., Telefonat am 10.04.2014.

4 Vgl. Münchner Merkur vom 14.12.2009.

5 www.helmut-zenz.de/hrscholl.html [Stand: 13.04.2014]. Auf der Homepage finden sich ausführliche Angaben zur Biografie Sophies Scholls sowie zu Literatur und Sophie-Scholl-Schulen.

mensgeber ist öfter vertreten. Zusätzlich wurden 24 Sophie-Scholl-Schulen gezählt. Inzwischen erfolgten weitere Namensgebungen. Zuletzt, exakt am 16. Mai 2014, wurde das neusprachliche Gymnasium in Trient (Italien) in „Liceo Linguistico Sophie Magdalena Scholl“ umbenannt⁶ und im Oktober 2013 in Premnitz die „Berufliche Schule für Sozialwesen Sophie Scholl“.⁷ Sie alle beziehen sich auf den Wertekanon, für den die Namensgeberin steht. Pointiert formuliert dies die Sophie-Scholl-Schule in Berlin: Es seien auch jene verbindlichen Werte, die für die Schulgemeinschaft gelten würden, nämlich: „Zivilcourage, Gewaltlosigkeit, Toleranz, solidarische[s] Verhalten sowie demokratisches Denken und Handeln“.⁸

Dem wachen Interesse der Leserschaft am „kurze[n] Leben der Sophie Scholl“⁹ trug im letzten Jahrzehnt die Biografien schreibende Historikerzunft mit zahlreichen Veröffentlichungen Rechnung. Allein 15 bedeutende Publikationen wurden seit 2003 vorgelegt, darunter die quellen-gesättigten Biografien von Barbara Beuys und Maren Gottschalk.¹⁰ Die neuen Veröffentlichungen befördern maßgeblich die Erinnerung an Sophie Scholl, sie festigen bzw. präzisieren historisches Wissen über sie und bewirken zugleich eine intensive Medienberichterstattung mit neuerlicher Fokussierung auf Sophie Scholl.

In seiner 2013 gesendeten Reihe „Frauen, die Geschichte machten“ hebt das ZDF Sophie Scholl als eine der zentralen Protagonistinnen heraus und begründet die Wahl wie folgt: „Den Platz in den Geschichtsbüchern erhielt sie [Sophie Scholl] nicht, weil sie etwas bewegte, sondern weil sie Stellung bezog und für ihre Haltung in den Tod ging. Dadurch wurde sie posthum zum Vorbild und zur moralischen Instanz.“¹¹

Aber muss diese Begründung nicht für alle weiteren, zum Tode verurteilten und vom NS-Gewaltstaat hingerichteten Personen des Widerstandskreises Weiße Rose gelten – also für Alexander Schmorell, Hans Scholl, Christoph Probst, Willi Graf, Prof. Kurt Huber, auch für Hans Leipelt? Mit ihnen allen verbindet sich jene Botschaft der Weißen Rose, die auf unser heutiges Leben zielt, nämlich individuelle Freiheit, Übernahme von Verantwortung, Handeln nach eigenem Gewissen, Schutz von Toleranz und Menschenwürde. Anders gefragt: Was hebt Sophie Scholl weit über andere Heldinnen und Helden des Widerstandes hinaus, was lässt sie zur Ikone werden? Eine Antwort darauf – so meine ich – ist in ihrem Leben und in ihrer charismatisch wirkenden Persönlichkeit zu finden.

Sophie Scholl wurde als viertes von fünf Kindern des Ehepaares Robert und Magdalena Scholl am 9. Mai 1921 in Forchtenberg, im Hohenlohekreis (Baden-Württemberg) geboren. Der Vater, selbst zeitlebens liberal, politisch klar denkend und weltoffen, war in der damals kleinen Landgemeinde mit gerade mal 518 wahlberechtigten Bürgern von 1919 bis 1930 Bürgermeister. Die Mutter, bis zur Eheschließung 1916 Diakonissin, prägte die Kinder im christlich-humanistischen Geist. Die fünf Schollkinder und der Pflegesohn Ernst Gruele verbrachten in Forchtenberg unbeschwerte, naturverbundene Kinderjahre. Der Ort sei – so ihre Biografin Barbara Beuys – im späteren Leben der Sophie Scholl gestanden „für eine fast grenzenlose Freiheit, die Freiheit, als Einzelne oder in der Kindergemeinschaft ungefährdet Raum und Zeit zu durchqueren [...]“.¹² Die Sehnsucht nach einer spürbaren, engen Verbindung zur Natur habe sich in diesen Lebensjahren in ihr begründet. Nach dem bitter erlebten Verlust des Bürgermeistermandats in

6 Die Zusammenlegung zweier Schulen machte den neuen Schulnamen notwendig. Auskunft Anna Raffaeli beim Besuch der Denkstätte Weiße Rose am 05.04.2014.

7 In Anlehnung an die bereits vorhandene Grundschule Geschwister Scholl, Nachricht am 21.10.2013 vom Schulvertreter Bodo Awizio. Schulträger ist die Arbeiterwohlfahrt.

8 www.sophie-scholl-schule.eu/joomla/index.php?option=com_content&view=section&id=9&Itemid=81&lang=de [Stand: 25.04.2014].

9 Hermann Vinke, Buchtitel, 1981, Wiederauflagen, zuletzt 2013.

10 Für die jüngsten Veröffentlichungen war der jetzt im Institut für Zeitgeschichte zugängliche umfangreiche Nachlass von Inge Aicher-Scholl eine gute Basis – Bernd Aretz: Sophie Scholl. Ein Lebensbild, München/Zürich/Wien 2013; Maren Gottschalk: Schluss. Jetzt werde ich etwas tun. Die Lebensgeschichte der Sophie Scholl, Weinheim 2012; Ethel Tolansky: Sophie Scholl and the White Rose. Resistance to the Nazis, London 2012; Barbara Beuys: Sophie Scholl. Biografie, München 2010; Barbara Leisner: Sophie Scholl und der Widerstand der Weißen Rose. Lebendige Biographien, Würzburg 2010; Frank McDonough: Sophie Scholl: The Real Story of the Woman who Defied Hitler, The History Press, Stroud 2009; Barbara Sichtermann: Wer war Sophie Scholl? Berlin 2008; Annette E. Dumbach: Sophie Scholl and the White Rose, Oxford 2006; Peter Selg: Der geistige Weg von Hans und Sophie Scholl. „Wir haben alle unsere Maßstäbe in uns selbst“, Dornach 2006; Fred Breinersdorfer (Hg.): Sophie Scholl. Die letzten Tage, Frankfurt am Main 2005 (Buch zum Film); Barbara Leisner: „Ich würde es genauso wieder machen“. Sophie Scholl, Berlin 2005; Thomas Hartnagel (Hg.): Sophie Scholl - Fritz Hartnagel. Damit wir uns nicht verlieren, Frankfurt am Main 2005; Hermann Vinke: Das kurze Leben der Sophie Scholl, Ravensburg 2005, Hermann Eimüller: Sophie Scholl. Ein Lebensbühnenfilm (Theaterstück), Augsburg 2004; Werner Milstein: Mut zum Widerstand. Sophie Scholl – ein Porträt, Neukirchen-Vluyn 2003. Nicht mitgezählt sind zahlreiche biografische Artikel über Sophie Scholl in Sammelbänden.

11 ZDF, <http://www.zdf.de/frauen-die-geschichte-machten/sophie-scholl-seele-des-widerstands-frauentiegeschichtemachten-29817172.html> [Stand: 01.05.2014].

12 Beuys (wie Anm. 10), S. 52. Zu weiteren biografischen Daten ebd. und Gottschalk (wie Anm. 10).



Enthüllung einer Sophie-Scholl-Bronzebüste anlässlich des 20. Jahrestages der Hinrichtung der Geschwister Scholl, Münchner Sophie-Scholl-Realgymnasium, 22. Februar 1963

Foto: ullsteinbild – dpa

Forchtenberg im Jahr 1930 siedelte die Familie nach Ludwigsburg über, 1932 dann nach Ulm.¹³ Für die knapp elfjährige Sophie änderte sich damit erneut ihre Lebenswelt, jetzt mit dem Schulwechsel zum 14. April 1932 in die Mädchenoberrealschule Ulm.

In der jüngeren Literatur zur Weißen Rose wird ausführlich erörtert, wie lange und warum die Scholl-Kinder den Jugendorganisationen der NSDAP angehörten und warum sie alle – außer dem Jüngsten, Werner – schnell Leitungsaufgaben übernahmen. Inge Scholl stieg bis zur Leiterin eines „Ringes“ im Bund Deutscher Mädels (BDM) mit rund 500 Mädchen auf. Dem sechzehnjährigen Hans Scholl unterstanden als „Fähnleinführer“ 160 Jungen, bis es am Ostern 1936 im Streit um seine unerlaubte Gruppenfahne zum Bruch kam.¹⁴

Sophie Scholl, fast dreizehnjährig, legte am Abend des 20. April 1934 zusammen mit anderen „Neuen“ auf der Ulmer Gänsewiese ihr Gelöbnis für die „Jungmädelschaft“ ab.¹⁵ Ein Jahr später war sie „Jungmädelschaftsführerin“

und betreute fünfzehn Mädchen im Alter von zehn bis vierzehn Jahren. Damit übernahm sie eine neue Rolle, die die gleichaltrige Freundin Susanne Hirzel folgendermaßen umschreibt: Sophie „war wie ein feuriger wilder Junge, trug die dunkelbraunen glatten Haare im Herrenschnitt und hatte mit Vorliebe eine blaue Freischarbluse oder eine Winterbluse ihres Bruders an. Sie war keck, mit heller klarer Stimme, kühn in unseren wilden Spielen und von einer göttlichen Schlamperei.“¹⁶ Im Mai 1936 ist Sophie „Scharführerin“ und damit für vier „Jungmädelschaften“ verantwortlich.

Sehen wir in der begeisterten, in ihrer Gruppe beliebten, sich dem Kleidungskomment nicht vollends unterwerfenden „Jungmädelführerin“ bereits jene Sophie Scholl, die sich nicht in die gängige Mädchen- und Frauenrolle hatte pressen lassen, die entgegen der Norm rauchte, ihre Individualität lebte, gerne Verantwortung übernahm und sich später aus den Widerstandstätigkeiten ihres Bruders nicht heraushalten ließ?

Unbestritten ist, dass „Sophie Scholl [...] in der Jungmädelarbeit die Möglichkeit entdeckte, ihre Talente zu entfalten.“ Es sei – so Maren Gottschalk weiter – für Mädchen damals etwas völlig Neues gewesen, allein auf Fahrt zu gehen oder Radtouren und Zeltlager zu organisieren.¹⁷ Die fünfzehnjährige Sophie unternahm mit ihrer Mädchen-Gruppe abenteuerlich anmutende Fahrradtouren mit Selbstversorgung, Naturerleben, Zeltübernachtungen und romantisch-nächtlichen Lagerfeuern.

Als Sophie am 31. August 1937 von einer großen Sommerfahrt in den Böhmerwald zurückkam, schrieb sie einen Satz in ihr Tagebuch, der uns heute einen Hinweis gibt auf ihr inzwischen geändertes Verhältnis zur Hitlerjugend: „Von der H.J. habe ich mich ohne mein Wollen ganz gelöst. Ich habe nichts mehr zu geben, nichts mehr zu nehmen [...]“¹⁸ Sie blieb ihr jedoch zugehörig, erst im Frühjahr 1938 ist Sophies Führungsaufgabe beim BDM nach einem Konflikt beendet. Wie beim Streit des Bruders ging es um eine von der HJ-Ordnung nicht erlaubte Fahne. Sophie und andere Gruppenführerinnen hatten sich statt des Hakenkreuzes einen Drachen auf ihren Wimpel genäht – offenbar ihrem Wunsch nach Individualität entsprechend. Demütigend wurden die Mädchen vor ihren Gruppen als Führerinnen abgesetzt.¹⁹ Sophie ging bis 1941 weiter zu den Gruppenstunden, wie sie im Verhör aussagte, allerdings sei sie in den

13 Beuys (wie Anm. 10), S. 53.

14 Gottschalk (wie Anm. 10), S. 63, Beuys (wie Anm. 10), S. 120 f. Er gehörte jedoch der Hitlerjugend – jetzt degradiert – weiter an, bis er im „November 1936 wegen der Reifeprüfung davon beurlaubt wurde“.

15 Gottschalk (wie Anm. 10), S. 40, und Beuys (wie Anm. 10) im Folgenden, S. 92 ff.

16 Zit. nach Beuys (wie Anm. 10), S. 10 2f. Die Schilderung hatte Susanne Hirzel 1946 per Brief der Schriftstellerin Ricarda Huch zukommen lassen, die Material für ein Buch über die jungen Widerständler verfasste.

17 Gottschalk (wie Anm. 10), S. 50 und 77.

18 Zit. nach Beuys (wie Anm. 10), S. 147.

19 Gottschalk (wie Anm. 10), S. 89, Beuys (wie Anm. 10), S. 161.



Bronzebüste Sophie Scholls im Lichthof der Ludwig-Maximilians-Universität München, 2005 Foto: Monika Franz

letzten zwei Jahren „mit dem Herzen nicht mehr bei der Sache“ gewesen.²⁰

Die durch Gruppenzwang erfolgte Einbuße an individueller Lebensgestaltung, die Ausgrenzung jüdischer Freundinnen und nicht zuletzt eine tiefgehende Erfahrung in der Familie erschütterten Sophies Vertrauen in den NS-Staat. Im November 1937 durchsuchte die Gestapo die elterliche Wohnung, verhaftete die Geschwister Werner und Inge sowie noch ein Dutzend Ulmer Jugendliche. Sie wurden nach Stuttgart zu Verhören gebracht und Tage lang festgehalten. Der Vorwurf lautete auf „bündische Umtriebe“. Hans Scholl, inzwischen Wehrdienstleistender, wurde Mitte Dezember 1937 ebenfalls verhaftet und mit den Vorwürfen „bündische Umtriebe“ und „homosexuelle Handlungen“ einem gerichtlichen Verfahren ausgesetzt.²¹

Mehr und mehr wendete sich die heranwachsende Sophie Musik und Literatur zu, fand große Freude am

Zeichnen und begann, über philosophische Fragen nachzudenken. In der Familie gilt sie als „begabte Künstlernatur“, der Privatstunden bei den Malern Albert Kley und Wilhelm Geyer finanziert wurden.²² Ihre überlieferten Portraitzeichnungen lassen großes zeichnerisches Talent erkennen. Sophies vielseitige Begabung und ihre Interessen dokumentieren ihr Tagebuch und ein reichhaltiger Briefwechsel, insbesondere mit Fritz Hartnagel, dem Freund ab Herbst 1937.

Das Umtriebige der frühen BDM-Jahre schien zu verebben. Sophie – das ist aus heutiger Distanz gut nachvollziehbar – wuchs zu einer intelligenten, kritischen jungen Frau heran, die über ihre Jugendjahre zu einer unabhängigen Meinung gefunden hatte. „Wir haben alle unsre Maßstäbe in uns selbst“, schrieb sie 19-jährig an Fritz Hartnagel, „nur werden sie zu wenig gesucht. Vielleicht auch, weil es die härtesten Maßstäbe sind.“²³

Ihre musikalische Empfindsamkeit wird zu Recht oft mit jener poetischen Stelle im Brief vom 17. Februar 1943 an Lisa Remppis, die enge Freundin, belegt: „Ich lasse mir gerade das Forellenquintett vom Grammophon vorspielen. Am liebsten möchte ich da selbst eine Forelle sein, wenn ich mir das Andantino anhöre. [...]. Man spürt und riecht in diesem Ding von Schubert förmlich die Lüfte und Düfte und vernimmt den ganzen Jubel der Vögel und der ganzen Kreatur. Die Wiederholung des Themas durch das Klavier – wie kaltes klares perlendes Wasser, oh es kann einen entzücken.“²⁴ Täglich übte Sophie am Klavier und ließ keine Unterrichtsstunde aus. Johann Sebastian Bach schätzte sie, wie wir ebenfalls aus einem Brief an Lisa Remppis erfahren, als den „beste[n] Erzieher“. „Andere berauschen, sie heben einen weg in Gefühle. Bei Bach aber muss man große Beherrschung zum Spiel und zur Klarheit aufbringen; der Lohn ist, dass man dabei selbst klar [...] wird.“²⁵

Als sich die Abiturientin Sophie Scholl im Frühjahr 1940 für die einjährige Ausbildung als Kindergärtnerin entschloss, verband sie damit die Hoffnung, dem ungeliebten sechsmonatigen Reichsarbeitsdienst (RAD) entgehen zu können. Sophie habe wenig Lust auf Gemeinschaftsunterkünfte, weltanschaulichen Unterricht und Marschieren gehabt, berichtete ihre Freundin Susanne Hirzel später und betont, dass sie Sophie im Evangelischen Fröbelseminar in Ulm-Söflingen bereits als entschiedene Gegnerin von Adolf Hitler erlebt habe.²⁶ Barbara Beuys erkennt hingegen noch

20 Gestapo-Verhörprotokoll, veröffentlicht in Ulrich Chaussy und Gerd R. Ueberschär: Es lebe die Freiheit. Die Geschichte der Weißen Rose und ihrer Mitglieder in Dokumenten und Berichten, 2013, S. 219.

21 Barbara Ellermann: Hans Scholl, Biografie, Hamburg 2012, S. 26 ff., und Aussage Sophie Scholls im Verhör am 18.2.1943, ebd. S. 220. Das Urteil „ein Monat Gefängnis“ wurde dank der Amnestie infolge des „Anschlusses Österreichs“ aufgehoben.

22 Gottschalk (wie Anm. 10), S. 94.

23 16. Mai. 1940, in: Sophie Scholl, Fritz Hartnagel. Damit wir uns nicht verlieren, Briefwechsel 1937–1943, hg. von Thomas Hartnagel, Frankfurt 2005, S. 168, sowie Hans Scholl und Sophie Scholl. Briefe und Aufzeichnungen, hg. von Inge Jens, Frankfurt 1988, S. 176.

24 Briefe und Aufzeichnungen (wie Anm. 23), S. 292 f.

25 Zit. nach Gottschalk (wie Anm. 10), S. 117 (Brief datiert vom 10.2.1940).

26 Ebd., S. 125, s. auch S. 108.



Die Büste Sophie Scholls in der Walhalla bei Kelheim, wo seit König Ludwig I. (1842) bedeutende deutsche Persönlichkeiten geehrt werden (Aufstellung 2003) Foto: Staatliches Bauamt Regensburg

einen früheren, „klaren Weg zur Gegnerschaft“ von Sophie Scholl, und zwar mit Kriegsbeginn im September 1939. Zum Beleg verweist sie auf ihren Brief an Fritz Hartnagel, den Berufssoldaten, vom 5. September 1939, in dem es heißt: „Ich kann es nicht begreifen, dass nun dauernd Menschen in Lebensgefahr gebracht werden von anderen Menschen. Ich kann es nie begreifen und ich finde es entsetzlich. Sag nicht, es ist fürs Vaterland.“²⁷

Mit dem Abschlusszeugnis als Kindergärtnerin in der Hand erfuhr Sophie am 22. März 1941, nun doch Reichsarbeitsdienst leisten zu müssen. Diesen trat sie am 6. April 1941 an und zwar im RAD-Lager Krauchenwies in der Nähe von Sigmaringen. Fortan lebte sie gewissermaßen kaserniert, in Uniform des RAD und mit Nächten im kalten Zehnbettzimmer. Wie die anderen jungen Frauen musste sie vor dem Einsatz auf einem Bauernhof zwei Monate lang militärischen Drill über sich ergehen lassen. Nach Hause schreibt sie frustriert: „Wir leben sozusagen als Gefange-

ne, da nicht nur Arbeit, sondern auch Freizeit zum Dienst wird“.²⁸ Maren Gottschalk deutet diese neue Erfahrung als „Kulturschock“ für Sophie Scholl.²⁹ Im August hieß es für die jungen Frauen plötzlich, sie hätten jetzt noch ein halbes Jahr Kriegshilfsdienst abzuleisten. Sophie bewährte sich in der praktischen Arbeit: Im September 1941 führte sie den kompletten Haushalt einer Familie mit zwei Kindern, einen Monat später leitete sie – wiederum vom RAD-Lager Blumberg aus – im zehn Kilometer entfernten Fürstenberg einen Kindergarten. Jetzt beginne der Krieg sich „mächtig auszuwirken, in jeder Beziehung“, schreibt sie an Lisa Remppis.³⁰ Ein weiterer kriegsbedingter Einsatz wartete noch auf sie: Im August/September 1942 musste Sophie – jetzt als Studentin – in einer Ulmer Schraubenfabrik Kriegshilfsdienst ableisten.³¹

Als die 21-jährige Sophie Scholl im Mai 1942 in München das Studium der Philosophie und Biologie endlich aufnehmen konnte, hatten Unfreiheit und Zwang im Reichsarbeitsdienst und Kriegshilfsdienst ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus verstärkt. Sie integrierte sich schnell im studentischen Freundeskreis, der sich um Hans und Alexander Schmorell – beide zum Medizinstudium freigesetzte Soldaten – gebildet hatte. Die gegenüber NS-Staat und Krieg kritisch gesinnten Studierenden gingen gemeinsam ihren Interessen an Literatur, Kunst, Musik und Sport nach.

Sophie Scholl wohnte übergangsweise bei dem katholischen Publizisten Carl Muth. Über ihn lernte sie Schriftsteller wie Werner Bergengruen und Sigismund von Radecki kennen, auch den katholischen Essayisten und Philosophen Theodor Haecker. Aufgeschlossen nahm sie deren Argumente und Denken wahr. Sie schätzte auch die langen Gespräche mit dem ehemaligen und regimekritischen Justizbeamten Josef Furtmeier, den sie den „Philosophen“ nannte.³² Am 17. Juni 1942 begegnete das Geschwisterpaar bei einer literarischen Abendgesellschaft im Hause des Medizinprofessors Viktor Mertens erstmals Prof. Dr. Kurt Huber.³³ An diesem Abend und bei einem weiteren Leseabend Anfang Juli äußerte Huber harsche Regimekritik und dass man etwas tun müsse, notfalls passiven Widerstand leisten. Hans Scholl stimmte ihm zu.

Diesen gemeinsamen Leseabende des Freundeskreises, die schon ab 1941 stattfanden – erst im Hause Schmorell, später bei Familie Mertens und im Atelier Eick-

27 Briefe und Aufzeichnungen (wie Anm. 23), S. 162, vgl. auch Beuys (wie Anm. 10), ZDF-Text zur Dokumentation 2013 (wie Anm. 11).

28 Zit. nach Vinke (wie Anm. 10), S. 87.

29 Gottschalk (wie Anm. 10), S.149.

30 11.8.1941, in: Briefe und Aufzeichnungen (wie Anm. 23), S. 230.

31 Gottschalk (wie Anm. 10), S. 192.

32 Zit. nach Gottschalk (wie Anm. 10), S. 174.

33 Christiane Moll (Hg.): Alexander Schmorell, Christoph Probst. Gesammelte Briefe, Berlin 2011, Einführung, S. 185 f., Beuys (wie Anm. 10), S. 253 f.



Bronzeplastik der Geschwister Scholl von Christine Stadler (1962), München, Steinickeweg 7

Foto: Monika Franz

emeyer³⁴ – wird die Dimension des passiven Widerstandes zugemessen. Bei den Studierenden schärfte die Lektüre „verbotener“ Bücher den Blick auf Diktatur und Krieg und schuf eine geistige Gegenwelt zum Nationalsozialismus. Nachweislich dienten im Sommer 1942 die Abende auch als Aufhänger für hochbrisante politische Diskussionen.³⁵ In diesem Zusammenhang ist auf die intensive Lesekultur im Hause Scholl hinzuweisen, die den Literaturabenden im Freundeskreis vorausgegangen war. Die Geschwister empfahlen sich gegenseitig nicht-regimegenehme Bücher von Thomas Mann, Bernhard Shaw, Fjodor Dostojewski, Stefan Zweig und anderen bzw. lasen zum Beispiel gemeinsam Georges Bernanos „Tagebuch eines Landpfarrers“.³⁶

Hans Scholl und Alexander Schmorell handelten im Juni und Juli 1942 tatsächlich. Sie verfassten unter hoher Geheimhaltung – auch gegenüber den Freunden – vier Flugschriften mit dem Titel „Flugblätter der Weissen Rose“ und vervielfältigten sie im Hause der Familie Schmorell mit einem Hektographiergerät. Die in einer Auflage von je 100 Stück hergestellten Flugblätter verschickten sie zwischen

dem 27. Juni und dem 12. Juli 1942 nacheinander per Post – bevorzugt an Intellektuelle, von denen sie sich am ehesten die Bereitschaft zum Widerstand erwarteten.³⁷ Mit den Flugblättern wollten sie die Deutschen wachrütteln. Sie appellierten darin an ihr Gewissen und ihre Urteilskraft und forderten zu passivem Widerstand auf. Wegen des verbrecherischen Charakters des NS-Regimes sei Widerstand – so im ersten Flugblatt – „die einzige und höchste Pflicht eines jeden Deutschen“. Bereits im zweiten Flugblatt verurteilten sie die Gräueltaten gegen Juden als das „fürchterlichste Verbrechen an der Würde des Menschen“.³⁸ Mit dem dreimonatigen Einsatz der jungen Sanitätssoldaten ab 23. Juli 1942 an der Ostfront endete diese Widerstandsaktion.

War Sophie Scholl im Sommer 1942 schon darin einbezogen? Hierfür gibt es keine Bestätigung, wohl aber einen Hinweis von Fritz Hartnagel. Sophie habe ihn im Mai 1942 gebeten, einen Vervielfältigungsapparat zu besorgen, was er nicht konnte, und ihr 1000 Mark für einen nicht näher erläuterten „guten Zweck“ zu geben, was er tat.³⁹ Sie selbst bestritt im Gestapo-Verhör entschieden, „sowohl mit

34 Ebd., S. 359 ff., und Moll (wie Anm. 33), S. 180–187.

35 Vgl. ebd., S. 187.

36 Vgl. dazu Beuys (wie Anm. 10), S. 254 ff. Verbürgt ist zum Beispiel diese Lesung zusammen mit Freunden zur Jahreswende 1940/41 auf einer Skihütte im Lechtal. Bernanos ist Hauptvertreter der „Renouveau Catholique“, einer katholischen Erneuerungsbewegung in Frankreich.

37 Vgl. Beuys (wie Anm. 10), S. 362, und Moll (wie Anm. 33), S. 188 ff.

38 Hans Scholl hatte bereits 1941 und dann von Manfred Eickemeyer, der als Architekt in Polen tätig war und dessen Atelier in München sie nutzen konnten, von den Massenmorden an (polnischen) Juden erfahren (vgl. Moll (wie Anm. 33), S. 148f.). Fritz Hartnagel berichtete Sophie Scholl darüber aus Russland.

39 Peter Normann Waage: Es lebe die Freiheit! Traute Lafrenz und die Weiße Rose, Stuttgart 2012, S. 79, Beuys (wie Anm. 10), S. 362 ff.



„Mut“, Malerei 2011/2012, als mobile Installationskunst in der Münchner U-Bahn 2011/2012. Das Bild stammt aus dem Kunstprojekt „Das Erbe der Weißen Rose“ – Mobile Kunst im Münchner Raum von 2011/2012 von Oberstufenschülern des Willi-Graf-Gymnasiums
Foto: Projektleiterin Uta Schärf

der Abfassung, der Herstellung oder Verbreitung dieser Schrift (den ersten vier Flugblättern, Anm.) auch nur das Geringste zu tun zu haben.“⁴⁰ Sie kannte diese jedoch, das ist belegt, und wusste ebenso wie Traute Lafrenz, die Freundin, wer sie verfasst hatte.⁴¹ Im August, zurück in Ulm, sah sich Sophie zusammen mit der Familie in Bedrängnis. Robert Scholl war wegen eines „Heimtückevergehens“ vor Gericht, konkret wegen Aussagen wie „Hitler ist eine Gottesgeisel für Europa“ und „in diesem Krieg geht es um die Macht der Partei“. Vier Monate Gefängnis lautete das harte

Urteil. Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung folgte am 23. Oktober 1942 das Berufsverbot; er durfte seine Steuerberaterkanzlei nicht selbstständig weiterführen.⁴²

In diese Zeit fiel die nachweisbare Entscheidung Sophie Scholls, selbst zu handeln. Sie bat – ohne Absprache mit dem Bruder – Hans Hirzel, den jüngeren Bruder ihrer Freundin Susanne, einen Vervielfältigungsapparat zu kaufen. Was dieser erledigte, vermutlich mit dem Geld, das Fritz Hartnagel im Mai Sophie für den angeführten „guten Zweck“ gegeben hatte.⁴³

40 Ulrich Chaussy/ Gerd R. Ueberschär (Hg.): „Es lebe die Freiheit!“ Die Geschichte der Weißen Rose und ihrer Mitglieder in Dokumenten und Berichten. Frankfurt am Main 2013, S. 248.

41 Darauf verweisen sowohl ihre eigene Aussage als auch die Erinnerung von Traute Lafrenz. Vgl. Chaussy/Überschär (wie Anm. 40), S. 247, und Waage (wie Anm. 39), S. 121 f., Gottschalk (wie Anm. 10), S. 182 f.

42 Moll (wie Anm. 33), S. 160 f., Hans Scholl, Tagebuch 18.8.1942, in: Briefe und Aufzeichnungen (wie Anm. 23), S. 122, Beuys (wie Anm. 10), S. 369 f., Gottschalk (wie Anm. 10), S. 196. Robert Scholl war 1930 als Geschäftsführer beim „Malerbund“ in Stuttgart tätig geworden, hatte sich an der Verwaltungsakademie weitergebildet und trat 1932 als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in das Ulmer Steuerbüro Dr. Albert Mayer ein.

43 Gottschalk (wie Anm. 10), S. 194 und S. 188; Beuys (wie Anm. 10), S. 373 f., mit Bezug zum Interview von Katrin Seybold. Später versenkte Hirzel den Apparat in der Donau. Hirzel war am 22. Juli beim Abschiedsabend der Sanitätssoldaten in München gewesen und habe – wie er sich erinnerte – Diskussionen mitangehört, die eindeutig den Tatbestand des Hochverrats erfüllt hätten.

Die Sanitätssoldaten Hans Scholl und Alexander Schmorell selbst bestärkte der dreimonatige Russlandeinsatz in ihrem Widerstand nachhaltig. Im November zurück in München, waren sie noch überzeugter und entschlossener zu handeln als zuvor. Jetzt beteiligten sich aktiv auch Willi Graf, Sophie Scholl, Prof. Kurt Huber, Traute Lafrenz und weitere Freunde, die sie nach und nach einbezogen.

Später wird Sophie Scholl im Gestapo-Verhör aussagen, sie habe kurz nach Neujahr 1943 zusammen mit ihrem Bruder das Flugblatt „Aufruf an alle Deutschen“, also das fünfte Flugblatt, verfasst; Alexander Schmorell habe den Entwurf dann akzeptiert.⁴⁴ Anderweitig ist abgesichert, dass Prof. Kurt Huber zentrale Passagen dieses Flugblattes im Januar korrigiert hatte, was Sophie im Verhör zu dessen Schutz ebenso wenig erwähnte wie die Mithilfe von Traute Lafrenz.

Sophie besorgte zusammen mit ihrem Bruder und gelegentlich mit Traute Lafrenz unter schwierigen Umständen 10.000 Blatt Abzugspapier, 2.000 Briefumschläge und Briefmarken. Sie schrieb wie Hans und Alexander Schmorell hunderte von Adressen im Deutschen Museum ab, übertrug diese auf Kuverts und führte die Kasse. Ca. 20 Matrizen sowie den Vervielfältigungsapparat habe Hans gekauft, sagte sie aus; tatsächlich organisierte diesen wieder – wie zuvor im Juni – Alexander Schmorell.⁴⁵

Rund 6.000 Abzüge des Flugblattes „An alle Deutschen“ wurden im Atelier von Manfred Eickemeyer hergestellt. Viele Exemplare wurden sodann in Briefkuverts gepackt und mit Adressen in Wien, Salzburg, Linz, Augsburg, Stuttgart, Saarbrücken und Frankfurt versandfertig gemacht.⁴⁶ Die Briefe mit dem flammenden Aufruf zum Widerstand und zur Beendigung des Krieges sowie der Forderung nach klassischen Freiheitsrechten wurden mit hohem persönlichem Risiko in verschiedene deutsche und österreichische Städte gebracht. Damit sollte eine große Widerstandsbewegung vorgetäuscht werden. Sophie Scholl übernahm den Transport nach Augsburg, Ulm und indirekt nach Stuttgart.⁴⁷ Zudem wurden in der Nacht vom 28. auf den 29. Januar 1943 in München rund 2.000 Flugblätter verstreut. Sophie trug tagsüber sogar Flugblätter bei sich, um sie „bei günstiger Gelegenheit“ – wie sie sagte – in Telefonzellen oder parkenden Autos auszulegen.

Das sechste und letzte Flugblatt, betitelt „Kommilitoninnen! Kommilitonen!“, verfasste unter dem Eindruck der verheerenden Niederlage von Stalingrad Anfang Februar 1943 weitgehend Professor Huber. Im Namen der deutschen Jugend wird darin die persönliche Freiheit gefordert und aufgerufen, die Diktatur zu überwinden sowie den Krieg zu beenden.

Etwa zeitgleich, nämlich in den Nächten des 3., 8. und 15. Februars, brachten Hans Scholl, Alexander Schmorell und Willi Graf mit Teerfarbe und Schablone Parolen wie „Nieder mit Hitler“, „Freiheit“ und „Hitler Massenmörder“ an öffentlichen Gebäuden in der Münchner Innenstadt an. Sophie konfrontierte ihren Bruder mit ihrer Vermutung, dass er es gewesen sei, und riet ihm, sie künftig „bei ähnlichen Schmierereien mitzunehmen, um ihn vor evtl. Überraschungen zu schützen“.⁴⁸

Auch bei der Herstellung und Verteilung des letzten Flugblattes wirkte Sophie Scholl vom 6. bis 15. Februar mit. Etwa 1.000 der rund 3.000 gefertigten Exemplare wurden verschickt und ein weiterer Teil in München verteilt. Die restlichen 1.500 Flugblätter packten Hans und Sophie Scholl am Vormittag des 18. Februar im Alleingang in einen Koffer und eine Aktentasche, um sie im Hauptgebäude der Münchner Universität auszulegen.⁴⁹

Was nun folgt, steht uns nicht zuletzt durch Filme und Dokumentationen bildhaft vor Augen: Lichthof und Gänge waren menschenleer, die Vorlesungen liefen noch. Das Geschwisterpaar legte die Flugblätter in kleinen Packen vor den Hörsaaleingängen und auf Treppenstufen ab. Schon am Hinterausgang angekommen, kehrten sie plötzlich um, eilten die Treppe zum ersten Stock hoch, um dort die restlichen Blätter abzulegen. Sophie hastete noch einen Stock höher, legte einen Stapel von 80 bis 100 Blättern auf die Brüstung über dem Lichthof. Die Blätter flatterten in den Lichthof, möglicherweise hatte sie den Stapel selbst angestoßen. Der Hausschlosser der Universität sah die Geschwister, die sich ohne Gegenwehr von ihm festhalten ließen. Sie wurden ins Rektoratszimmer gebracht und weiter zur Vernehmung in die Gestapo-Zentrale im Wittelsbacher Palais.

Noch in der Nacht des 18. Februars wurde Willi Graf verhaftet, tags darauf Christoph Probst in Innsbruck (von ihm hatte Hans Scholl einen Flugblattentwurf in der

44 Chaussy/Überschär (wie Anm. 40), S. 231 f. Hans Scholl hingegen übernahm im Verhör die alleinige Verantwortung, ebd., S. 274.

45 Ebd., S. 232, und Gottschalk (wie Anm. 10), S. 209, Beuys (wie Anm. 10), S. 406.

46 Ebd., S. 232 f. Im Folgenden Beuys (wie Anm. 10), S. 416 ff.

47 Alexander Schmorell reiste mit gefälschten Reiseerlaubnissen nach Salzburg, Linz und Wien, Willi Graf nach Saarbrücken, Köln, Bonn und Freiburg.

48 Chaussy/Überschär (wie Anm. 40), S. 253.

49 Ebd., S. 253 f. Im Folgenden ebd. sowie Beuys (wie Anm. 10), S. 441 ff.

1943. SOPHIE SCHOLL
REBELLIERT GEGEN DAS
NAZIREGIME UND VERTEILT
FLUGBLÄTTER.



*Sophie Scholl als Comicfigur,
hier: Ausschnitt Webcomic
„Das Leben ist kein Ponyhof“
von Sarah Burrini
Foto: www.sarahburrini.comics*

WWW.SARAHBURRINI.COM



Sophie und Hans Scholl – qua Grabkreuz im Tod verbunden, Perlacher Friedhof, München Foto: Monika Franz

Tasche), am 24. Februar Alexander Schmorell und am 27. Februar Prof. Kurt Huber. Zahlreiche weitere Verhaftungen im Freundeskreis folgten.

Im ersten Verhör gelang es Sophie und Hans Scholl noch zu leugnen. Nach der Durchsuchung ihrer Wohnung sprachen die aufgefundenen Beweise gegen sie, worauf beide in den Verhören gestanden.

Bereits am 22. Februar 1943 verurteilte der extra aus Berlin angereiste Volksgerichtshof mit seinem Präsidenten Roland Freisler in einem Schauprozess die Geschwister und Christoph Probst wegen „landesverräterischer Feindbegünstigung, Vorbereitung zum Hochverrat und Wehrkraftzersetzung“ zum Tode.

Noch am gleichen Tag, spätnachmittags, wurden sie mit dem Fallbeil hingerichtet. Graf, Schmorell und Huber wurden dann im zweiten Prozess am 19. April 1943 ebenfalls vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 13. Juli bzw. 12. September 1943 mit dem Fallbeil ermordet. Außerdem wurden über 20 Personen zum Teil mit langen Haftstrafen abgeurteilt.

.....
50 Chaussy/Überschär (wie Anm. 40), S. 220.

Hans Scholls letztes Bekenntnis vor der Hinrichtung „Es lebe die Freiheit“ hat sich in unsere Erinnerung an die Widerstandsgruppe tief eingegraben. Wir deuten es als Fanal seines Freiheitsbegehrens.

Sophie Scholl hinterließ ebenfalls ein ergreifendes Statement ihres Freiheitswillens. Sie schrieb mit fein ziselierter Schrift mehrmals „Freiheit“ auf die Rückseite ihres Vernehmungsprotokolls. Dieser stumme und doch so mächtige Protest gegen die NS-Diktatur berührt uns tief.

Auf unsere Zeit angewandt verstehen wir ihn ebenso als Protest gegen alle Freiheit beschränkende Diktaturen wie Sophie Scholl in ihrer Aussage im Gestapo-Verhör formulierte: Als „hauptsächlichen Grund für die Abneigung gegen die (nationalsozialistische) Bewegung möchte ich anführen, dass nach meiner Auffassung die geistige Freiheit des Menschen in einer Weise eingeschränkt wird, die meinem inneren Wesen widerspricht.“⁵⁰

Von Gestapo-Mann Mohr gefragt, ob denn ihre Handlungsweise in der jetzigen Phase des Krieges nicht ein Verbrechen gegenüber der Gemeinschaft, besonders den

kämpfenden Truppen im Osten anzusehen sei, antwortete Sophie Scholl: „Von meinem Standpunkt muss ich diese Frage verneinen. Ich bin nach wie vor der Meinung, das Beste getan zu haben, was ich gerade jetzt für mein Volk tun konnte. Ich bereue deshalb meine Handlungsweise nicht und will die Folgen, die mir aus meiner Handlungsweise erwachsen, auf mich nehmen.“⁵¹

Über Sätze wie diese begreifen wir den Mut und die Motivation der jungen Widerständlerin. Wir bewundern ihre persönliche Stärke und Sicherheit, mit der sie dem Vernehmer widerstand, ihm mit gewandten Sätzen auswich und damit weitere Beteiligte schützte. Wir realisieren über ihr Handeln und ihre Worte eine beeindruckende Entschiedenheit und Kompromisslosigkeit.

Und noch etwas: Sophie Scholl handelte entgegen der vom politischen und gesellschaftlichen Kontext ihrer Zeit zugestandenen Frauenrolle, die herausgehobenes politisches Engagement nicht vorsah. Mit klarer politischer Meinung drängte sie sich in die Widerstandsaktionen und übernahm hochriskante Aufgaben, wie Papier- und Briefmarkenkäufe sowie Zugfahrten zur Verteilung der Flugblätter. Nach dem selbstgewählten Motto „einer muss ja damit einmal anfangen“ stand sie für ihr Denken und Handeln ein, lehnte eine mögliche Ausflucht vor dem Vernehmer ab, vom Bruder zu den Handlungen verführt worden zu sein. Für sie war es – wie Barbara Beuys formuliert hat – „eine Sache der Moral und der Politik, des Denkens und Handelns.“⁵² Nicht zuletzt deshalb sehen heute Frauen jeden Alters in Sophie Scholl eine für ihre Zeit überaus politische Persönlichkeit.

Was aber macht Sophie Scholl heute mehr als andere Personen des Widerstands zum Vorbild, ja zur Ikone des Widerstands?

In unserer kollektiven Erinnerung bleibt Sophie Scholl eine sehr junge Frau, die mit bewundernswertem Mut die schrecklichen Konsequenzen ihres Handelns auf sich nahm. Sie konnte eloquent argumentieren und rührt mit poetischen Worten an unser Herz, löst mit Worten und Handeln unsere Empathie aus. Ihr junges Leben erscheint so eindeutig und so unschuldig; nichts aus späteren Lebensjahren kann ihr Lebensbild überschatten oder differenzieren. Sophie Scholl wurde ihren eigenen hohen moralischen Maßstäben gerecht. Dies würdigen wir besonders, denn es sind jene Maßstäbe bzw. Werte, die wir für unser heutiges Zusammenleben als notwendig erachten. Damit kommt sie unserem Bedürfnis nach ungeteilter Bewunderung entgegen. ■

51 Ebd., S. 254.

52 Beuys (wie Anm. 10), S. 457.



Sophie Scholl als Bildikone auf einem Aufkleber eines Münchner Fußballfanclubs Foto: Dr. Andreas Heusler

„Briefe, als Lebenszeichen mit Sehnsucht erwartet und aufbewahrt“

Innerfamiliäre Erinnerung an Krieg und Tod zwischen Erstem Weltkrieg und Bundesrepublik

Von Mathias Rösch



Das Postkarten-Album der Familie Hoffmann Foto: David Stein

Wer selbst Kinder hat, der ahnt, was es bedeutet, dieses Kind durch den Tod zu verlieren. Es gibt wohl kaum eine Erfahrung im Leben eines Menschen, die gravierender, erschütternder sein könnte. Ein solcher Verlust ist durch nichts, auch nicht durch ideologisches Pathos zu lindern. Eine Bewältigung erfordert Jahre und ist nicht selten überhaupt nicht zu leisten. Solche Erfahrungen war im nun 70 Jahre zurückliegenden Zweiten Weltkrieg das Schicksal von Millionen Eltern. Wie diese Menschen ihre Erfahrungen verarbeitet haben, ihre Trauer bewältigten, wissen wir im Grunde nicht. Diese Generation spricht nicht oder nur selten über solche Themen. Sie hinterlässt nahezu nie entsprechende schriftliche Zeugnisse. Wo es keine Quellen gibt, gibt es auch kaum wissenschaftliche Forschung.¹

Vor diesem Hintergrund gewinnt ein Objekt aus den Beständen der Nürnberger Schulgeschichtlichen Sammlung, das den Umgang mit solchen Erfahrungen zwischen Erstem Weltkrieg und Bundesrepublik dokumentiert – in der für diese Generation charakteristischen verschlüsselten Form – eine besondere Bedeutung.

Im Sommer 1980 übergab die damals 80 Jahre alte Margarete Anna Hoffmann der Schulgeschichtlichen Sammlung der Universität Erlangen rund 360 Feldpostbriefe, Dutzende von Fotografien, Ausweise und weitere Objekte ihres an der Ostfront gefallenen Sohnes Karl sowie ein 37,5 cm hohes, 23,5 cm breites und 5,5 cm starkes Postkarten-Album. In den Vorjahren hatte sie der Sammlung, die die historische Entwicklung von Schule im nordbayerischen Raum dokumentiert, immer wieder Objekte ihrer eigenen Schulzeit überlassen. Während die persönlichen Dokumente Karl Hoffmanns bereits wenig später in einer Ausstellung des Schulmuseums Nürnberg zu sehen waren, blieb das Album unerschlossen. Erst über 30 Jahre später, als das Album im Zusammenhang mit der Entwicklung von Schüler-Workshops zum Nationalsozialismus erstmals intensiver analysiert wurde, wurde die herausragende historische und soziokulturelle Bedeutung dieses Objekts offenbar und das Team des Schulmuseums entschloss sich zu einer umfassenden Erschließung und Restaurierung.

Auf den ersten Blick ein rätselhaftes Objekt

Das Album wurde auf den ersten Blick ohne eindeutige Vermittlungsabsicht und Gliederung gestaltet. Postkarten, Briefe und andere Objekte sind scheinbar ohne System verteilt. Es gibt weder persönliche Kommentierungen noch Überschriften oder Bildunterschriften. Blättert man durch die Seiten, fragt man sich, welche Absicht die Person hatte, die dieses Album angelegt hatte. Waren hier mehrere oder nur eine Persönlichkeit am Werk? Wem ist das Album gewidmet? Ist es in einem Stück oder im Verlauf von mehreren Jahren entstanden?

178 Postkarten sowie Dutzende persönliche Dokumente von der Straßenbahnkarte bis zu Auszügen aus Schulheften verteilen sich auf 124 Seiten. Nach Stil und Machart war das Album vor den 1920er Jahren hergestellt und gekauft worden – ein charakteristisches Produkt der Jahre nach der Jahrhundertwende 1900. Die dunkelgrünen Fotokarton-Seiten sind mit quergestellten Einschnitten versehen worden um Fotografien und Karten einstecken zu können. Der rote Einband mit der Aufschrift „Album“ mutet schlicht an, dem kleinbürgerlichen Hintergrund der Familie entsprechend. Übergeben wurde das Album in gutem Erhaltungszustand, wenn auch mit deutlichen Gebrauchsspuren: angestoßene Ecken, lose Bindung, gelockerte Befestigung der Fotos und

1 Eine Ausnahme ist das von Psychologen und Therapeuten bzw. Wissenschaftlern der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität 2010/2011 geleitete Projekte zur Verarbeitung von Kindheitserlebnissen während des Zweiten Weltkriegs: www.kriegskindheit.de.



Eine Postkarten spiegelt die letzte deutsche Offensive des Ersten Weltkriegs im Frühjahr 1918.
Foto: David Stein

Postkarten. Viele Objekte wurden durch Tesafilm befestigt, der mittlerweile brüchig und abgelöst ist. Jede Seite, selbst die Deckblätter, d.h. die Seiten zwischen den Albumseiten und dem Buchdeckel, sind mit Objekten bestückt. Das Frontdeckblatt hatte ursprünglich keine vorgestanzten Einschnitte und war nachträglich mit dem Messer bearbeitet worden, um die Postkarten fassen zu können.

Datiert man die Postkarten, wird eine erste Gliederung greifbar: 65 Postkarten wurden im Zeitraum des Ersten Weltkriegs verfasst, 1914 bis 1918 – darunter 17 Propagandakarten. Zwei Postkarten entstanden in den beiden Jahren vor 1914. Die Jahre der Weimarer Republik werden im Album nur auf einer Seite bzw. durch zwei Karten greifbar. 113 Postkarten stammen aus dem Zeitraum 1936 bis 1944. Etwa 25 Postkarten und aus Zeitschriften ausgeschnittene Bildmotive stammen aus den 1970er und 1980er Jahren. Die älteste Postkarte wurde am 6. Juli 1912 geschrieben, das jüngste Dokument lässt sich auf Ende der 1970er Jahre datieren. Mit Text versehen sind insgesamt drei Viertel aller Karten. Über das Album verteilen sich ferner neun Fotografien. Auffällig ist das Fehlen einer strikten chronologischen Ordnung. Zwar sind die Karten grob nach verschiedenen Zeiträumen eingeordnet, doch innerhalb dieser Zeiträume folgen die Karten nicht immer nach ihrem Abfassungsdatum aufeinander.

Was war die Vermittlungsabsicht?

Erste Hinweise auf die Absicht der Person, die das Album anfertigte, finden sich, wenn man die Texte der Postkarten liest. Das erste Viertel des Albums, 33 Seiten, ist der Zeit des Ersten Weltkriegs gewidmet. Von den Postkarten aus diesem Zeitraum haben fünf keinen Text. 60 davon sind an Margarete Anna Hoffmann adressiert. Die Mehrzahl davon, 46 Karten, wurden von insgesamt 21 Männern verfasst, darunter fünf Mitglieder der Familie. Die meisten Postkarten, jeweils fünf, schickt ein guter Freund und Nachbar sowie der Vater Margaretes, der an verschiedenen Standorten zwischen Ingolstadt und Antwerpen stationiert war. Mindestens sechs verschiedene Soldaten, darunter auch ihr damaliger Liebespartner Hans Gömmel sowie ihr späterer Mann Hans Hoffmann, senden ihr zwischen 1916 und 1918 regelmäßig Karten von der Front oder anderen Stationierungsorten. Die übrigen 17 Karten aus dem Zeitraum 1914 bis 1918 stammen von 15 unterschiedlichen Frauen, darunter vier Verwandte. Texte und Datierung der Karten signalisieren, dass Margarete von manchen Schreibern nahezu monatlich Karten erhalten hatte – wesentlich mehr Karten, als im Album abgelegt wurden. Von drei männlichen Schreibern sind Karten über den gesamten Zeitraum von 1914 bis 1918 belegt.



Postkarten aus dem Ersten Weltkrieg mit Blumenmotiven und Genredarstellungen Foto: David Stein

Auch wenn sich im Album immer wieder Glückwünsche zum Geburtstag, zu Neujahr und zu Ostern finden, bietet sich hier keine systematische Darstellung des Lebens dieser Menschen. Die Postkarten bzw. ihre Texte spiegeln auch nicht den Kriegsverlauf. Eine Propagandakarte, die ein Nachbar Margaretes am 10. März 1918 aus dem Lazarett schrieb, bleibt die Ausnahme. Die kolorierte Karte zeigt

drei Soldaten in Feldgrau, mit ausgelegtem Gewehr im Sturmangriff, am Himmel darüber ein Engel mit einer Palme in der Hand. Das Spruchband deutet auf die (letzten) deutsche Frühjahresoffensive hin: „Noch einmal Kameraden greifet ein, dann wird Frieden uns beschieden sein.“ Im Mittelpunkt der meisten Postkarten steht die wechselseitige Rückversicherung über das eigene Wohlbefinden. Nicht



Postkarten aus dem Ersten Weltkrieg mit Blumenmotiven und Genredarstellungen Foto: David Stein

wenige Karten enden mit der Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen. Die Postkarten dokumentieren die Stationierungsorte der männlichen Mitglieder der Familie. Vermutlich sollte mit ihrer Aufnahme in das Album die Weltkriegsteilnahme dieser Menschen belegt werden. Doch noch deutlicher ist eine andere Absicht: Dokumentiert wird vor allem das Beziehungsnetzwerk um die am 22. Februar 1900 geborene, damals zwischen ihrem 16. und 18. Lebensjahr stehende Anna Margarete Liebel, in den Postkarten auch Reta, Retl, Reti, Retha, Retta oder Reda genannt, Tochter des Gastwirts Georg Liebel aus Winkelhaid bei Altdorf.

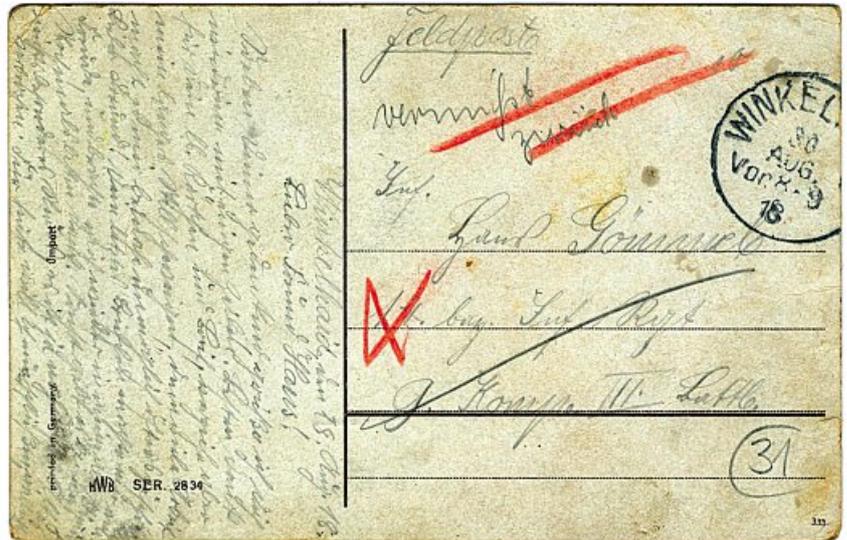
Die Zurückhaltung in Form und Inhalt der Korrespondenz ist charakteristisch für die Zeit. Während die Cover der Karten entweder Landschaftsmotive oder romantische Motive zeigen, fehlt selbst den Karten des Liebepartners von Margarete Hoffmann jede offene Darstellung von Gefühlen oder ein Hinweis auf die Beziehungsintensität. Ohne weitere Kommentierung findet sich im Mittelteil des Weltkriegsalbums der Hinweis auf den möglichen Tod dieses Mannes. Diese Karte ist das einzige Objekt aus der Hand Margaretes, eine Postkarte, die sie Ende August 1918 an ihren Freund gesandt hatte und die wenig später mit dem Vermerk „vermisst“ zurückkam. Konsequenterweise verzichtet das Album auch hier auf eine Sterbeanzeige oder andere persönliche Objekte.

Generell zeigen die meisten Postkarten – diese Gestaltung ist in Erinnerungsalben zum Ersten Weltkrieg immer wieder zu beobachten – romantische, idealisierte Bild-

motive und stark stilisierte, sehnsuchtsvolle Texte, Liebesversprechen, Beschreibungen des Glücks frisch Verliebter. Die Karten grenzen sich geradezu demonstrativ ab von der unmenschlichen Realität an der Front: „Der höchsten Wonne schönsten Glück, erschau ich in Deinem Blick.“ Blumen Darstellungen dominieren. Jede fünfte Karte wählt als Motiv Frauenportraits in romantischer Pose. Häufig sind auch verliebte Paare dargestellt. Dagegen sind Propagandapostkarten mit militärischen Motiven selten. Im Album lassen sich mindestens drei Serien solcher Propagandapostkarten erkennen. Auffällig ist die in grau und rosa Tönen gehaltene Serie mit dem Titel „Die vom Maschinengewehr“, die in Gedichtform parallel die tödliche Wirkung des Maschinengewehrs und zugleich die überlegene Wirkung der menschlichen Liebe preist – Tod und Liebe als konkurrierende Gegensätze und die Liebe als letztendlich überlegene Kraft. Zwei andere Serien, die zahlenmäßig weniger oft im Album vertreten sind, tragen dagegen, in den Farbtönen grau, rot, schwarz gehalten, die für Propagandakarten charakteristischen eindeutig kriegsverherrlichenden Texte. Die Postkarten berichten in keinem Fall vom Grauen der Front. Nur in einem einzigen Fall lässt ein Kartenschreiber in vorsichtigen Andeutungen durchblicken, dass die Begeisterung für den Kampf ins Wanken geraten war. Der Bruder Gustav berichtet Margarete am 9. Januar 1915 aus dem Lazarett in Ingolstadt, dass die genesenen Soldaten wieder an die Front zurückkehren müssten und schließt mit den Worten: „Das nächste Mal kann es mich auch treffen.“



Diese Postkarte Margarete Hoffmanns an ihren Freund wird im August 1918 mit dem Vermerk „vermisst“ zurückgeschickt. Foto: Hoffmann



Rückseite der Postkarte Foto: Hoffmann

Im Mittelpunkt steht der Sohn

Unvermittelt und ohne Übergang folgen auf den Bereich des Ersten Weltkriegs rund 60 Postkarten, die Karl Hoffmann, der Sohn Margarete Hoffmanns, zwischen 1936 und 1944 an seine Eltern oder an Freunde geschrieben hatte. Weitere zehn Postkarten wurden von Dritten an Karl geschrieben. Elf Postkarten haben keinen Text. Dazu kommen noch eine Reihe von persönlichen Dokumenten und Zeichnungen Karls aus der Schule oder mit Bezug auf seinen weiteren Lebensweg.

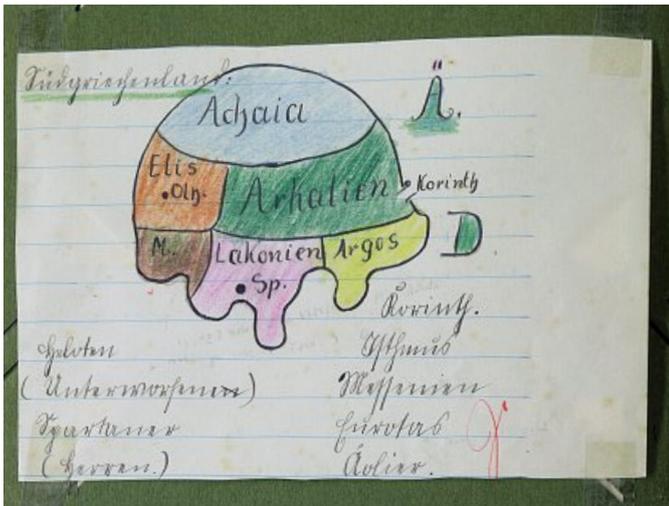
Blättert man in diesen Unterlagen, entfaltet sich ein Leben, das in vielem dem von Millionen anderer Deutscher seiner Generation gleicht. Geboren am 3. November 1921 im Mittelfränkischen Schwarzenbruck, trat Karl Hoffmann im Frühjahr 1934 mit 13 Jahren in die HJ bzw. in das Jungvolk ein. Auf die Volksschule folgte die Städtische Höhere Handelsschule mit Wirtschafts-Oberschule in Nürnberg. Den Reichsarbeitsdienst (RAD) leistete er 1940 in Karlsruhe ab. Nach der militärischen Ausbildung als Panzerschütze kam er schon 1941 zum Einsatz an der Ostfront. Mit 23 Jahren starb er bei Kämpfen mit sowjetischen Truppen in der Nacht des 27. Dezember 1944 bei Garampald in Ungarn nördlich der Donau.

In diesem Bereich des Albums, d.h. über 80 Seiten lang, steht der Sohn Karl im Mittelpunkt. Dieser zweite Teil des Albums hat auf den ersten Blick keine Verbindung zum ersten. Zwischen den Karten des Ersten Weltkriegs und den Erinnerungsobjekten an Karl gibt es keine Moderation, keine Übergänge.² Die Jahre zwischen Karls Geburt und der höheren Schule werden nicht thematisiert. Vermutlich gab es für entsprechende Erinnerungsobjekte ein eigenes Album. Dafür ist der Bereich, der Karl Hoffmann gewidmet war, im Gegensatz zum Bereich des Ersten Weltkriegs, mit persönlichen Objekten versehen und bietet einen intensiveren Blick auf Karls Persönlichkeit. Sehr selten sind Karten mit Propagandamotiven, es hat den Anschein, als seien diese bewusst ausgespart: Die ersten zehn Seiten bieten nur Landschaftsmotive und Architektur. Dann signalisieren ein Zeitschriftenfoto eines Volkswagen-Modells und eine Sparkarte der Deutschen Arbeitsfront, dass die Familie offenbar mit dem Ansparen eines [„Kraft durch Freude“] KdF-Wagens begonnen hatte. Die Ausbildung als Panzerschütze dokumentieren Karls Bleistiftskizzen von Kameraden und verschiedene Karten der Eltern mit Blumenmotiven. Selbst vom Einsatz beim RAD und bei der Wehrmacht liegen nur vereinzelt Karten mit Propaganda-Motiven vor.

2 Ein Block von sechs unbeschrifteten Postkarten mit Trachtenmotiven beendet den Teil des Albums zum Ersten Weltkrieg.



Links oben: Karl Hoffmann in HJ-Uniform 1936 Foto: Hoffmann Links unten: Karl Hoffmann an der Ostfront 1943 Foto: Hoffmann
 Rechts oben: Schülerausweis Karl Hoffmanns 1939 Foto: Hoffmann Rechts Mitte: Postkartengruß Karl Hoffmanns aus dem Landschulheim
 1936 Foto: David Stein Rechts unten: Zeichnung Karl Hoffmanns aus seiner Zeit beim RAD 1940 Foto: David Stein



Oben: Zeichnung Karl Hoffmanns aus dem Geschichtsunterricht 1938 Foto: David Stein

Rechts: Die letzten beiden Seiten des Albums: Dokumente der Familie Hoffmanns zwischen Krieg und Bundesrepublik

Foto: David Stein

Auf diese eindeutig der NS-Zeit zuzuordnenden Karten und Dokumente folgen rund 20 aus Zeitschriften ausgeschnittene Bildmotive und Postkarten aus den 1970er Jahren der Bundesrepublik Deutschland.

Das Album schließt – wiederum abrupt und ohne Übergang – mit einer dicht gedrängten Präsentation von Objekten der Familie und von Karl Hoffmann aus der NS-Zeit und aus der frühen Bundesrepublik auf der letzten Seite und dem abschließenden Deckblatt. Die Dokumente, darunter eine Reichsbrotkarte, der Entnazifizierungsbescheid von Margarete Hoffmann und Fahrkarten aus den 1960er Jahren, sind ohne Rücksicht auf ihren Inhalt, vermutlich nur entsprechend ihrer Größe angeordnet. Das Album endet somit mit einem Rückblick auf – vielleicht emotional bedeutsame – Erlebnisse der gesamten Familie Hoffmann.

Zweifellos ist das Album in mehreren Stufen entstanden und es hat zwei Hauptpersonen: Margarete Anna Hoffmann, die Mutter, steht im Mittelpunkt des ersten Viertels des Albums. Die übrigen drei Viertel des Albums sind ihrem Sohn Karl Hoffmann gewidmet.

Zeitungsausschnitte der 1970er Jahre erzählen

Während es für die fehlende chronologische Ordnung der Postkarten und Dokumente eine einfache Erklärung gibt, ist die Antwort auf ein anderes Rätsel nicht so einfach zu finden. Man kann wohl davon ausgehen, dass alle Objekte



des Albums zunächst weitgehend chronologisch geordnet waren. Vermutlich begann sich diese Ordnung aufzulösen, als das Album intensiv und auch bei feierlichen Anlässen gelesen wurde und dabei immer wieder Karten aus dem Album herausgenommen und anschließend an anderer Stelle wieder eingesteckt wurden. Das belegen auch die Reste von Kuchenbröseln oder Wachstropfen zwischen Postkarten und Fotokarton. Dagegen erscheint weniger erklärbar, warum Objekte aus den 1970er Jahren zwischen den Karten



Eine Postkarte aus den 1970er Jahren (das Schloss Zelle) zwischen Postkarten des Ersten Weltkriegs Foto: David Stein

aus dem Ersten Weltkrieg³ und aus der NS-Zeit⁴ gestreut wurden. Und: Welchen Sinn hat der Bereich im letzten Viertel des Albums mit den Motiven aus den 1970ern? Schließlich: Warum wird die Erinnerung an Karl Hoffmann so unmittelbar mit der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg verknüpft? Das Rätsel löst sich, wenn wir die Bildmotive aller Postkarten und Zeitungsausschnitte miteinander vergleichen:

Die Motive der 1970er Jahre orientieren sich an denen der übrigen Postkarten und Objekte im Album. Gezeigt werden Landschaften und Motive, die bereits die Postkarten der Familie im Ersten Weltkrieg oder die Karl Hoffmann in seinen Karten verwendet hatte. Im benannten letzten Viertel des Albums finden sich Orte, an denen sich Karl zu Lebzeiten aufgehalten hatte oder die in Bezug zu seinen Erlebnissen stehen. Hier hatte jemand an Karl gedacht, weit über seinen Tod hinaus. Der Abschnitt lässt geradezu den Eindruck entstehen, als wäre Karl nach wie vor am Leben. Die Vergleichbarkeit der Motive legt zudem nahe, dass mindestens der Bereich zu Karl Hoffmann erst in den 1970er Jahren angelegt wurde. Die Verknüpfung der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg mit der Erinnerung an den im Zweiten Weltkrieg gefallenen Sohn war sicher kein Zufall. Zweifellos hätte sich für Karl Hoffmann auch ein anderes Album gefunden, die Autoren des Albums hätten nicht auf ein Album zurückgreifen müssen, das eigentlich dem Ersten Weltkrieg gewidmet war – wenn sie es nicht bewusst gewollt hätten.

Diese Überlegung erscheint schlüssig nicht zuletzt auch mit Blick auf die eher kriegskritische Grundhaltung des Albums, die die Bereiche zum Ersten Weltkrieg und zu Karl Hoffmann verbindet. Die Zeitungsausschnitte aus den 1970ern lassen den Leser intensiv eintauchen in die Gedankenwelt der Autoren des Albums. Gegen Ende des Bereichs über Karl Hoffmann ist ein von Schülern verfasstes Gedicht eingefügt, vermutlich aus den Nürnberger Nachrichten ausgeschnitten, handschriftlich auf das Jahr 1979 datiert. Es ist das einzige Gedicht, das im Album zu finden ist und es beansprucht zwei Drittel der Fotokartenseite. Offenbar hatte dieses Objekt für den Autor des Albums eine besondere Bedeutung. Das Gedicht thematisiert die Zerstörung der Umwelt durch rücksichtsloses wirtschaftliches Agieren. Auf die für die Autoren des Albums wichtige Botschaft wird man erst aufmerksam durch einen Blick auf die weiteren Objekte auf dieser und der danebenliegenden Seite: Unterhalb des Gedichts ist auf einem weiteren Zeitungsausschnitt der

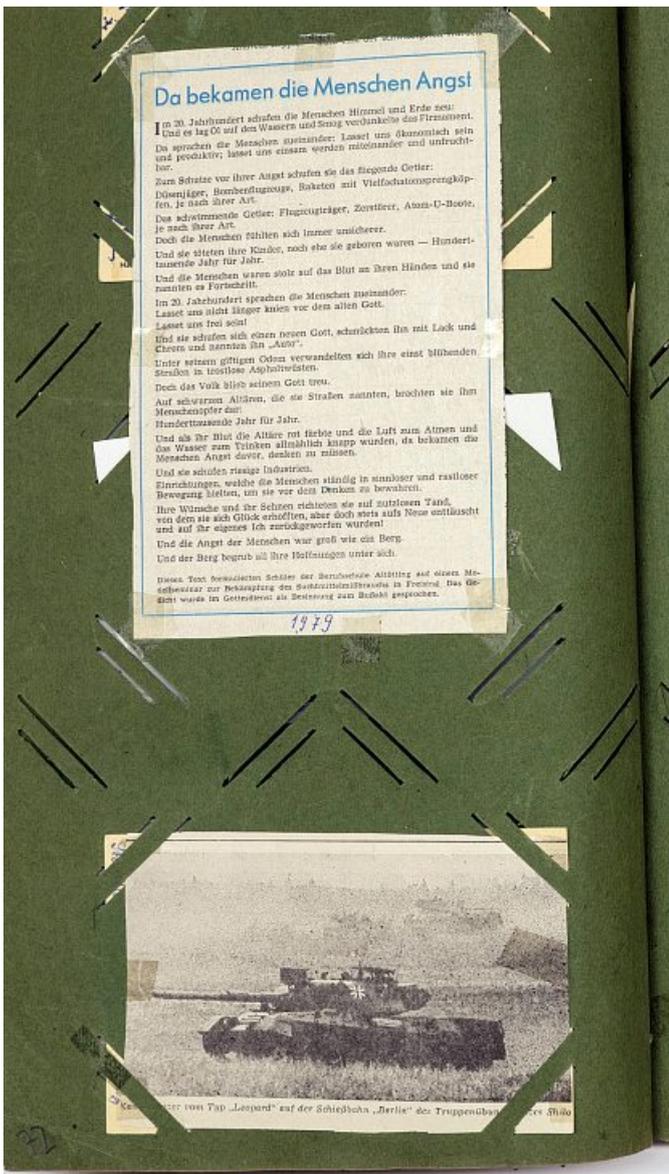
3 Vgl. die Seiten 9, 24 und 25 des Albums.

4 Auf Seite 58 finden sich zwei Zeitungsausschnitte aus den 1970er Jahren neben einer Zeichnung des antiken Griechenlands aus dem Schulunterricht Karls und drei Motivpostkarten, von Karl 1940 in die Post gegeben. Auf Seite 64 und 65 finden sich Schulhefteinträge Karls zum antiken Griechenland und Rom neben Oster-Wunsch-Karten und einer Zeichnung eines mittelalterlichen türkischen Kriegsschiffes aus den 1970er Jahren. Auf den Seiten 66 bis 71 finden sich verschiedene Karten mit religiösen Motiven und Blumenmotive aus den 1870er und 1980er Jahren verteilt zwischen Postkarten Karls und von Kameraden aus der Wehrmacht.

Pazifistische Postkarten zum Ersten Weltkrieg?

An dieser Stelle ist es interessant, noch einmal einen Blick auf die Postkarten des Ersten Weltkriegs zu werfen bzw. auf die Serie mit den geradezu kriegskritischen Bild- und Text-Motiven unter dem Titel „Die von dem Maschinengewehr“. Die in den Farbtönen blau und rosa gehaltenen Postkarten tragen mit Weichzeichner bearbeitete, kolorierte Darstellungen verliebter Paare, er in Uniform, sie in Kleidern großbürgerlicher Herkunft. Manche Postkarten thematisieren zusätzlich den Abschied, wenn der Mann an die Front geht. Die Serie scheint vor allem für Soldaten aus Maschinengewehr-Kompanien gedacht worden zu sein, da auch die Bildtexte immer wieder auf diese Waffengattung anspielen. Motive, Stil und die Texte dieser Postkarten sind wenig geeignet, die reale Brutalität des Kriegs ertragen zu helfen. Im Gegenteil: Die Texte wecken eher den Widerwillen gegen das Kämpfen und Töten, erscheinen ungeeignet, Soldaten zum Kampf zu motivieren. So versichert eine Postkarte – im oberen Bildteil ist ein Maschinengewehr in Aktion zu sehen, im unteren Bildteil umarmt sich ein junges Paar, er in Uniform –: „Die Waffe tödlich dröhnend kracht. Doch Lieb’ übt eine größ’re Macht.“ Andere Karten behaupten in ihren Textzeilen: „Todeswaffe Feuer sprüht, Doch Dein Blick noch heißer glüht!“, „Wenn das Gewehr auch blitzt und knallt, Die Lieb’ hat stärkere Gewalt!“, „Mehr als Waffen kann bezwingen, Uns ein liebendes Umschlingen.“ Die Karten dieser Serie sind über den gesamten Teil des Albums zum Ersten Weltkrieg verteilt. Auf den letzten Seiten dieses Bereichs finden sich drei Karten ohne Text, d.h. Margarete hat diese Karten vermutlich allein wegen des Motivs und der damit verbundenen Erinnerungen aufgehoben. Vielleicht war es die Absicht der Produzenten, mit diesen Karten die Soldaten an der Front zu stärken, ihnen in Erinnerung zu rufen, dass es eine stärkere Kraft als den Tod gibt. Doch können diese Postkarten auch eine eher kritische Sicht des Krieges fördern.

Wir können die Intentionen der Postkarten-Produzenten nicht mehr rekonstruieren und kennen letztendlich auch die Motive der Autoren des Albums nicht. Aber die Frage stellt sich schon: Kann es sein, dass sich von diesen geradezu kriegskritisch anmutenden Postkarten des Ersten Weltkriegs – zu denen sich weitere Postkarten aus den Jahren 1917 und 1918 mit der Taube als Friedensmotiv gesellen – bis zu dem deutlich gegen den Krieg eingestellten Schülergedicht des Jahres 1979 eine Verbindungslinie zieht? Kann es sein, dass der Verfasser des Albums durch diese Gestaltung seine innere Distanz zum Phänomen Krieg und damit vielleicht auch zur NS-Ideologie offenbart? Es gibt einen weiteren Anhaltspunkt.



Das Album zeigt ein Kriegskritisches Gedicht 1979 und den westdeutschen Panzer Leopard II. Foto: David Stein

westdeutsche Gefechtspanzer Leopard II zu sehen. Der Ausschnitt ist datiert auf den November 1979. Auf der Nachbarseite zeigt eine Postkarte Karls aus dem November 1941 die Erlanger Panzerkaserne. In diesem Bildzusammenhang gewinnen zwei Zeilen des genannten Schülergedichts eine besondere Bedeutung:

„Zum Schutze vor ihrer Angst schufen sie das fliegende Getier

Düsenjäger, Bombenflugzeuge, Raketen mit Vielfachatomsprengköpfen, je nach ihrer Art.

Das schwimmende Getier: Flugzeugträger, Zerstörer, Atom-U-Boote, je nach ihrer Art.

[...]

Und die Menschen waren stolz auf das Blut an ihren Händen und sie nannten es Fortschritt.“



Geradezu pazifistisch anmutende Propagandakarten aus der Zeit des Ersten Weltkriegs Foto: David Stein

Wer hat das Album angelegt?

Zunächst gilt es jedoch zu klären, wer dieses Album eigentlich angelegt hatte. Der Ehemann Margarete Hoffmanns war es vermutlich nicht. Während der Vater Margaretes in fünf Postkarten dokumentiert wird, kommt der Ehemann namentlich gerade mal in drei Fahrkarten und ähnlichen Dokumenten der frühen Bundesrepublik zur Sprache. Die Masse der Postkarten im ersten Teil des Albums und die zentrale Ausrichtung des Albums auf Karl Hoffmann legen nahe, dass die Mutter, Margarete Hoffmann selbst das Album angelegt hatte. Das bestätigt sich, wenn man die ersten zehn Seiten des Albums einmal genauer betrachtet: Hier wird ganz offensichtlich eine doppelte Geschichte erzählt: In der Buchdeckel-Innenseite ist ein Portrait Ludwigs III. mit Tesafilm befestigt, des bayerischen Königs während des Ersten Weltkriegs. Das darauf folgende erste Blatt beginnt im oberen Drittel der Fläche mit der Überschrift „Anna Margarete Liebel, Winkelhaid. Im Kriegsjahr 1918“. Am unteren linken Rand der Seite steht eine Datierung: „Im Kriegsjahr 1918, den 12. April 1918.“ Dazwischen, in der Mitte, ist eine Zeichnung der Sophienquelle im Schlosspark zu Grünsberg im Nürnberger Land wiederum mit Tesafilm eingeklebt. Darunter findet sich die mit Kugelschreiber gefasste Beschreibung „Ausflugsziel der Volksschulen“. In welchem Zusammenhang steht ein Ausflugsziel der Volksschulen mit Gedenken an den Ersten Weltkrieg? Löst man nun diesen Zeitungsausschnitt vom Fotokarton, so lässt sich die Zeichnung, genauer der Zeitungsartikel, aus dem sie he-

rausgeschnitten wurde, auf das Ende der 1970er Jahre datieren – dadurch ist nun auch die Tesafilm-Befestigung innerhalb des Albums einmal mehr auf die 1970er Jahre festgelegt. Zugleich tritt überraschend eine in Großbuchstaben gehaltene Widmung zu Tage: „Zum Andenken von Deiner lieben Mutter Elisabeth Liebel“. Diese Widmung lässt die Entstehungsgeschichte des Albums und seine doppelte Ausrichtung sichtbar werden. Wenige Wochen nach dem Start der deutschen Frühjahrsoffensive 1918 und ein halbes Jahr vor Kriegsende hatte Elisabeth Liebel das Album für ihre damals 18 Jahre alte Tochter Anna Margarete angelegt. Zumindest einige Postkarten hatte sie wohl auch gleich eingefügt – betrachtet man die ersten zehn Karten, die sich mit ihren sehr ähnlichen Landschafts- und Architekturmotive deutlich von den darauffolgenden Seiten abgrenzen. Die Tochter wiederum reaktiviert das Album zwei Jahrzehnte später, vielleicht auch erst in den 1970er Jahren, und widmet es als Erinnerungsalbum dem im Zweiten Weltkrieg gefallenen Sohn. Dazu überklebt sie die Widmung der Mutter mit einem Schul-Ausflugsziel des Sohnes. In dieser, vermutlich nur für Margarete Hoffmann verständlichen verschlüsselten Form wird hier das Gedenken an den Sohn als Thema des Albums angekündigt. Damit fasst das Album zwei unterschiedliche Erinnerungen an die beiden Weltkriege: Einmal im Bewusstsein, den – vielleicht ersten – Liebespartner verloren zu haben. Das zweite Mal geprägt von tiefem Schmerz und Trauer um den Verlust des einzigen Kindes.



Die ersten beiden Seiten des Albums: links das Portrait des bayerischen Königs Ludwig III. Rechts ein Zeitungsausschnitt mit der Grünsberger Sophienquelle Foto: David Stein

Trauer und die Verarbeitung der Verlustfahrung

Ganz offensichtlich birgt dieses Album eine – stark verschlüsselte – Form der Trauerbewältigung. Dafür spricht die geschilderte Form der Gestaltung des Albums, aber auch die offene Distanz gegenüber dem Phänomen Krieg, vielleicht auch der Verzicht auf nahezu jede Spur von NS-Propaganda – ein Verzicht, der für Erinnerungsalben dieser Generation keineswegs üblich ist. Dafür spricht auch das Schreiben, mit dem Margarete Hoffmann die Feldpostbriefe ihres Sohnes an die Schulgeschichtliche Sammlung übergeben hatte:

„Diese Briefe, als Lebenszeichen mit Sehnsucht erwartet, aufbewahrt und nach dem schweren Verlust unseres Sohnes, nach Datum, Monaten und Jahren geordnet, habe ich bis heute, fast 40 Jahre, mit mütterlicher Liebe behütet und aufgehoben. Mit wehem Herzen, aber mit tiefer Be-

riedigung, gebe ich diese Feldpost-Briefesammlung [und das Album] ab, zur Erhaltung und Mahnung für fernere Zeiten, da meine Familie mit meinem Ableben erlischt.“

Die „Mahnung für fernere Zeiten“ und der Wunsch, dass der Sohn nicht vergessen werde, das ist die Kernbotschaft, mit der nahezu 40 Jahre nach dem Tod des Sohnes die Erinnerungsobjekte übergeben werden. Die fortdauernde Trauer um den Verlust des Kindes wird an vielen weiteren Objekten des übergebenen Gesamtbestandes deutlich. Ein von der Mutter Anfang der 1980er Jahre selbst verfasstes Gedicht den Wehmut über den Verlust resümiert. Der Brief, den Karl 1944 seiner Mutter anlässlich des Muttertags gesandt hatte, findet sich als Kopie in dem übergebenen Bestand gleich mehrfach und an exponierter Stelle wieder. In diesem beinahe wie einen Abschiedsbrief gehaltenen Schreiben deutet Karl die Möglichkeit seines Todes an und dankt seiner Mutter für sein gelungenes Leben und für die Liebe, die sie ihm all die Jahre beschert habe.

Mit besonderer Intensität spiegelt dieses Album die Gefühle einer Mutter, die von der Trauer um ihr einziges Kind ein ganzes Leben lang nicht losgelassen wurde. Doch blättert man durch das Album, entfaltet sich zugleich ein Dokument, das durch seine multiperspektivische und mehrgenerationelle Orientierung einen einzigartigen Einblick ermöglicht in die private Erinnerung einer deutscher Familien an das Leid, das Kriege mit sich bringen.

Postkarten als Forschungsgegenstand

Um das Album besser zu verstehen wäre entsprechende Forschung zur privaten Erinnerungskultur zu beiden Weltkriegen hilfreich. Doch diese Forschung steht erst in den Anfängen. Am Umfang der Quellenbestände kann es nicht liegen. Von der Korrespondenz zwischen Front und Heimat aus beiden Kriegen existieren nicht zuletzt in deutschen Privathaushalten nach wie vor erhebliche Mengen. Bereits während des Ersten Weltkrieges wurden solche Dokumente veröffentlicht, vor allem aus propagandistischen Erwägungen heraus.⁵ Seit etwa zehn Jahren wächst die Zahl der publizierten Editionen und der online präsentierten Ausgaben und Projekte.⁶ Doch Forschungsarbeiten zur innerfamiliären Korrespondenz oder zum Umgang mit dem Leid und den Erfahrungen dieser Kriege sind die Ausnahme. Im Vordergrund steht die öffentliche Gedenkkultur, stehen Denkmäler oder Medien.⁷ Regionen übergreifende oder auch europaweite Projekte zur Erschließung entsprechender Dokumente und Objekte können Abhilfe schaffen.⁸ Mit den hier vorgelegten Überlegungen zum Album der Margarete Hoffmann verbindet sich die Hoffnung, weitere Forschung auf diesem Gebiet anzuregen. Eine intensive wis-

senschaftliche, aber auch öffentliche Beschäftigung mit der innerfamiliären Verarbeitung der Kriegsfolgen verspricht einen erheblichen Erkenntnisgewinn bei der Erschließung des kollektiven Gedächtnisses der Deutschen im 20. Jahrhundert.

Der Archivort des Albums

Das vorliegende Album ist eines der herausragenden Objekte der Schulgeschichtlichen Sammlung der Universität Erlangen-Nürnberg. Aufgenommen wurde es 1980 auch mit Blick auf die verschiedenen Objekte aus dem Schulalltag, die in dem Album eingefügt waren. Das Album reiht sich ein in einen kleinen Bestand an Fotoalben und Briefsammlungen von Schülern, Lehrkräften und Eltern aus den Jahren 1920 bis 1960. Dieser Bestand dokumentiert den soziokulturellen Kontext von Lernerfahrungen und Vorbereitungen für den Schulunterricht. Die Schulgeschichtliche Sammlung ist mit über 180.000 Objekten eine der größten ihrer Art im deutschsprachigen Raum. Die Sammlung dient als Basis für Ausstellungen sowie für die universitäre Forschung und Lehre und wird von Wissenschaftlern, Medien und Schulen genutzt.

Die Sammlung ist eng verbunden mit dem Schulmuseum Nürnberg. Diese 1906 gegründete Einrichtung thematisiert die Bedeutung der Ressource Bildung für Individuum, Gesellschaft und Wirtschaft. Das Museum stellt eine Kooperation der Universität Erlangen-Nürnberg und der Stadt Nürnberg dar und zählt jährlich etwa 40.000 Besucher (ca. 60 Prozent Schüler). Mit seinen historischen Workshops und Lernwerkstätten richtet sich das Museum vor allem an Schulen und Bildungseinrichtungen. ■

-
- 5 Vgl. u. a. Nachrichten über die Kriegsteilnehmer der Familie Lutterroth: auf Grund von Briefen, welche Frau Mathilde Lutterroth, geb. Lutterroth gesammelt hat [Zeitschrift] Hamburg : [s. l.], 1915–1919, Nr. [1.] 1915; 2. 1916–7. 1919. Bruno Doehring: Heer und Heimat: Briefe an die Front. Berlin 1917 (Schützengraben-Bücher für das deutsche Volk 46). Karl de Fries: Briefe von der Front. (2 Bde.), Bayreuth 1916.
- 6 Vgl. u.a. Wilhelm Eildermann: Jugend im ersten Weltkrieg: Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin 1972. Henri Barbusse: Briefe von der Front: an seine Frau 1914–1917, hg. von Horst F. Müller, Frankfurt am Main 1974. Feldpost: Briefe unserer Soldaten im ersten Weltkrieg 1914, Regensburg 1991. „Mein lieber Sohn und Kamerad“: Stralsunder Briefe aus dem Ersten Weltkrieg, Kückenshagen 1996. Gerhard Da-leiden: Briefe und Bilder aus dem 1. Weltkrieg und aus der Gefangenschaft 1914–1919, München 1993. Otto Wolfien: Erster Weltkrieg, Kriegstagebuch 1914–1915: Briefe und Karten von der Front an Frau und Kinder vom 3. 8. 1914 bis 8. 4. 1915, Norderstedt 2009.
- 7 Sören Lindner: Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg: ein Forschungsbericht. 2011. David Taylor: Memory, narrative and the Great War: rifleman Patrick MacGill and the construction of wartime experience, Liverpool 2013. Wilhelm Eildermann: Jugend im ersten Weltkrieg: Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin 1972. Martin Bayer: Der Erste Weltkrieg in der internationalen Erinnerung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (2014), 16–17. Barbara Korte Sylvia Paletschek, Wolfgang Hochbruck (Hg.): Der erste Weltkrieg in der populären Erinnerungskultur, Essen 2008. Josef Diel (Hg.): Erinnerung an den Ersten Weltkrieg, Kassel 2004. Oliver Janz beschäftigt sich in seiner Studie zum kollektiven Gedenken an den Ersten Weltkrieg in Italien auch mit privaten Aktivitäten, u.a. mit Gedenkschriften, die von Familien herausgegeben wurden: Ders.: Das symbolische Kapital der Trauer. Nation, Religion und Familie im italienischen Gefallenenkult des Ersten Weltkriegs, Tübingen 2009, S. 211–232.
- 8 Vgl. Europeana 1914–1918 – Projekt zur Sammlung von privaten Erinnerungsstücken zum 1. WK: [http://www.europeana1914-1918.eu/de\(Stand: 07.07.2014.\)](http://www.europeana1914-1918.eu/de(Stand: 07.07.2014.)). Sowie: Kollektives Gedächtnis – Beiträge zum Ersten Weltkrieg: http://www.dhm.de/lemo/forum/kollektives_gedaechtnis/weltkrieg1.html (Stand: 07.07.2014.).

A b s c h r i f t

Ostfront, 6. Januar 1945

Sehr geehrter Herr Hoffmann!

Ich habe Ihnen heute die traurige Nachricht zu übermitteln, dass Ihr Sohn, der Unteroffizier Karl Hoffmann, am 27.12.44 bei den schweren Abwehrkämpfen in Ungarn nördlich der Donau den Heldentod gefunden hat. Als die Division ostwärts des Garanflusses eingeschlossen war, hatte eine gepanzerte Kampfgruppe, der auch Ihr Sohn mit seinem Geschütz angehörte, den Auftrag, bei einem Nachtangriff den Ort Garampald zu nehmen und damit den feindlichen Einschliessungsring zu sprengen. Ihr Sohn hatte durch den Abschuss von 3 schweren Feindpanzern wesentlichen Anteil an dem Gelingen dieses Unternehmens, er zeigte hervorragenden Mut und Entschlossenheit, als er immer wieder in der Dunkelheit vorfuhr, um gegen sperrende Panzer der Kampfgruppe den Weg freizukämpfen. Bei der Unübersichtlichkeit des Nachkampfes gelang es feindlichen Nahkämpfern, den Panzer Ihres Sohnes in die Luft zu sprengen, wobei dieser den Tod fand; er selbst konnte nach der Explosion nicht mehr gefunden werden.

So schwer dieser Verlust für Sie sein möge, so soll es Sie doch mit Stolz erfüllen, dass es in hohem Masse der kämpferischen Leistung Ihres Sohnes zu verdanken ist, dass hunderte seiner Kameraden den Weg in die Freiheit gefunden haben. Er selbst wurde wegen Tapferkeit vor dem Feinde zum Unteroffizier befördert, doch konnte er diese Auszeichnung leider nicht mehr selbst erleben. Die Benachrichtigung kann ich erst heute verspätet vornehmen, da die Kompanie, tagelang in schwere Kämpfe verwickelt, sich erst gestern der feindlichen Umklammerung entziehen konnte. Die Kompanie verliert in Ihrem Sohn einen begeisterten Soldaten, der sich in allen Einsätzen bewährt hat und der als einer der sichersten und erfolgreichsten Geschützführer galt. Ich bitte Sie nun meiner und aller Kameraden tiefe Anteilnahme entgegenzunehmen und möge es Ihrem Schmerz ein Trost sein, dass auch Ihr Sohn für unseren Freiheitskampf sein Höchstes gab. Mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen grüsse ich Sie mit

Heil Hitler!

Die Übereinstimmung dieser Abschrift mit dem Text des Originalbriefes wird bestätigt.
Schwarzenbruck, 6. Febr. 1945

Ihr

Hans Joachim Pröscholdt, Oblt.
und Komp. Chef.

Bürgermeister

Gemeinde Schwarzenbruck
der Gemeinde Schwarzenbruck

Abschrift der Todesmitteilung

Meinungsfreiheit oder Meinungsmonopol?

Die Rundfunkfreiheit im parlamentarischen Diskurs der Nachkriegszeit

Von Dirk Götschmann



Plenarsitzung des Bayerischen Landtags im Jahr 1952, geleitet von Landtagspräsident Hundhammer (CSU)

Alle Fotos: Bildarchiv des Bayerischen Landtags, soweit nicht anders gekennzeichnet

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt“: So heißt es in Artikel 5 (Abs.1) des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, und man könnte meinen, dass damit allen Bestrebungen, die Meinungsfreiheit einzuschränken, der Boden entzogen worden sei. Zumal auch die Politik nie müde wurde, die Meinungsfreiheit als Grundlage und Garant von Freiheit und Demokratie zu preisen.

Dass aber wie so oft auch in diesem Fall Theorie und Praxis erheblich auseinanderklaffen, hat erst jüngst wieder ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gezeigt. Am 25. März 2014 verkündeten die Hüter des Grundgesetzes, dass der ZDF-Staatsvertrag gegen das Grundrecht der Rundfunkfreiheit verstoße. Denn diese erfordere eine „durchgehende Orientierung am Grundsatz der Vielfaltsicherung und eine konsequente Begrenzung des Anteils staatlicher und staatsnaher Mitglieder in den Aufsichtsgremien“;¹ diese Kriterien aber werden vom Vertrag nicht gewährleistet. Abgeleitet haben die Richter dieses Erfordernis aus Art. 5 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes, der den Auftrag enthalte, zur Gewährleistung der Rundfunkfreiheit eine Ordnung zu schaffen, die sicherstelle, „dass die Vielfalt der bestehenden Meinungen im Rundfunk möglichst breit und vollständig Ausdruck findet.“²

Tatsächlich begannen die Auseinandersetzungen um die Rundfunkfreiheit schon vor Erlass des Grundgesetzes und der Gründung der Bundesrepublik. Ausgetragen wurden sie vor allem auf Länderebene, wobei die Diskussionen in Bayern besonders heftig ausfielen. Denn hier war mit Walter von Cube ein Journalist als Rundfunkkommentator tätig, der für sich in Anspruch nahm, seine ganz eigenen Ansichten haben und verbreiten zu dürfen, auch wenn diese mit solchen in Widerspruch standen, wie sie von einflussreichen Kreisen in Politik und Gesellschaft vertreten wurden.

Cubes Radiokommentare brachten aber nicht nur die Gemüter bayerischer Politiker und Bürger ins Wallen. Sie sorgten auch dafür, dass Radio München, bzw. der Bayerische Rundfunk (seit 1948) weit über die Grenzen Bayerns hinaus Beachtung fand. So wurde im Dezember 1952 berichtet, dass der Bayerische Rundfunk ab dem kommenden

Jahr wieder Kommentare von Cubes senden werde, was er seit mehreren Monaten habe unterlassen müssen. Nun konnte man zwar über Cubes Kommentare durchaus geteilter Meinung sein, wer sie jedoch als treu-bayrische Aphorismen abtat, der hat sie entweder nicht gehört oder falsch verstanden. Denn, was auch immer man Cube vorhalten konnte, eines mit Sicherheit nicht: Vereinnahmungen ließ sich dieser eigenwillige Journalist von keinem politischen Lager, auch und schon gar nicht vom bayerisch-partikularistischen, wie seine norddeutschen Kollegen andeuteten. Tatsächlich zog sich Cube gerade wegen seiner Eigenständigkeit und seines Nonkonformismus den Zorn der Politiker zu. Und da er bei vielen wichtigen Themen ganz eigener Auffassung war, die zudem oft dem Zeitgeist widersprach und quer zum „Mainstream“ verlief, feindete man ihn aus allen politischen Lagern an.

Ob er diese Konfrontation genoss, wie ihm seine Gegner unterstellten, oder unter ihr litt, spielte für Cube letztlich keine Rolle. Denn er war davon überzeugt, dass man als Bürger eines demokratischen Staates die Gestaltung der Politik nicht allein den Politikern überlassen dürfe und, dass er als Journalist die Aufgabe habe, die Gesellschaft in diesem Sinn zu aktivieren. Das war die Konsequenz, die er persönlich aus der Katastrophe des „Dritten Reiches“ gezogen hatte. Der 1906 in Stuttgart geborene Essayist und Journalist, in diese Tätigkeit war er in Berlin im Umfeld von Theodor Wolff und Alfred Kerr hineingewachsen, war damals zwar in die „innere Emigration“ gegangen. Dennoch fühlte er sich für die Verbrechen des Nazi-Regimes mitverantwortlich. In einem Kommentar, verfasst am Silvesterabend 1946, führte er dazu aus: „Wir haben gekämpft und gelitten, um unsere Schuld an diesem Kampf und an diesem Leid zu büßen, um uns nie mehr vor der Verantwortung zu

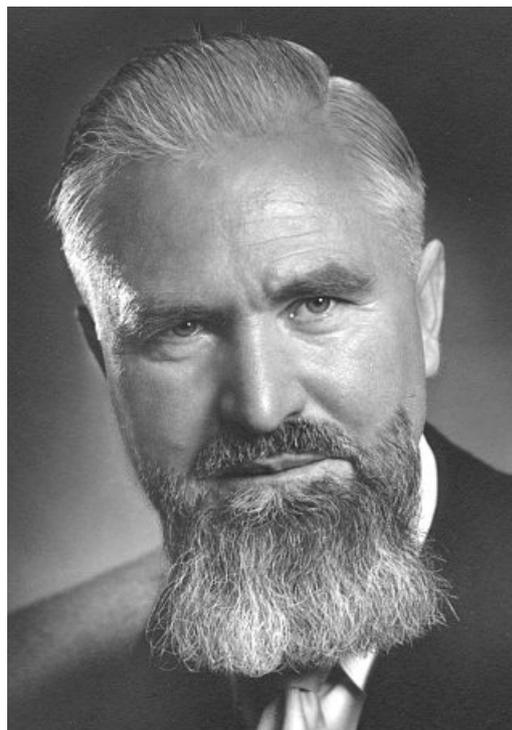
¹ Bundesverfassungsgericht, Pressestelle, Pressemitteilung Nr. 26/2014 vom 25. März 2014, in <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg14-026.html> [Stand: 24.5.2014].

² Bundesverfassungsgericht (wie Anm. 1).

verstecken, um nie mehr zu schweigen, wenn die Menschenwürde verletzt wird, um niemals und nirgends mehr zu dulden, daß der Geist geknebelt und durch käufliche Intelligenz und anmaßende Halbbildung ersetzt wird, um uns künftig weder durch Furcht noch aus Berechnung oder barbarischem Trieb jemals der Gewalt und ihren Dunkelmännern zu verschreiben.“³

Aber vielen bayerischen Politikern der Nachkriegszeit, die oft noch zur Zeit der Monarchie aufgewachsen waren, fiel die Einsicht sehr schwer, dass die Presse – respektive Rundfunkfreiheit – ein konstitutives Element der Demokratie sei und sie sich deshalb jedes Eingriffs in diese zu enthalten hätten. Keineswegs nur in konservativen Kreisen war die Überzeugung weit verbreitet, dass der Staat nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet sei, die Gesellschaft vor dem verderblichen Einfluss eines unverantwortlichen Journalismus zu schützen. In der Realität diente dieser vorgebliche Einsatz für den Schutz der Gesellschaft und des demokratischen Staates aber nur zu oft dazu, die Politiker und ihr Klientel vor einer kritischen Berichterstattung mit breiter Öffentlichkeitswirkung abzuschirmen. Diesen Rückschluss jedenfalls lassen jene Debatten zu, die im bayerischen Landtag über die Aktivitäten des Rundfunks und besonders die ihres Kommentators Cube in den 1940er und frühen 1950er Jahren geführt wurden.

Den Beginn dieses Diskurses, in dem es letztlich um die Rolle der Massenmedien in einer demokratischen Gesellschaft und darum ging, welche Grenzen man der politischen Berichterstattung ziehen dürfe und ziehen müsse, markiert eine Rede von Alois Hundhammer, des Anführers des altbayerischen Flügels der CSU. Am 9. Dezember 1947 stellte er als Kultusminister anlässlich der Vorlage seines Budgets die Richtlinien seiner Politik vor. Dabei übte er heftige Kritik an dem angeblich unsittlichen Charakter vieler künstlerischer Darbietungen: „Was sich da unter dem Schutzmantel der demokratischen Freiheit“ verstecke, so der Minister, sei „zum großen Teil eine soziale und kulturelle Gefahr für unser Volk.“ Es sei höchste Zeit, gegen dieses Verbrechen, – denn nichts anderes sei es, wenn man das Volk geistig, kulturell und moralisch in eine falsche Bahn hineinführe, – vorzugehen. Zu diesen verbrecherischen Aktivitäten zählte der Minister auch Darbietungen des Rundfunks, welche zurecht „aus unserem Volk heraus“ kritisiert würden. So strahle dieser ausgerechnet am Sonntagvormittag Sendungen aus, die eine Verhöhnung des Christentums darstellten. Man dürfe „auch da nicht unter Berufung auf die Demokratie jeder Entwicklung hemmungslos ihren Lauf lassen, insbesondere nicht, nachdem wir den zeitweise stark nach links orientierten Charakter mancher Darbietungen



Dr. Alois Hundhammer (1900 – 1974), CSU

erlebt haben.“ Sein Credo lautete dann wie folgt: „Die Demokratie besteht nicht darin, daß eine Minderheit das Monopol hat, in der Öffentlichkeit einseitig eine Stimme laut werden zu lassen, die gegen die Mehrheit ist. Die Demokratie besteht darin, daß die Stimme der Mehrheit im Volk auch zu Worte kommt.“⁴

Mit der Behauptung, dass der Rundfunk ein Monopol besitze, das er zur Verbreitung politischer Auffassungen nutze, die nicht die der Mehrheit der Bevölkerung entsprächen, gab Hundhammer der Diskussion die Richtung vor. Und er fand damit großen Anklang, wie man daraus ersehen kann, dass sich im Plenum kein Widerspruch dagegen regte, auch nicht, als am nächsten Tag einer der Abgeordneten seine Befriedigung darüber ausdrückte, dass endlich „von höchster Stelle aus“ gegen das „kulturlose Treiben gewisser Münchner Etablissements und des Münchner Senders“⁵ Stellung bezogen worden sei.

Zur bevorzugten Zielscheibe der Kritik am Rundfunk wurde Walter von Cube. Sein Name taucht in den Plenar-Protokollen des Landtags erstmals am 22. Juli 1948 auf. Anlass hierfür waren zwei Radiokommentare vom 10. und 17. Juli. In diesen hatte Cube die Ablehnung kritisiert, mit der die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder auf den Wunsch der westlichen Alliierten reagiert hatten, die Bildung eines westdeutschen Staates zu beschleunigen. Landtagspräsident Georg Stang referierte zunächst längere

³ Walter von Cube: Ich bitte um Widerspruch, Frankfurt 1952, S. 9.

⁴ Alle Zitate: Bayerischer Landtag: Protokoll der 40. Sitzung vom 9. 12. 1947, S. 365.

⁵ Bayerischer Landtag: Protokoll der 41. Sitzung vom 10. 12. 1947, S. 393.



Protagonist der bayerischen Diskussion um die Rundfunkfreiheit: Walter von Cube (1906–1984), hier auf einer Aufnahme im Rundfunkstudio 1954

*Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/
Fotograf: Heinz Hering*

Passagen dieser Kommentare und gab dann im Auftrag des Ältestenrates eine ausführliche Stellungnahme dazu ab. Kommentieren, so dozierte er, bedeute „erläutern“, weshalb ein Kommentator seine eigene Meinung zurückzuhalten habe und verpflichtet sei, „nach seinem Gewissen klar das zu schildern, was sich objektiv ereignet hat.“ Zudem gelte in einer Demokratie das Gebot, dass vor allem dann, wenn man gegenteiliger Auffassung sei, „eine vornehmere Ausdrucksweise Platz greifen sollte.“ Beide Grundsätze sah er ignoriert. Cubes Ausführungen seien zudem „außerordentlich bedauerlich, weil sie der deutschen Sache in einem wichtigen deutschen Moment ein außerordentlich schlechten Dienst erwiesen“ hätten. Zum Abschluss stellte der Präsident fest: „So stehe ich zusammen mit den Parteien dieses Landtag und in Übereinstimmung mit den Beratungen, die im Länderratsausschuss gepflogen wurden, auf dem Standpunkt, dass die Ausführungen des Herren von Cube zu bedauern sind, dass sie nicht im Interesse unserer deutschen

Sache liegen. Ein Kommentator muss meines Erachtens in erster Linie Gewicht darauf legen, das darzustellen, was vor sich gegangen ist, er muß durch diese Darstellung in einer so ernsten und schwierigen Stunde unseres Vaterlandes unserer gesamtdeutschen Sache einen Dienst erweisen und darf nicht das Gegenteil tun.“⁶

Der Landtagspräsident betrachtete also den Kommentar Cubes als unzulässige Einmischung eines Journalisten in die Politik. Wie sich bei den Beratungen des „Gesetzes über die Errichtung und Aufgaben einer Anstalt des Öffentlichen Rechtes ‚der bayerische Rundfunk‘“ zeigen sollte, die nur eine Woche später stattfanden, wurde diese Ansicht von vielen Politikern quer durch alle Parteien geteilt. Dank dieses Konsenses wurde der Gesetzentwurf in der eingebrachten Form und binnen kürzester Frist angenommen, so dass das erste bayerische Rundfunkgesetz bereits am 10. August 1948 in Kraft treten konnte.

6 Alle Zitate: Bayerischer Landtag: Protokoll der 79. Sitzung vom 22. Juli 1948, S. 1668 f.



Franz Marx (1903–1985), SPD



Dr. Josef Müller (1898–1979), genannt der „Ochsensepp“, CSU

Da dieses Gesetz noch unter den wachsamen Augen der amerikanischen Besatzungsmacht entstand, die den Sender erst im Januar 1948 aus ihrer Obhut entlassen hatten, konnten die Parlamentarier die Vorgaben, die sie zur Verhinderung eines Missbrauchs des Rundfunks für erforderlich hielten, nur sehr allgemein formulieren. Das galt schon für dessen Aufgabe, die laut Gesetz darin bestand, Beiträge zur „Belehrung und Unterhaltung“ zu senden, die „von demokratischer Gesinnung, von kultureller Verantwortung, von wahrhafter Menschlichkeit und von unbestechlicher Objektivität“ getragen sind. Mit diesen Vorgaben sollte auch sichergestellt werden, dass die Kommentatoren einen überparteilichen Standpunkt wahrten. Das Recht, Kritik zu üben, wurde dem Rundfunk zwar ausdrücklich eingeräumt, aber mit bezeichnenden Einschränkungen: „Der Rundfunk kann im Rahmen des publizistischen Anstandes sachliche Kritik üben an Ungerechtigkeiten, Mißständen oder Unzulänglichkeiten bei Personen oder Einrichtungen des öffentlichen Lebens.“ Mit dieser Bestimmung sollte jene „übersteigerte und hemmungslose Kritik“ verhindert werden, an der die Weimarer Republik zugrunde gegangen sei. Für die Einhaltung dieser Vorgaben sollte der Rundfunkrat sorgen, in dem neben Mitgliedern der Regierung und des Landtags auch Repräsentanten der Religionsgemeinschaften und der „gesellschaftlich relevanten“ Gruppen Sitz und Stimme hatten. Dieses Gremium sollte den Intendanten nicht nur wählen und entlassen, sondern auch bei der Gestaltung des Pro-

gramms beraten. Im Übrigen sollte dieser aber die „notwendige Verantwortlichkeit“ behalten.⁷

Mit diesen unscharfen Vorgaben waren die weiteren Konflikte zwischen Politik und Rundfunk vorprogrammiert. Obwohl der Rundfunkrat den bisherigen Intendanten Rudolf von Scholtz einstimmig in seinem Amt bestätigt hatte, hat er diesen bald heftig kritisiert. Am 19. Juli 1949 erteilte der Landtagspräsident dem Rundfunk sogar im Plenum eine heftige Rüge. Anlass dafür war eine Sendung, die sich auf satirische Weise mit der Gründung der Bundesrepublik und der Nationalflagge beschäftigt hatte: „Ich habe gewiss Verständnis für die politische Satire“, so führt er dabei aus, „aber sie muß Witz und Humor haben und sie darf nicht so ausfällig sein, dass sie an die Grundlagen eines Volkes herangeht.“ Deshalb müsse der Landtag die Staatsregierung und die Leitung des Bayerischen Rundfunks ersuchen, „dass hier nach dem Rechten gesehen und alles getan wird, um in Zukunft derartige das Ansehen unseres Volkes schädigende Ausführungen im Bayerischen Rundfunk ein für alle mal zu unterbinden.“⁸

In der anschließenden Debatte begrüßte der SPD-Abgeordnete Franz Marx zunächst, dass man endlich einmal über den Geist spreche, der den Rundfunk beherrsche. Da der Rundfunk das wirksamste Mittel der Beeinflussung der Öffentlichkeit darstelle, müsse man verlangen, dass dessen Berichterstattung von absoluter Sachlichkeit getragen sei. Dass das Parlament dort in kabarettistischen Sendungen

⁷ Bayerischer Landtag: Protokoll der 82. Sitzung vom 29. Juli 1948, S. 1773 f.

⁸ Bayerischer Landtag: Protokoll der 116. Sitzung vom 19. Juli 1949, S. 422 f.



Heinz Beck (1914–1975), SPD

herabgesetzt werde, sei inakzeptabel, und der Intendant habe Derartiges unbedingt zu verhindern.⁹ Noch weitaus heftiger fiel die Kritik von Josef Müller aus, des „Ochsensepp“, wie dieser Mitbegründer der CSU oft genannt wurde. Der Rundfunk, so Müller, betreibe eine zersetzende Kritik, die umso schädlicher sei, als sie auch ins Ausland getragen werde und dort eine falsche Vorstellung von Bayern erzeuge. Sogar von Spanien aus habe man sich bei ihm über das Verhältnis erkundigt, das von Cube zu ihm und der CSU habe. Cube, so Müller weiter, verstecke sich hinter seiner angeblichen Neutralität, um seine eigenen Ansichten propagieren zu können. Deshalb sei es besser, „als Kommentatoren Persönlichkeiten an den Rundfunk zu bringen, die bestimmten Parteien angehören, und einen vernünftigen Schlüssel zu vereinbaren. Jeder Hörer könnte sich dann sofort ein Werturteil unter Berücksichtigung der Parteizugehörigkeit bilden.“ Müller schlug eine baldige Revision des Rundfunkgesetzes vor; mit ihr sollte diese Politisierung des Rundfunks, denn nichts anderes beinhaltete sein Vorschlag, abgesichert werden.¹⁰

Müllers Kritik schloss sich auch der SPD-Abgeordnete Heinz Beck an. Wie er meinte, habe der Rundfunkrat zwangsläufig dabei versagen müssen, die politische Neutralität des Senders sicherzustellen, da der Intendant eine zu starke Stellung habe. Dieser aber stütze von Cube, der für alle Sendungen politischen Inhalts verantwortlich sei. Die monierten Sendungen seien auch nicht die ersten, in de-



Dr. Heinrich Franke (1887–1966), SPD

nen sich der Rundfunk „in heimtückischer, gemeiner Weise gegen die demokratischen Institutionen“ gewandt habe. Auch er befürwortete deshalb eine Revision des Rundfunkgesetzes. Schützenhilfe erhielt er von seinem SPD-Kollegen Heinrich Franke, der auch Mitglied des Rundfunkrates war. Wie er berichtete, hatte man dort mit dem Intendanten wegen Cube bereits heftige Auseinandersetzungen geführt. Franke forderte nun, dass politische Kommentare künftig nur von Fachleuten abgegeben werden sollten: „An eine solche Stelle gehört eben ein Mann, der, wenn er schon die Verantwortung zu übernehmen hat, irgendwie Erfahrung besitzen muss. Dass scheint aber leider hier nicht der Fall zu sein“. Zwar habe der Rundfunkrat durchgesetzt, dass auch andere Kommentatoren zum Zuge kämen. Dadurch aber könne leicht der Fall eintreten, dass verschiedene Parteien zu Wort kämen, ohne dass man wisse, welche Partei gerade das Wort habe. Auch er unterstütze somit eine Novellierung des Gesetzes. „Im übrigen aber möchte ich fast hoffen, dass die heutige Verhandlung und diese persönliche Aussprache zum mindesten eine sehr ernste Warnung für diejenigen bedeutet, die heute noch das Vertrauen, das man ihnen geschenkt hat, missbrauchen.“¹¹

Der folgende Redner, der CSU-Abgeordnete Andreas Schmid, zeigte sich entsetzt über die Wirkung, die „eine solche unverantwortliche gewissenlose Schmarrerei, wie jetzt betrieben wird“, außerhalb Bayerns habe. Danach ergriff sein Kollege August Haußleiter das Wort; auch er war

⁹ Vgl. Bayerischer Landtag: Protokoll der 116. Sitzung vom 19. Juli 1949, S. 424.

¹⁰ Bayerischer Landtag: Protokoll der 116. Sitzung vom 19. Juli 1949, S. 424 f.

¹¹ Bayerischer Landtag: Protokoll der 116. Sitzung vom 19. Juli 1949, S. 426 f.



Andreas Schmid, CSU



August Haußleiter (1905–1989), CSU (bis 1949)

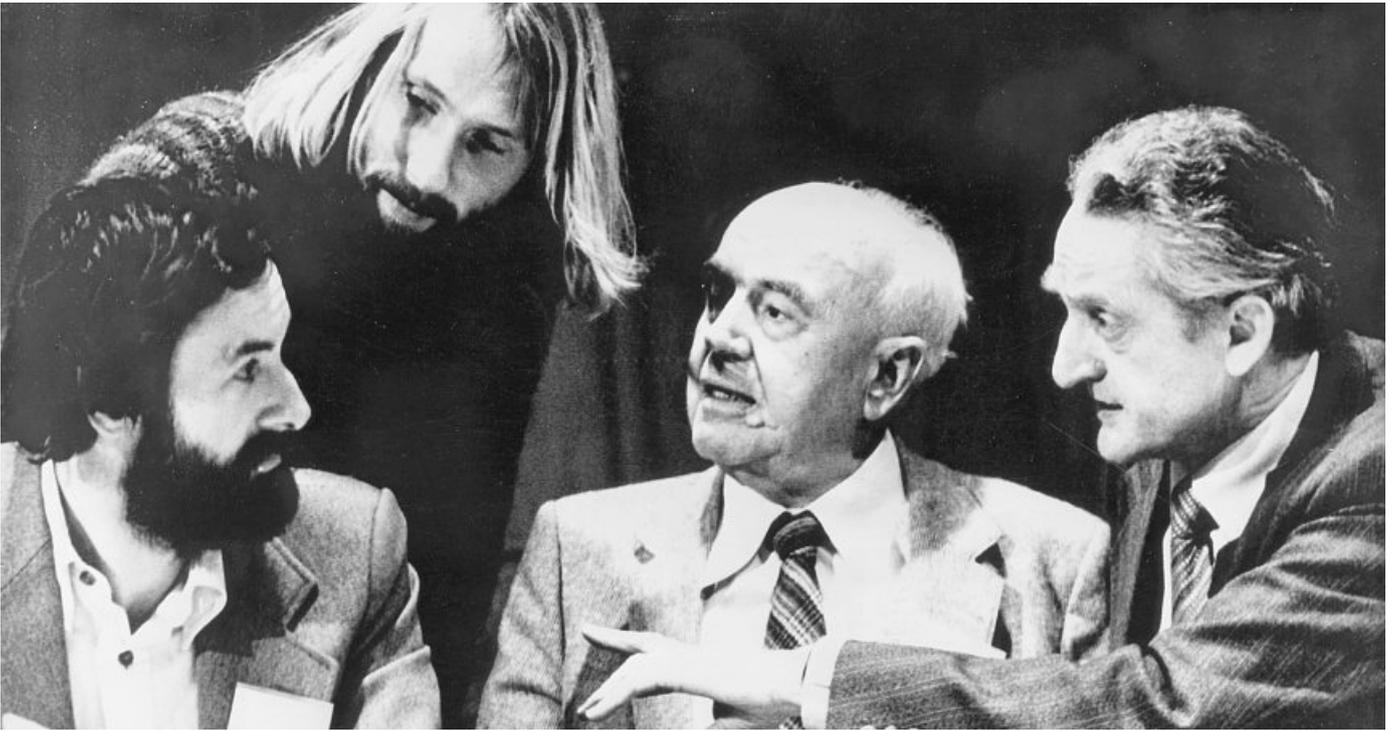
Mitglied des Rundfunkrates. Haußleiter war wohl eine der schillerndsten Gestalten des bayerischen Landtags. Der 1905 in Nürnberg geborene Journalist hatte sich im „Dritten Reich“ als engagierter Kriegsberichtersteller einen zweifelhaften Ruf erworben und zählte nach 1945 zu den Gründern der CSU in Franken, für die er 1946 in den Landtag einzog. 1949 verließ er jedoch die CSU und schloss sich einer rechtskonservativen Gruppierung an. 1950 erneut in den Landtag gewählt, gehörte er diesem zunächst bis 1954 an. Nachdem er sich 1979 an der Gründung der „Grünen“ beteiligt hatte, konnte er jedoch für diese als Nachrücker 1986 nochmals in Landtag einziehen.

Haußleiter zitierte zunächst aus einem Kommentar, in dem Cube das Niveau der Auseinandersetzung zwischen den Parteien kritisiert hatte, wurde dann aber von Zwischenrufen unterbrochen. Einer davon lautete „mit 2600 Mark im Monat“ und spielte damit auf das Gehalt Cubes an. Haußleiter griff diesen Zuruf sofort auf: „Ja ich werde gleich dazu kommen. Er wagt es durch eine Art der dünnkelhaftesten Überlegenheit seine Hörer zu verhöhnen. Das ist der Mann, der immerhin dafür im Monat 2600 Mark einsteckt.“ Nach weiteren Zwischenrufen führte Haußleiter aus, dass Cubes Stellvertreter 2300 Mark beziehe, Cube selbst durch seine Nebenverdienste auf monatlich 5000 Mark komme. Danach berichtete er weiter, dass der Rundfunkrat Cube mehrfach vor sich zitiert und massiv kritisiert habe. Bei einer dieser Gelegenheiten habe er, Haußleiter,

Cube Folgendes vorgehalten: „Sie stammen aus dem Baltentland, Sie spielen aber haargenau die Rolle des ‚Miesbacher Anzeigers‘, nur in anderer Tonart.“ Auf diesen Vergleich des Bayerischen Rundfunk mit einer Zeitung, die in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg für ihre antisemitischen Hetzartikel berühmt war, reagierte das Plenum, wie das Protokoll bemerkt, mit Bravorufen und „Heiterkeit rechts“.

Durch diese Zustimmung sichtlich ermuntert, fuhr Haußleiter mit seinen Angriffen auf Cube fort. Dieser sei gesetzlich zur Objektivität verpflichtet, missbrauche aber seine Stellung, um seine eigenen Ansichten zu verbreiten: „Wenn er für eine Überzeugung kämpft, dann muss er zu der Partei gehen, deren Überzeugung ihm entspricht. Es geht aber nicht, sich als großer intellektueller Held zu tarnen, der viel zu gut ist für die Marschkolonnen der Parteien, für diese dumme Ansammlung von ahnungslosen Menschen, die lediglich Herrn von Cube, wie er uns klarmachte, die wahre Erleuchtung über die politische Lage in Deutschland zu verdanken haben!“ An Cubes Stelle gehöre „ein Mann, der etwa das vertritt, was man draußen als politische Wissenschaft bezeichnet – political science –, der objektiv erklären will, was geschieht, der als Mensch vielleicht noch irrt, aber nicht mit einer Art zersetzender Mischung von dummer Einbildung, Überlegenheitsdünkel und Intelligenz den Staat gefährdet, um den es heute doch geht und dessen Errichtung heute zur Debatte steht.“ Das Monopol, das Cube

12 Bayerischer Landtag: Protokoll der 116. Sitzung vom 19. Juli 1949, S. 429.



August Haußleiter als Mitglied des vorläufigen Vorstandes der Grünen, mit (v.l.) Karl Kerschgens, Lukas Beckmann und Herbert Gruhl, Saarbrücken, 22. März 1980 Foto: Süddeutsche Zeitung

in Bezug auf die Meinungsbildung besitze, sei auch durch Einsatz von zwei weiteren Kommentatoren kaum eingeschränkt worden. Cube schieße jetzt auf indirekte Weise gegen die Politik, denn die Witze, die die Ansager nun brächten, seien die „indirekte Rache des Herrn von Cube dafür, daß er nicht Monopolinhaber im bayerischen Radio ist.“¹²

In die gleiche Kerbe schlug der nächste Sprecher, der FDP-Abgeordnete Georg Schneider: „Der politische Kommentar gehört meiner Ansicht nach überhaupt nicht in den Rundfunk hinein, weil nämlich niemanden in dieser Welt die Möglichkeit gegeben ist, den Kommentar zu kommentieren, und weil dieser Kommentar von vornherein undemokratisch ist, zumal er ständig aus dem Munde ein und desselben Mannes kommt, der doch irgendwie mit dem Intendanten liiert ist; denn beide sind Balten – dies sei einmal ganz offen gesagt – und beide sind sehr bayerische Balten geworden.“ Unter diesen beiden Männern habe sich der bayerische Rundfunk zu einer „zentralistischen Institution“ entwickelt, die von der Mehrheit der bayerischen Bevölkerung abgelehnt werde: „Ein demokratischer Rundfunk hat nur dann einen Sinn, wenn er in inniger Verbindung mit dem Volke steht. Eine solche hat aber unserer Rundfunk nicht.“ Vor allem in Schwaben und Franken werde der bayerische Rundfunk wegen seiner zentralistischen Ausrichtung kaum gehört. Die Schuld dafür trage hauptsächlich der Intendant, den der Rundfunkrat umgehend entlassen müsse.

Beschlossen wurde die Debatte von Alois Hundhammer. Er rügte nochmals den Geist, der im Rundfunk herrsche, und „der nichts anderes ist als ein nagender Wurm am Gebäude des heutigen Staates.“ Es sei ein „Geist der Zersetzung“, der alles erniedrige, was „Gegenstand einer gewissen Achtung“ sein müsse. Dafür machte er die personelle Zusammensetzung des Rundfunks verantwortlich, handle es sich doch beim größten Teil der Beschäftigten nicht um Bayern. Die Bedeutung Cubes aber relativierte er. Auch die Kommentare anderer wären nicht besser, zudem gäbe es grundsätzlich keine wirklich überparteilichen Kommentatoren, weshalb man besser Vertreter der Parteien reden lassen sollte. Abschließend plädierte Hundhammer dafür, dass der Rundfunk der Politik generell keinen so großen Platz einzuräumen solle. „Er sollte sich vielmehr auf das konzentrieren, was das Volk eigentlich von ihm erwartet: Unterhaltung und nicht zersetzende Kritik.“ Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle mehrere Zurufe: „Sehr gut! Sehr richtig! rechts und links.“¹³

Die Novellierung des Rundfunkgesetzes wurde jedoch zurückgestellt, sie sollte tatsächlich erst im Jahr 1959 zustande kommen. In der Zwischenzeit schwelte der Konflikt zwischen der Politik und dem Rundfunk zunächst fort. Besonders die personelle Zusammensetzung und die Finanzwirtschaft des Rundfunks waren wiederholt Gegenstand der Kritik. Am 9. Oktober 1952 erstattete der Kulturausschuss dem Plenum Bericht über die landsmann-

13 Bayerischer Landtag: Protokoll der 116. Sitzung vom 19. Juli 1949, S. 429 f.



Georg Schneider (1902–1972), FDP

schaftliche Zusammensetzung des Personals des bayerischen Rundfunks und über deren Bezahlung. 64,5 Prozent der Beschäftigten waren demnach gebürtige Bayern, weitere 12,1 Prozent schon lange in Bayern ansässig, 12,5 Prozent waren Heimatvertriebene, nur 10,9 Prozent wurden als „Nichtbayern“ eingestuft. Ihr Gehalt aber halte sich im „Rahmen der bei publizistischen und künstlerischen Unternehmungen und in Anbetracht der Bedeutung des Bayerischen Rundfunks üblichen Sätze.“ Damit war den Vorwürfen, dass sich der Rundfunk in Hand von Nicht-Bayern befinde, die ihre Vormachtstellung zur persönlichen Bereicherung nutzen, weitgehend der Boden entzogen.¹⁴ Im Kulturausschuss hatte sich der Schwerpunkt der Debatte deshalb auf die Zusammensetzung und Befugnisse des Rundfunkrates verlagert, wobei ein breiter Konsens darin bestand, dass dem Landtag ein Kontrollrecht „über alle Angelegenheiten, die sich im öffentlichen Leben Bayerns abspielen“¹⁵ gebühre. Haußleiter aber nutzte auch die Vorlage dieses Ausschussberichtes wieder zu schweren Angriffen auf Cube. In den zurückliegenden Wochen und Monaten hatte sich Cube in seinen Kommentaren wiederholt kritisch mit der Wiederbewaffnung und der Ostpolitik auseinandergesetzt. Haußleiter verunglimpfte nun Cube als Agenten

Frankreichs, als Defätisten und „politischen Zuträger des Kommunismus“¹⁶ Diese Art der Diffamierung ging nun aber selbst Alois Hundhammer zu weit, der Haußleiters „maßlose Angriffe“ rügte. Es gäbe, so fuhr er dann fort, „sehr viele Stimmen im ganzen Land, die gerade den Herrn von Cube als Kommentator durchaus gerne hören, auch wenn sie nicht jedes Wort von ihm restlos akzeptieren.“¹⁷ Später meldete sich Hundhammer in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsrates des Rundfunks nochmals zu Wort, um Haußleiters Unterstellung, dass Cube ein französischer Agent sei, in aller Form zurückzuweisen.¹⁸

Dass Hundhammer Cube gegenüber den Verunglimpfungen Haußleiters in Schutz nahm, darf jedoch keineswegs als Zeichen eines politischen Kurswechsels verstanden werden. Das belegt sehr nachdrücklich eine weitere Debatte, die nur wenige Monate später, Ende Februar 1953, geführt wurde.¹⁹ Diesmal war es ein Kommentar, in dem Cube die Bundesregierung dafür kritisiert hatte, dass sie mit dem von ihr praktizierten Aufnahmeverfahren für Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone einen Anreiz schaffe, in die Bundesrepublik abzuwandern. Angesichts der damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Probleme, das sogenannte Wirtschaftswunder lag damals noch in weiter Ferne, sei dies, so Cube, eine „selbstmörderische Humanität“. Diese Äußerungen nahm die Fraktion des „Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ zum Anlass für eine Interpellation. Sie ersuchte die Staatsregierung um Auskunft, ob sie Cubes Ansicht billige, und falls sie dies nicht tue, bereit sei, dies der Öffentlichkeit mitzuteilen. Diese Interpellation bot der Regierung und allen Fraktionen die Möglichkeit, sich zu Cubes Kommentar zu äußern. Den Anfang machte ein Abgeordneter vom BHE; er beschuldigte Cube eines Angriffs auf die „moralischen Grundgesetze“, die für alle Völker verpflichtend seien. Das gelte besonders für Bayern, weshalb man von der Staatsregierung eine Haltung erwarte, „die den notleidenden, angstgejagten deutschen Menschen in den Mittelpunkt auch allen staatlichen Planens und Wirkens stellt und von gesamtdeutschem, ja gesamteuropäischem Verantwortungsbewußtsein durchdrungen ist.“ Cube aber habe dadurch, dass sein Kommentar vom Bayerischen Rundfunk ausgestrahlt wurde, das Ansehen Bayerns schwer geschädigt, was eine entsprechende Reaktion der Staatsregierung erfordere.

Für die Regierung ergriff Ministerpräsident Hans Ehard persönlich das Wort, was den Stellenwert unterstreicht, den man diesem Vorgang beimaß. Jeder kenne die

14 Bayerischer Landtag: Protokoll der 111. Sitzung vom 9. Oktober 1952, S. 243-f.

15 Ebd., S. 244.

16 Ebd., S. 248.

17 Ebd.

18 Ebd., S. 250.

19 Vgl. Bayerischer Landtag: Protokoll der 132. Sitzung vom 26. Februar 1953, S. 891–906.



Der Bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (1887–1980), CSU



Theodor Oberländer (1905–1998), 1948 FDP, ab 1950 BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten)

Haltung der Regierung in der Flüchtlingsfrage, es sei somit selbstverständlich, dass sie Cubes Auffassung nicht teile. Eine ausdrückliche Missbilligung eines Rundfunkkommentars aber verbiete ihr die Gesetzeslage. Nach dieser Erklärung bekam Haußleiter das Wort. Das nutzte er, wie jeder vorhersehen konnte, wieder zu heftigen Angriffen auf Cube, den er dabei, nationalsozialistische Diktion aufgreifend, als „Hauptschriftleiter des Bayerischen Rundfunks“ bezeichnete. Die Staatsregierung könne sich nicht einfach aus der Verantwortung ziehen: „Wer die Folgen der Cube’schen Handlung beobachtet, der weiß, daß hier nicht ein Privater seine Meinung äußert, sondern daß hier die Politik, die ganze Politik eines Senders zur Debatte steht.“ Vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung die Errichtung eines Staatssenders plane, müsse die Staatsregierung Stellung beziehen: „Jeder deutsche Sender, gleichgültig ob auf Bundes- oder Länderebene, hat heute gesamtdeutsche Verpflichtungen, denen er sich nicht entziehen kann.“²⁰ Cube schade aber nicht nur dem Ansehen Bayerns, sondern begünstige auch die Kommunisten. Damit aber missbrauche er sein Meinungsmonopol: „Am bayerischen Mikrophon herrscht keine Meinungsfreiheit. Sie herrscht nur für einen einzigen: Für Herrn von Cube. Das ist ein Zustand, den das bayerische Volk nicht billigen darf.“²¹ Der Abgeordnete Theodor Oberländer, der anschließend für den BHE sprach, beschuldigte Cube, die Menschen in der sowjetischen Zone

ihrem Schicksal überlassen zu wollen: „Aber Herr von Cube hat nicht auf der anderen Seite gegessen. Er wäre als Balte schon längst verschickt worden.“ Ihm folgte ein Abgeordneter der FDP, der Cubes Kommentar als eine „Anklage gegen unsere christliche Nächstenliebe“ qualifizierte.

Anschließend versuchte der Ministerpräsident, die Debatte zu versachlichen, indem er auf das Rundfunkgesetz und die darin vorgenommenen Kompetenzverteilung verwies. Seinen Ausführungen schloss sich der CSU-Abgeordnete Carljörg Lacherbauer an, der klarstellte, dass ein Kommentator keinerlei öffentliche Funktion oder Legitimation besäße und lediglich seine private Meinung äußere. Würde die Regierung auf den Kommentar Cubes reagieren, so würde sie diesen daher nur aufwerten. Der Auffassung widersprach man von Seiten des BHE heftig, wobei die Angriffe auf Cube nochmals gesteigert wurden. Cube sei nicht irgendein Kommentator, sondern Kommentator des Bayerischen Rundfunks und als solcher „ein Manager der öffentlichen Meinung“, dessen Kommentare eine ungeheure Wirkung in der deutschen Öffentlichkeit hätten. Deshalb müsse sich die Staatsregierung offiziell von ihm distanzieren. Da jedoch auch die SPD, für sie sprach mit Waldemar von Knoeringen einer ihrer profiliertesten Abgeordneten, den Standpunkt der Staatsregierung nachhaltig unterstützte, akzeptierte der Landtag schließlich nach mehrstündiger Debatte mit großer Mehrheit die Erklärung der Staatsregie-

20 Ebd., S. 894.

21 Ebd., S. 895.



Carljörg Lacherbauer (1902–1967), CSU



Waldemar von Knoeringen (1906–1971), SPD

rung und lehnte jede eigene Stellungnahme zu Cubes Kommentar ab.²²

Dies war nicht nur die heftigste, sondern zugleich auch die letzte Debatte, die im Plenum des bayerischen Landtags über einen Rundfunkkommentar Cubes geführt wurde. In der nächsten Legislaturperiode, von 1954 bis 1958, wurde über den Rundfunk nur noch in Zusammenhang mit der Novellierung des Rundfunkgesetzes gesprochen. Diese Verhandlungen kamen aber im zuständigen Ausschuss nicht voran, hauptsächlich deshalb, weil man sich nicht über die Zusammensetzung und Kompetenzen des Rundfunkrates einigen konnte. Denn die Politik hatte jetzt erkannt, dass dieses Gremium ein weitaus effektiveres Instrument war, um den Rundfunk unter Kontrolle zu bringen, als jede öffentliche Debatte. Nach der Wahl 1958, bei der die CSU die absolute Mehrheit der Sitze im Landtag erlangen hatte, stand einer Novellierung des Rundfunkgesetzes in diesem Sinne nichts mehr im Weg. Das neue Gesetz stärkte durch die Aufnahme weiterer Vertreter „gesellschaftlich relevanter“ Gruppen in den Rundfunkrat dessen Anspruch, die gesamte Gesellschaft Bayerns zu repräsentieren, sodass es legitim erschien, die Kompetenzen dieses Gremiums zulasten jener des Intendanten zu erweitern. Diese Verschiebung zeigte sich besonders augenfällig darin,

dass der Rundfunkrat nun berechtigt war, nicht nur den Intendanten, sondern auch dessen führende Mitarbeiter zu berufen und zu entlassen: „Persönlichkeiten zu suchen, den richtigen Mann an die richtige Stelle zu rufen wird die Aufgabe des Rundfunkrats in der Zukunft sein.“²³ Dafür, dass dieser erhöhte Einfluss im Sinne der Politik genutzt wurde, sorgte die Vermehrung der Sitze im Rundfunkrat, die von Mitgliedern der Staatsregierung und des Parlaments eingenommen wurden.

Mit dem neuen Rundfunkgesetz vom 22. Dezember 1959 wurde somit ein wichtiges Kapitel der bayerischen Nachkriegsgeschichte definitiv abgeschlossen. Bereits 1956 hatte sich der Rundfunkrat so sicher gefühlt, dass er Walter von Cube nach dem Tod des bisherigen Intendanten Rudolf von Scholtz mit der interimistischen Leitung des Rundfunks betraute. 1960 jedoch, hat der neu formierte Rundfunkrat Cubes Bewerbung um den Posten des Intendanten mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Als Programmdirektor des Hörfunks und Stellvertreter des Intendanten hat Cube dann zwar noch bis zu seiner Pensionierung 1972 eine wichtigere Rolle gespielt. Aber den Anspruch, als Journalist nicht nur dazu berechtigt zu sein, Politik zu kommentieren, sondern auch dazu, diese mitzugestalten, hat er aufgeben müssen. ■

22 Bayerischer Landtag: Protokoll der 132. Sitzung vom 26. Februar 1953, S. 906.

23 Bayerischer Landtag: Protokoll der 37. Sitzung, 26. November 1959, S. 1052.



europa.elementar

Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit hat in Kooperation mit der Europäischen Akademie Bayern zwölf Methodenkarten entwickelt, die Lehrerinnen und Lehrern Module zur spielerischen, kreativen und selbstaktivierenden Vermittlung von Themen zu Europa und zur Europäischen Union anbieten. Jedes Modul setzt dabei einen eigenen Schwerpunkt (z. B. Grenzen des Kontinents, Politikbereich der EU, Mitgliedsländer der EU). Je nach Vorwissen der Klasse können die einzelnen Module in den Unterricht integriert werden, um einen bestimmten Aspekt oder Themenbereich zu erarbeiten und zu vertiefen, oder zu Europaworkshops beliebig kombiniert werden. Eine beigefügte CD sowie eine Webseite sorgen für das aktuelle Ton-, Bild-, und Filmmaterial.

Die Module sind im Einzelnen:

- Europa zeichnen – Einstieg in Geographie und Staatenkunde Europas
- Europapuzzle – die geographischen Grenzen Europas
- EU-Stimmungsbarometer – verschiedene Auffassungen zur EU

- Warenkorb – Alltagsbezug und Bedeutung europäischer Gesetzgebung
- Erweiterungsspiel – Mitgliedsländer und Erweiterung der EU
- Expertenspiel – Mitgliedsländer und Erweiterung der EU unter der Lupe
- Europacartoon – kreative Auseinandersetzung mit einem europäischen Thema
- Standpunktspiel – Stellungnahme zu einem europäischen Thema
- Karikaturenkarussell – intensive Auseinandersetzung mit einem aktuellen europäischen Problem
- Prioritätenspiel – europäische Fragestellungen und die eigene Position
- Wandzeitung – komplexe und kreative Auseinandersetzung mit einem europäischen Thema
- Europaquiz

Das Material ist für den Einsatz im Unterricht aller Schularten ab der 4. Jahrgangsstufe geeignet und kann über die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit bezogen werden. ■

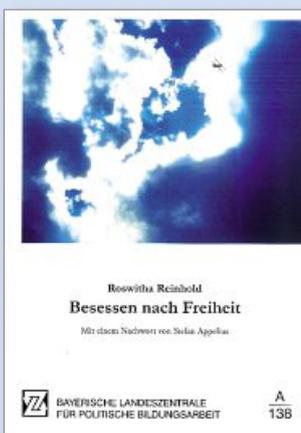
Themenschwerpunkt: 25 Jahre Fall der Mauer



Ein Vierteljahrhundert ist es her...

seit am 9. November 1989 der sogenannte „antifaschistische Schutzwall“ in Folge der „Friedlichen Revolution“ fiel und die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wieder frei passierbar wurde. Während dieses historische Ereignis – und auch die Erfahrung eines geteilten Landes im Kalten Krieg – jungen Leuten meist wie eine Geschichte aus fernen Zeiten vorkommt, bedeutet der 9. November für viele ältere Zeitgenossen ein einschneidendes Erlebnis in ihrem Leben.

Anlässlich dieses denkwürdigen Datums lädt die Landeszentrale mit einer Reihe von Angeboten dazu ein, sich reflexiv mit dieser historischen Zäsur auseinanderzusetzen. Dabei geht es vor allem auch um generationelle Perspektiven auf das Jahr 1989 und die Folgejahre sowie um den spezifisch bayerischen Blick auf die Ereignisse.



Der „Sound des Untergangs“

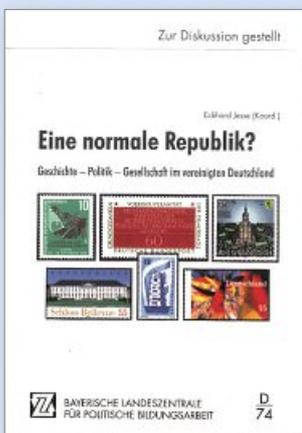
„Sound des Untergangs“ – so lautet der Titel einer bei der Landeszentrale erhältlichen CD, auf der Tonmitschnitte aus den letzten Sitzungen des SED-Zentralkomitees zu hören sind. In 69 Minuten entfaltet sich dort ein Klangteppich, der authentisch und vielleicht eindringlicher als jeder Begleittext die Dramatik der Ereignisse im Jahr 1989 wiedergibt (bereits erhältlich). Die Landeszentrale plant, voraussichtlich im November in Kooperation mit dem Institut für Zeitgeschichte und der Landeshauptstadt München den „Sound des Untergangs“ auch als Theaterstück zu präsentieren.



Veranstaltungen und Wettbewerbe

Um heutigen Schülergenerationen einen Eindruck von den historischen Ereignissen zu vermitteln, führt die Landeszentrale seit ca. zehn Jahren Zeitzeugengespräche zur deutsch-deutschen Grenze mit verschiedenen Personen der Zeitgeschichte an Schulen durch. In diesem Schuljahr ist Siegfried Wittenburg aus Langen Brütz (Mecklenburg-Vorpommern) an mehrere Schulen im nordbayerischen Raum eingeladen. Er begann Mitte der 1970er-Jahre eine Laufbahn als freischaffender Fotograf und geriet 1986 mit der Staatsmacht in Konflikt. Seine Absicht ist es, eine von Bundespräsident Joachim Gauck postulierte „zweite Phase der Aufarbeitung“ zu initiieren. Die Grundlage seiner Arbeit sind Fotografien aus dem Alltag der DDR, die Menschen, Gebäude, Straßen und Alltagsszenarien zeigen und die Verhältnisse in der DDR subtil-regimekritisch beleuchten.

Ebenfalls im schulischen Kontext findet voraussichtlich im Herbst ein Wettbewerb für Schülerinnen und Schüler ab der 9. Jahrgangsstufe zum Thema „Grenzen über-



winden. 25 Jahre Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs“ statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind aufgerufen, sich auf kreative und künstlerische Weise mit diesem Thema auseinanderzusetzen; Ergebnisse werden auf der Webseite: www.mauerfall.bayern.de präsentiert.

Die bayerische „Mauer“-APP

Voraussichtlich im Herbst erscheint eine multimediale Darstellung zur Geschichte der bayerisch-sächsisch-thüringischen Grenzbeziehungen vor und nach 1989 für mobile Endgeräte. Dem Anwender bieten sich Einblicke in dramatische und weniger dramatische Ereignisse während des Mauerbaus und des stetigen Ausbaus der Grenzsicherungsanlagen. Informationen zu Fluchten und Denkmälern werden zum Teil interaktiv vor Ort erlebbar. Die APP soll als Navigationsgerät vor Ort genutzt werden: Im Rahmen vorgegebener Wanderetappen wird der Verlauf der ehemaligen Grenzanlagen erkundet. Gedenkorte entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze in Bayern begleiten dabei den Anwender, der seine individuelle Navigation wählen kann.

Publikationen

Mauern im Allgemeinen sind verbunden mit positiven und negativen Konnotationen: Sie verheißen Schutz und Sicherheit ebenso wie Abwehr, Feindseligkeit, Gefangenschaft und Unterdrückung. In dem Einsichten-und-Perspektiven-Themenheft „Mauern“ geht es nicht nur um die Mauer zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, sondern um verschiedene historische Mauern von der Chinesischen Mauer, bis zur Mauer zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten und virtuelle Mauern (erscheint voraussichtlich Ende Oktober/Anfang November 2014).

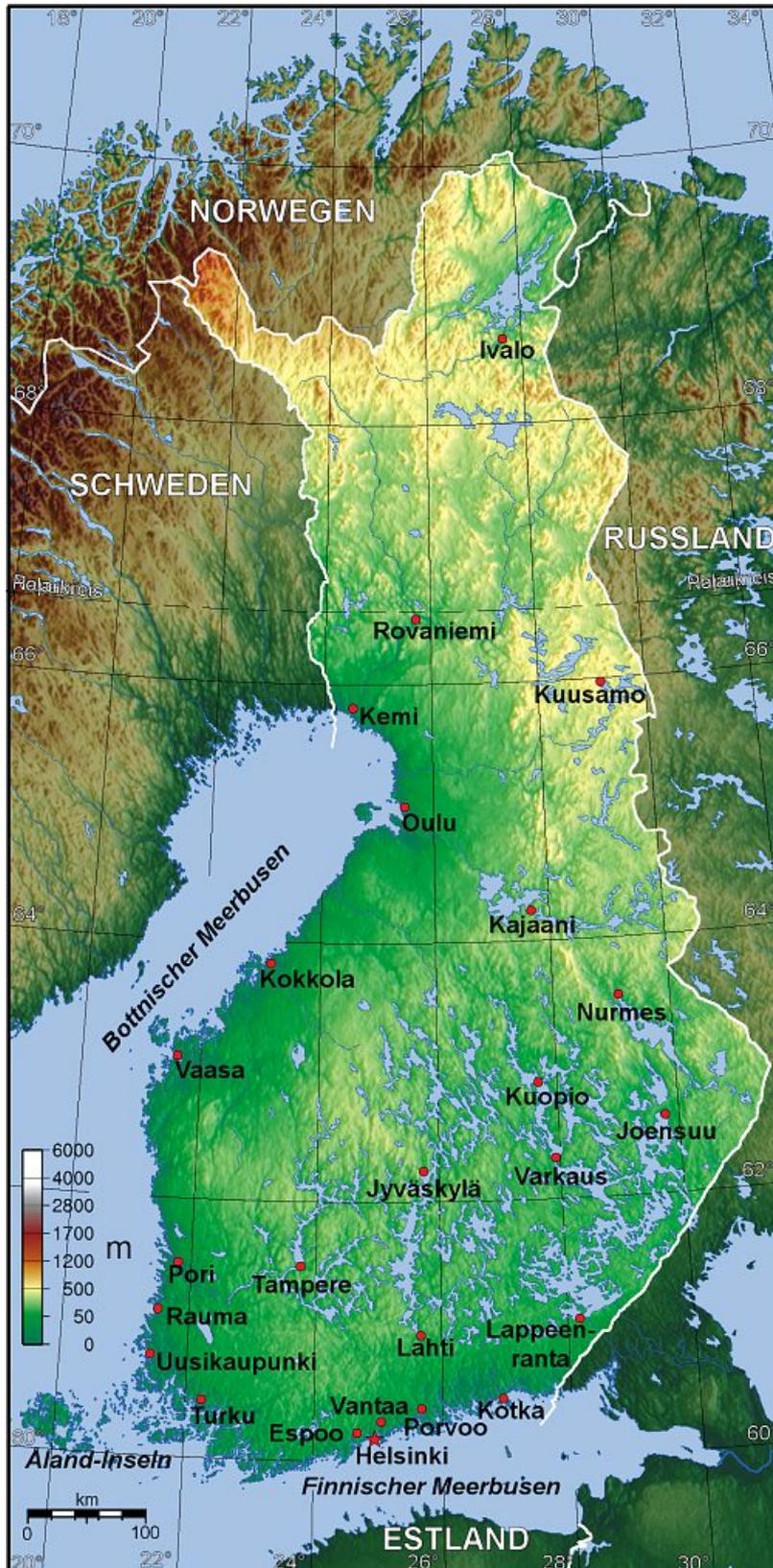
Emotional nachvollziehbar werden historische Ereignisse am besten durch Zeitzeugenberichte. In den Bänden „Besessen nach Freiheit“ von Roswitha Reinhold und „Stasikinder“ von Ruth Hoffmann wird an wenigen Beispielen nicht-systemkonformer Lebensläufe deutlich, welchen Charakter das DDR-Regime wirklich besaß und warum Menschen für das Entkommen aus dieser Diktatur sogar ihr Leben aufs Spiel setzten (beide Bände bereits erhältlich).

Datengesättigte Gesamtdarstellungen sowie Standpunkte zu laufenden Diskussionen über die DDR bzw. die Wiedervereinigung für den schulischen wie akademischen Bereich finden sich in „Der SED-Staat“ von Klaus Schroeder wie im Sammelband „Das vereinigte Deutschland“ (beide Bände bereits erhältlich).

Ab Oktober finden sich alle Angebote auf der Webseite der Landeszentrale (www-politische-bildung-bayern.de) unter: „Im Fokus: 25 Jahre Mauerfall“. ■

Ländernotiz: Finnland

Serie:
Länder
notizen



Quelle: www.weltkarte.com
[Stand: 25.06.2014]

Perussuomalaiset: Finnlands Populisten in der EU-Wahl 2014

Von Sascha Gorhau

„Wenn Sie wollen, zeige ich Ihnen in jeder Partei hier im Parlament Leute, die ausländerfeindlich sind“, sagt Timo Soini. Er ist gereizt. Den Vorsitzenden der finnischen Partei Perussuomalaiset (zu deutsch etwa: „Basisfinnen“) nerven die ständigen Nachfragen, ob und gegebenenfalls warum er xenophobe Elemente in seiner Partei duldet. Die Perussuomalaiset (kurz: PS) standen im Vorfeld der EU-Wahlen 2014 europaweit im Fokus des Interesses. Sie sind Populisten. Sie kritisieren die EU, sie verlangen die weitgehende politische Autonomie ihres Landes zurück. Und befinden sich damit im Fahrwasser etablierter europäischer Rechtspopulisten wie der britischen UKIP (United Kingdom Independence Party) oder dem französischen Front National. Doch sind die Basisfinnen ebenso offen rechtsnational wie ihre vermeintlichen Gegenstücke in anderen europäischen Ländern?



Helsinki in der Abenddämmerung Foto: picture alliance/Gavin Hellier



Länderdaten:

Ländername: Republik Finnland

Klima: kaltgemäßigt (durchschnittliche Tagestemperatur im Juli 2013: 18,1°C bis 14,6°C; im Februar: -1,8°C bis -9,4°C in Lappland)

Lage: Skandinavien, angrenzend im Westen an Norwegen und Schweden und im Osten an Russland.

Landesfläche: 338.145 km² (69% Wald, 10% Wasser, 8% landwirtschaftliche Nutzfläche)

Hauptstadt: Helsinki

Bevölkerung: 5.455.580 (davon 195.511 Ausländer, darunter 3.906 Deutsche)

Landessprachen: finnisch, samisch und schwedisch

Religionen, Kirchen: Lutheraner 76,43 %; Griechisch-Orthodoxe 1,08%; Andere 1,49% und Konfessionslose 21 % [Stand: 2012]

Unabhängigkeit: Proklamation durch Loslösung von Russland am 6. Dezember 1917 (heute: Nationalfeiertag)

Regierungsform: Parlamentarische Demokratie mit Elementen einer Präsidialdemokratie (semi-präsidentielles System)

Staatsoberhaupt: Präsident Sauli Niinistö

Regierungschef: Ministerpräsident Jyrki Katainen

Parlament: Eduskunta, eine Kammer, 200 Sitze

Mitgliedschaft in internationalen Organisationen: UNO, OSZE, ESA, EUREKA, Europarat (seit 1989), EU (seit 1995), Ostseerat, Nordischer Rat, Arktischer Rat, Euroarktischer Barentssee-Rat (BEAC), Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat (seit 1997).

Bruttoinlandsprodukt: 192,4 Mrd. € [2012]

Pro-Kopf-Einkommen: 35.569 € [2012]

Daten: www.auswaertiges-amt.de [Stand: 2012]

Im Folgenden geht es um eine Annäherung an das Phänomen der Basisfinnen (PS), einer rechtspopulistischen Partei, die wie ähnliche Parteien in anderen EU-Ländern im Aufwind schien. Eine kurze Landesgeschichte Finnlands, außerdem eine Übersicht über das politische System und die Entstehung der Parteien sollen helfen, den Werdegang und die Hintergründe der PS besser einzuordnen. Schließlich erklärt der Beitrag den Ausgang der EU-Wahlen 2014 aus Sicht der Basisfinnen und welche Lehren die Partei daraus für die kommenden Parlamentswahlen im Jahr 2015 ziehen wird.

Was ist Populismus?

„Die Rente ist sicher.“ Dieser Wahlkampflogan des damaligen Arbeits- und Sozialministers Norbert Blüm aus dem Jahr 1986 ist noch heute ein geflügeltes Wort in Deutschland. Und ohne die Stabilität der staatlichen Altersabsicherung in Frage stellen zu wollen: Würden die Bürger Deutschlands vorbehaltlos Versprechen wie diesem fest vertrauen, die Erfolge von sogenannten populistischen Parteien wären sicherlich geringer. Denn der Humus, auf dem Populismus gedeihen kann, ist häufig Unsicherheit der Menschen. Berufsleben, Technik, Kultur und Gesellschaft verändern sich stetig. Unübersichtliche globale Prozesse wecken das Bedürfnis nach Antworten, nach einfachen und verständlichen Deutungsmustern. Decker und Lewandowsky sprechen von gesellschaftlichen Modernisierungskrisen, die Wert- und Orientierungsverluste innerhalb bestimmter Bevölkerungsgruppen verursachten.¹ So verstanden bietet Populismus vereinfachte Antworten auf solche Fragen der Zeit.

Populismus existiert seit Anbeginn der Menschheit. Die jeweilige Bewegung suggeriert dabei stets, für das Volk (lateinisch: *populus*) zu sprechen. Dabei variieren die Inhalte und Problemlagen populistisch handelnder Akteure. Im späten 19. Jahrhundert etwa machte sich die „*Populist party*“ in den USA die Angst der Farmer im Westen der Vereinigten Staaten zu eigen, dass ihr Geschäftsmodell durch den damaligen Verfall der Lebensmittelpreise vor

dem Aus stünde. Analog dazu fragen sich im 21. Jahrhundert die Bürgerinnen und Bürger der EU, wie sie etwa die vielschichtigen Facetten der EU oder die Komplexität der gemeinsamen Euro-Währung noch durchschauen sollen. Die Folge ist eine Sehnsucht nach vermeintlich einfachen Antworten und Deutungsmustern, wie z.B. aktuell die Idee einer Generalüberholung des Europäischen „Projektes“ oder der Wiedereinführung der D-Mark, wie sie die Alternative für Deutschland (AfD) anbietet. Das schafft simple Gut-Schlecht-Muster und einfache Freund-Feind-Bilder, mit denen man vermeintlich besser umgehen kann.

Die Wissenschaft unterscheidet drei Bedeutungsebenen des Populismus:² seine Entstehung, seine ideologischen Inhalte und seine formalen und stilistischen Merkmale. Populismus entsteht meist in Zeiten gesellschaftlichen Wandels. Inhaltlich beschreiben Decker und Lewandowsky die klare Abgrenzung der Zielgruppe nach innen und nach außen. Demnach dienen meist herrschende Eliten als internes Feindbild, Nicht-Zugehörige als externes Feindbild. Hauptmerkmale rechtspopulistischer Parteien sind dabei ihr Bewegungskarakter als Abgrenzung zu sogenannten etablierten Parteien und das Prinzip der charismatischen Führerschaft.

Populismus von links und von rechts?

Populismus wird sowohl aus dem linken wie rechten politischen Spektrum bedient. Anton Pelinka³ betont, dass Populismus vielmehr ein Anspruch oder eine Methode sei als ein Inhalt, der einfach rechts oder links klassifiziert werden könne. Ricarda Nauenburg hebt stattdessen den Wunsch nach radikalen, kompromisslosen Lösungen als wesentliches Element des Populismus hervor – und die Tatsache, dass sich diese außerhalb der Ansätze der politischen Mitte befinden.⁴ Linkspopulismus fordert eine Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums und will damit ein Gerechtigkeitsempfinden gegenüber den politischen Eliten befriedigen.⁵ Eine universalistische Ideologie und ein soziales Gleichheitsverständnis unterscheiden ihn zudem vom Rechtspopulismus.⁶

1 Frank Decker/Marcel Lewandowsky: Populismus. Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomens. In: Bundeszentrale für politische Bildung Online (Hg.), Bonn 2009, vgl. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41192/was-ist-rechtspopulismus> [Stand: 27.05.2014], S. 1.

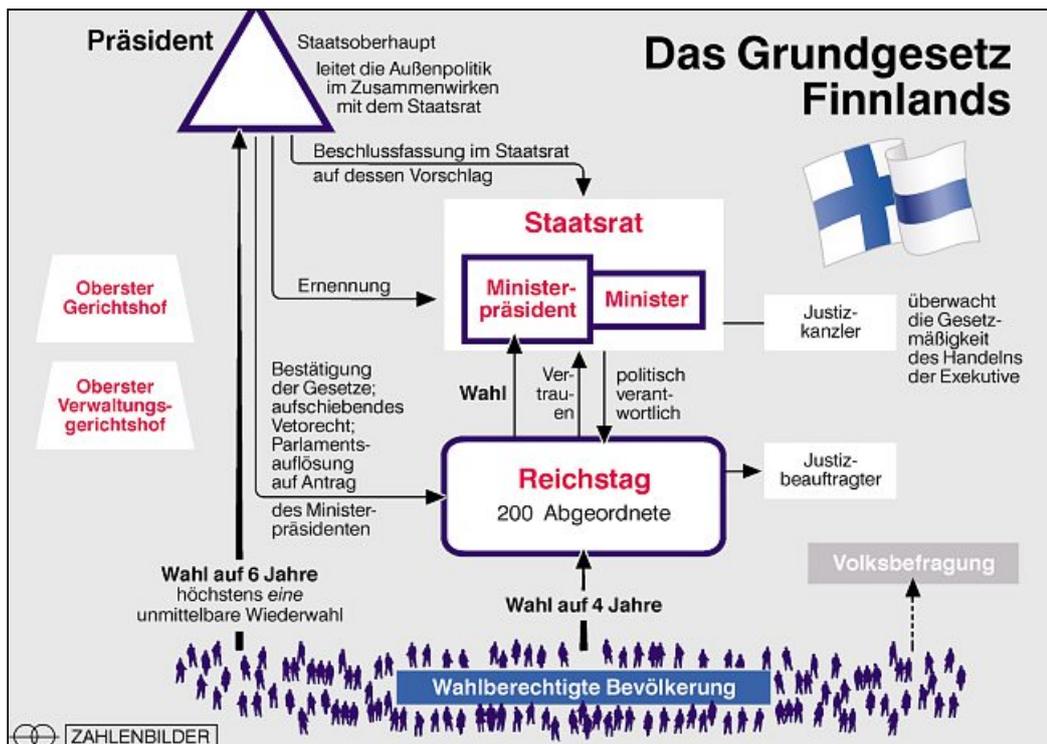
2 Vgl. Decker/Lewandowsky (wie Anm. 1), S. 1.

3 Anton Pelinka: Vergleich politischer Systeme, Wien 2005, S. 89.

4 Ricarda Nauenburg: Globalisierung und rechtspopulistische Wählerfolge. Berlin 2005, S. 6. <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2005/i05-201.pdf> [Stand: 29.05.2014].

5 Vgl. Decker/Lewandowsky (wie Anm. 1), S. 6.

6 Werner Bauer: Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. In: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung Online (Hg.), Wien 2013, S. 7, vgl. <http://www.politikberatung.or.at/uploads/media/Rechtspopulismus.pdf> [Stand: 27.05.2014].



Finnland: Geopolitische Lage und Spezifika

Finnland liegt im Osten Skandinaviens. Mit einer Fläche von 338.145 Quadratkilometern besitzt es etwa die gleiche Fläche wie Deutschland, ist mit 5,4 Millionen Einwohnern aber deutlich dünner besiedelt. 1,23 Millionen Finnen wohnen alleine im Großraum der Hauptstadt Helsinki. Neben der geografischen Lage in Skandinavien prägt vor allem die 1269 Kilometer lange Grenze zu Russland das Land. Russland ist nicht nur wichtigster Handelspartner, sondern stellt auch zusammen mit Menschen aus den baltischen Staaten die meisten Ausländer in Finnland – und ist zudem als ehemalige Besatzungsmacht und Kriegsfeind in einer Art Hassliebe eng mit Finnland verwoben. Finnland betrachtet sich auch dadurch als militärisch neutrale Vermittlungsmacht zwischen Ost und West. Diese Rolle füllen zunehmend aber auch die baltischen EU-Staaten Estland, Lettland und Litauen aus. Außerdem ist Finnland seit 1952 mit den anderen nordischen Ländern Åland, Dänemark, den Faröer Inseln, Grönland, Norwegen und Schweden im Nordischen Rat verbunden.⁷

Politisches System

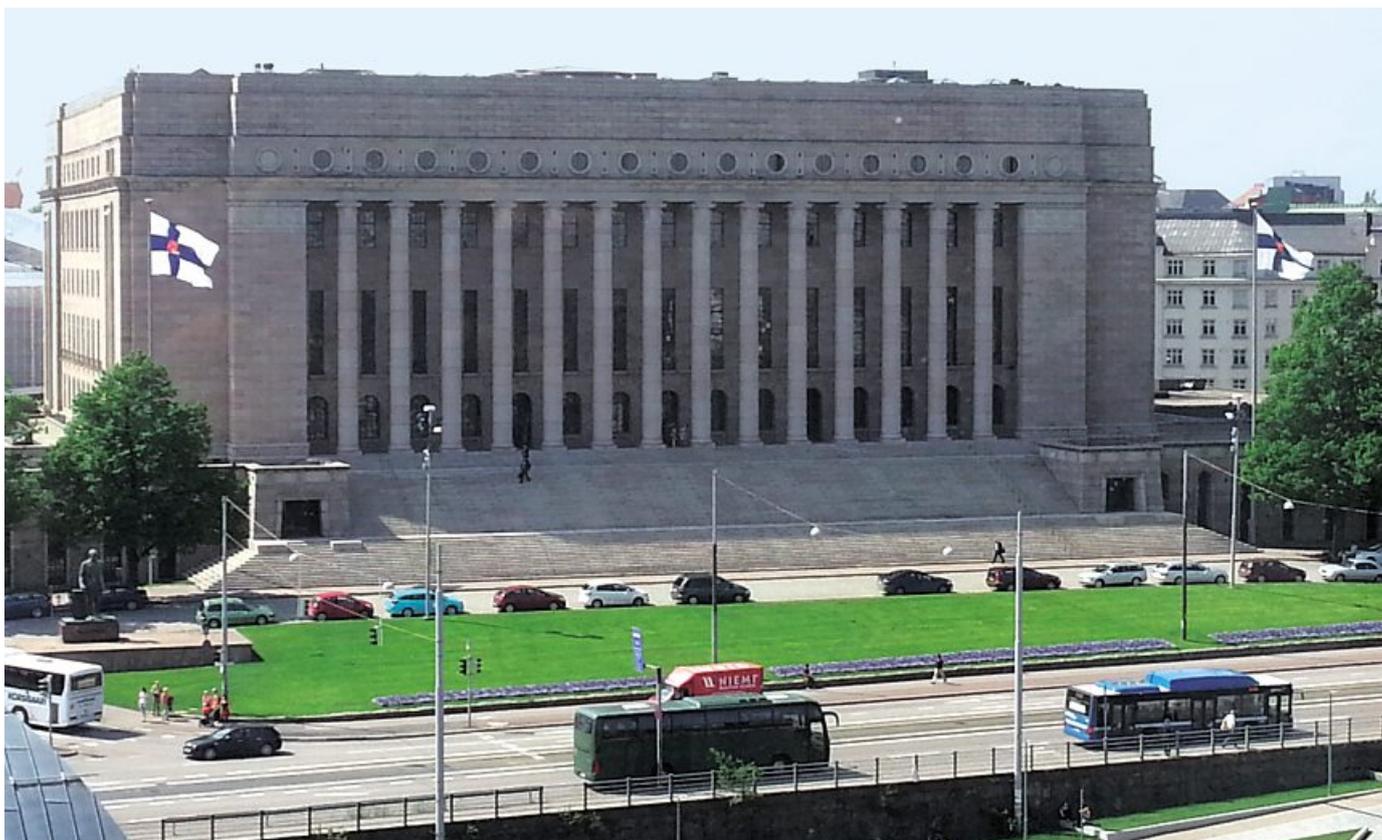
Finnland will nicht nur außenpolitisch moderieren und vermitteln, auch innenpolitisch charakterisieren Verhandlung und Kompromiss den dortigen politischen Prozess. Die Exekutive ist in Parlament und Staatspräsident geteilt, Finnland gilt als Konsensdemokratie.

Seit dem Jahr 2000 ist eine überarbeitete Verfassung in Kraft: Sie stärkte direktdemokratische und partizipative Elemente und begründete das semipräsidentielle System Finnlands.⁸ Politik ist in Finnland das Resultat eines ständigen Aushandlungsprozesses verschiedener Ordnungsvorstellungen. Der finnische Staatspräsident hat im Gegensatz zu seinem deutschen Pendant zahlreiche exekutive Aufgaben und dementsprechend eine mächtige Position.⁹ Er wird seit der Verfassungsänderung direkt vom Volk gewählt und kann beispielsweise Gesetzesvorlagen einbringen, die Regierung ernennen und entlassen oder das Parlament auflösen. In der Realität allerdings liegt die Entscheidungskompetenz beim Premierminister. Die wichtigen Entscheidungen trifft der Staatsrat, dem der Premierminister und der

⁷ Vgl. für Details zum Nordischen Rat den Internetauftritt des Forums: <http://www.norden.org/en/nordic-council> [Stand: 16.06.2014].

⁸ Merkmale eines semipräsidentiellen Regierungssystems: Das Volk wählt erstens die beiden Regierungsinstitutionen – das Parlament und den Präsidenten – direkt. Beide sind dadurch unabhängig voneinander legitimiert. Zweitens liegt „die eigentliche Regierungsgewalt beim Parlament, doch verfügt der Präsident als Staatsoberhaupt über relevante exekutive Teilkompetenzen“, vgl. Andrea Gawrich: Finnland – Musterknabe in der EU? In: Bundeszentrale für politische Bildung Online (Hg.), Bonn 2004, S. 2 f., vgl. <http://www.bpb.de/apuz/27963/finnland-musterknabe-in-der-eu?p=all> [Stand: 27.05.2014].

⁹ Für Details zum Wandel des finnischen Präsidialsystems siehe ebd.



Das finnische Parlament, die sogenannte Eduskunta. Seit 2003 sind die Basisfinnen darin mit drei, seit 2011 mit 39 Repräsentanten vertreten. Foto: Sascha Gorbau

Staatspräsident wechselseitig vorstehen. Für eine effektive Regierungspraxis ist der Konsensgedanke somit zwingend notwendig. Finnlands politisches System gilt als effektiv und stabil. Scurril allerdings mutet das Fehlen einer Verfassungsgerichtsbarkeit an. Das Parlament kontrolliert sich gewissermaßen selbst. Zusammengefasst kann man Finnland durch die „enge Einbindung von Interessengruppen in den politischen Prozess einerseits und die regelmäßigen Vielparteienkoalitionen andererseits“ als eine konsensorientierte korporatistische Verhandlungsdemokratie bezeichnen.¹⁰

Nationale Interessengruppen sind stark in politische Prozesse eingebunden. So nehmen Verbände beispielsweise regelmäßig an parlamentarischen Anhörungen teil.¹¹

„Angesichts der Direktwahl des Präsidenten und aufgrund präsidialer Restkompetenzen in der Außenpolitik sowie einer gewissen Einmischungsmöglichkeit in die Regierungspolitik kann Finnland heute allenfalls als „Dreiviertelparlamentarismus“ gelten.¹²

In Finnland ist die Angst vor Übervölkerung und Arbeitsmigration durch das EU-Migrationsrecht tief ver-

wurzelt, nicht zuletzt durch die Nähe zu den wirtschaftlich ungleich schwächeren baltischen Staaten.¹³

Parteien – Entstehung und System

„Finnland repräsentiert sicherlich par excellence eine Konsensusdemokratie mit einem Vielparteiensystem“.¹⁴ Dabei ähnelt das Parteiensystem dem anderer skandinavischer Länder. Es ist traditionell in fünf Parteienfamilien aufgeteilt: Kommunisten, Sozialdemokraten, Agrarier, Konservative und Demokraten. In der Gegenwart jedoch kristallisiert sich die Dominanz von drei großen Parteien heraus, Sozialdemokraten, Agrarpartei und Konservative, außerdem eine stärkere Fragmentierung. Die Parteienlandschaft ist extrem differenziert und integriert unterschiedliche gesellschaftliche Strömungen in Regierungskoalitionen. Durch seinen hohen Grad an Ausdifferenzierung besitzt das finnische Parteiensystem den höchsten Polarisierungsgrad der westeuropäischen Parteiensysteme. Durch die hohe Koalitionsfähigkeit können viele Parteien in die Machtausübung

10 Vgl. ebd., S. 2.

11 Ebd.

12 Ebd.

13 Vgl. ebd., S. 3.

14 Vgl. Detlef Jahn/Kati Kuitto/Christoph Oberst: Das Parteiensystem Finnlands. In: Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas (Hg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 135-160, hier S. 135.



Gruppenbild von der Sitzung des Nordischen Rats in Oslo, 28. Oktober 2013: v.l.n.r. die dänische Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt; der estnische Ministerpräsident (bis 2014) Andrus Ansip, der finnische Ministerpräsident Jyrki Katainen, der Ministerpräsident von Island, Sigmundur Gunnlaugsson, die Gastgeberin und norwegische Ministerpräsidentin Erna Solberg, Schwedens Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt, der Ministerpräsident von Lettland, Valdis Dombrovskis (bis 2013) sowie Litauens Premier Algirdas Butkevicius
Foto: ullstein bild - Reuters / NTB SCANPIX

mit einbezogen werden. Dabei konstatieren Jahn/Kuitto/Oberst eine zunehmende Stabilisierung der Regierungskoalitionen seit dem Ende des Kalten Krieges und damit dem Wegfall der akuten Bedrohung durch die Sowjetunion.¹⁵ Parallel zu dieser Entwicklung schwindet seitdem der Einfluss des Präsidentenamtes.

Die Entstehung der finnischen Parteien ist ein Resultat der speziellen geschichtlichen Entwicklung des Landes. Finnland stand seit dem 12. Jahrhundert unter dem Einfluss der Großmächte Schweden und Russland. 1527 oktroyierte der schwedische König Gustav I. Vasa dem Land, das bislang größtenteils atheistisch geprägt war, den Protestantismus. Aus dieser Zeit stammt auch die erstmalige Formalisierung und Etablierung der finnischen Sprache durch den protestantischen Theologen Mikael Agricola im Zuge der Reformation und der notwendigen Verbreitung der Worte Gottes in der jeweiligen Landessprache. Finnisch galt bis zu diesem Zeitpunkt lediglich als die Sprache der Landbevölkerung, Schwedisch sprachen die herrschenden Eliten,

.....
15 Ebd.

als Regierungs- und Kultursprache. Aus der Formalisierung des Finnischen erwuchs auch ein zunehmendes National-, Kultur- und Selbstbewusstsein in der Bevölkerung. Dies wurde durch den seit dem 18. Jahrhundert schwindenden Einfluss Schwedens begünstigt. Vom Jahr 1700 an focht das Königreich fortwährende Konflikte mit Russland um seinen Einfluss in seinem Nachbarland Finnland aus. 1809 schließlich musste Schweden endgültig die finnischen Gebiete an Russland abtreten. Finnland war nun russisches Großherzogtum. Es genoss in dieser Zeit weitgehende Autonomie und machte im 19. Jahrhundert einen großen Entwicklungssprung in den Bereichen Kultur und Wirtschaft. Im Jahr 1919 erlangte Finnland im Zuge der Oktoberrevolution von 1918 schließlich endgültig seine Unabhängigkeit.

Aus dieser Geschichte heraus sind auch die wesentlichen Beweggründe und Motive der Bildung von Interessensgruppen im Lande zu verstehen. Der Sprachenstreit in den 1860er Jahren war die erste parteibildende Konfliktlinie Finnlands. Aus ihr gingen die Schwedische und die



Die „Basisfinnen“ feiern Timo Soini als Wahlgewinner, April 2011. Foto: Picture alliance/dpa, Fotograf: Markku Ojala

Finnische Partei hervor.¹⁶ Dieser sprachliche und kulturelle Konflikt gilt in der Gegenwart weitgehend befriedet, die immer noch existierende schwedische Volkspartei (RKP) war und ist regelmäßig in Regierungskoalitionen integriert. Aktuell bekleidet die RKP das Justiz- und das Verteidigungsministerium im Kabinett von Ministerpräsident Jyrki Katainen. Gerade die Basisfinnen bringen jedoch immer wieder Schärfe in den Konflikt und engagieren sich beispielsweise gegen den Pflichtunterricht in schwedischer Sprache an finnischen Schulen. Die Partei hat diesen Konflikt auch am Vorabend der EU-Wahl noch einmal befeuert. Doch dazu später mehr. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts führte das Streben nach Unabhängigkeit und nationaler Identität zu einer Spaltung der Finnischen Partei in Altfinnen (für die Kooperation mit Russland) und Jungfinnen (für verstärkte Autarkie). Aus den Altfinnen entstand im weiteren Verlauf der finnischen Geschichte die aktuelle Regierungspartei, die Nationale Sammlungspartei (Kokoo-

16 Vgl. ebd., S. 137.

17 Ebd., S. 138.

mus). Sie entspricht in ihrer bürgerlich-konservativen Auslegung in etwa der deutschen CDU. Weitere liberale Bewegungen beerbten die Jungfinnen, von denen heute die Liberale Volkspartei (LIB) noch den größten Einfluss hat. Generell jedoch verlieren in Finnland liberale Parteien immer mehr an Einfluss und sind dabei, völlig aus der Parteienlandschaft zu verschwinden.¹⁷

Die aus der Industrialisierung Finnlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts resultierende zunehmende Spaltung zwischen Arbeit und Kapital führte neben der dritten Konfliktlinie auch zur Gründung der ersten Massenpartei Finnlands, den Sozialdemokraten (SDP) im Jahr 1899. Hieraus spaltete sich 1918, im Jahr der russischen Revolution, auch die Kommunistische Partei ab. Die finnischen Kommunisten formierten sich somit ähnlich wie die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) unter dem unmittelbaren Einfluss der Umbrüche in Russland. Heute beerbt das Linksbündnis die Partei. Schließlich spaltet bis

heute eine vierte Auseinandersetzung Finnland, „der Konflikt zwischen dem agrarisch geprägten und dünn besiedelten Norden und dem industriell geprägten, dicht besiedelten Süden“.¹⁸ Aus dem 1906 gegründeten Agrarierbund entstand 1965 die noch heute aktive Zentrumspartei. Nach drastischen Stimmbrüchen bei der Parlamentswahl 2011 ging die aktuell mitgliederstärkste Partei Finnlands in die Opposition. Dort sitzt sie zusammen mit dem aus der Regierung ausgetretenen Linksbündnis – und den Basisfinnen.

Die Basisfinnen: Was sie wollen, wer sie sind

Herkunft und Entwicklung

In den vergangenen Jahren rückten vor allem die Basisfinnen durch ihre Wahlerfolge in den öffentlichen Fokus. Sie stellen eigentlich eine Splitterpartei der Agrarier dar. 1929 spaltete sich die Partei der Kleinbauern vom Zentrum ab, die sich von 1965 an als Partei der Finnischen Landbevölkerung (SMP) bezeichnete. Die finnische Nachkriegszeit wurde vor allem durch die Neutralitätspolitik gegenüber den Blöcken des Kalten Krieges geprägt. Symbolisch dafür stand Staatspräsident Urho Kekkonen, der von 1956 bis 1982 amtierte. Der Antikommunist Veikko Vennamo lehnte diese weiche Linie vor allem gegenüber der Sowjetunion ab und gründete als Reaktion darauf 1959 schließlich die SMP.¹⁹ Jens Gmeiner beschreibt im Polit-Magazin Cicero die SMP „weniger als rechtspopulistische Partei, sondern eher als agrarische Protestbewegung der kleinen Leute, [...] die eindeutige wertekonservative sowie nationalistische Einschläge aufwies und ganz auf ihren Vorsitzenden Vennamo zugeschnitten war“.²⁰ 1995 löste sich die SMP auf und einige eher populistisch-nationalistisch orientierte Mitglieder gründeten daraufhin die Basisfinnen.²¹ Im persönlichen Gespräch bestätigt der Parteivorsitzende und -mitbegründer der PS, Timo Soini, dass die Nachfolgeorganisation der SMP beim gemeinsamen Saunabesuch mit fünf ehemaligen

Mitgliedern der Landbevölkerungspartei gegründet worden sei. Den aktuellen Perussuomalaiset allerdings sprach Pekka Vennamo, der Sohn von Veikko Vennamo, in einem Interview ab, die legitimen Erben der SMP zu sein. Sein Vater würde mit dieser rassistischen Partei nichts zu tun haben wollen, so Pekka Vennamo. Dabei sehen sich die Basisfinnen selbst nach wie vor dem Erbe der Vorgängerpartei verpflichtet. Sie beanspruchen für sich, die Interessen der einfachen Menschen, der Arbeiter und der Landbevölkerung zu artikulieren und zu vertreten.

Standpunkte

Michael Lausberg bezeichnet die Basisfinnen „als Oppositionspartei gegen die hegemonialen bürgerlichen Parteien und als Interessenvertreter der „kleinen Leute“,²² die den Einfluss der Bürger durch eine „Reduzierung der politischen Entscheidungskompetenz innerhalb des politischen Establishments“²³ stärken wollen. Dabei stützen sich die PS explizit auf einen ethnischen Nationalismus und betonen den Vorrang der Rechte der Eingeborenen im Gegensatz zu Einwanderern und Minderheiten.²⁴ Dies mutet gerade in einem Land fragwürdig an, in dem der Ausländeranteil im Februar 2014 bei 3,6 Prozent lag.²⁵ Dennoch vertreten die Basisfinnen in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen eher linke Standpunkte.²⁶ So fordern sie beispielsweise einerseits umfangreiche staatliche Eingriffsmöglichkeiten in Unternehmen oder andererseits einen umfassenden Wohlfahrtsstaat. Im Sinne eines „Wohlfahrtschauvinismus“ jedoch sollen entsprechende staatliche Transferleistungen hauptsächlich nativen Finnen zugute kommen.²⁷ Diese linksorientierte Politik trifft auf ein eher traditionalistisches-konservatives Verständnis in sozio-kulturellen Fragen. Die Basisfinnen wenden sich zum Beispiel strikt gegen die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften. Einer der führenden grünen Politiker Finnlands, Pekka Haavisto, bezeichnete die Basisfinnen als Partei von Nostalgikern.²⁸

18 Ebd., S. 139.

19 Siehe Jens Mattern: Die geschönte Vergangenheit als politische Vision. Finnlands „Wahre Finnen“. In: Florian Rötzer: Parteiensystem im Umbruch – Neue politische Gruppierungen und Bewegungen in Europa. Telepolis/Heise-Zeitschriftenverlag, 2013, E-Book. <http://www.heise.de/tp/artikel/39/39292/1.html> [Stand: 29.05.2014], S. 4.

20 Jens Gmeiner: Der Aufstieg der Basisfinnen. In: Cicero – Magazin für politische Kultur online. <http://www.cicero.de/blog/goettinger-demokratie-forschung/2014-05-07/der-aufstieg-der-basisfinnen> [Stand: 29.05.2014], S. 2.

21 Vgl. Michael Lausberg: Der „Wahre-Finnen-Rechtspopulismus“. In: DISS-Journal 23(2012), S.18–20, S. 1. <http://www.diss-duisburg.de/2012/09/der-wahre-finnen-rechtspopulismus/> [Stand: 29.05.2014] vgl. auch Jahn/Kuitto/Oberst (wie Anm. 14), S. 140.

22 Ebd.

23 Ebd., S. 18.

24 Silke Breimaier: Eine weitere rechtspopulistische Kraft in Europa – der Erfolg der Basisfinnen bei den finnischen Wahlen 2011. In: Friedrich-Ebert-Stiftung, Perspektive Nordische Länder, Berlin 2011, S. 1. <http://library.fes.de/pdf-files/id/08084.pdf> [Stand: 29.05.2014].

25 Vgl. Auswärtiges Amt: Länderinformationen Finnland. <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Laender/Finnland.html> [Stand: 29.05.2014].

26 Nelli Nokkala: Finnland. Land der 1000 Zweifler? Das Phänomen der Basisfinnen im innen- und europapolitischen Kontext. Arbeitspapier der Stiftung Wissenschaft und Politik, Fachgruppe 1, 2012/Nr. 03, Berlin 2012, S. 4; http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/AP_Wahre_Finnen.pdf [Stand: 29.05.2014].

27 Vgl. Breimaier (wie Anm. 24), S. 2.

28 Vgl. Mattern (wie Anm. 19), S. 4.

PS und die EU

Der „romantisierende“ Nationalismus mit seinem Wunsch nach größtmöglicher Unabhängigkeit und der Einsicht der Notwendigkeit einer weitreichenden Einbindung in supranationale Projekte und Bündnisse prägt auch die Sichtweise der Basisfinnen auf die EU. Nokkola betont ausdrücklich die Zustimmung der Partei zur Sinnhaftigkeit des europäischen Projektes.²⁹ Jedoch solle die EU in Augen der PS lediglich eine Freihandelszone sein, außerdem als friedenssicherndes Projekt dienen.³⁰ Die teilnehmenden Staaten sollen in dieser Perspektive im Gegensatz ihre weitgehende politische Autonomie behalten und wenig bis keine Entscheidungsgewalt an eine europäische Regierung abgeben. Alternativen bieten die Basisfinnen zum aktuellen Status Quo allerdings keine. Die gemeinsame Währung müsse schnellstmöglich abgeschafft und stattdessen wieder die Finnmark eingeführt werden, die bis zum Beitritt des Landes zur Eurozone im Jahr 1996 im Umlauf war. In diesem Zuge lehnen die Basisfinnen auch die finanzielle Unterstützung überschuldeter EU-Mitgliedsstaaten strikt ab. Neben der Absage an die Rettungsschirme forderte Soini im Wall Street Journal vom 9. Mai 2011, zu amputieren, was nicht zu retten sei, um nicht den ganzen Körper zu vergiften – und damit einen Ausschluss der bankrotten EU-Länder aus der Union. „Warum sollte Finnland irgend jemanden auslösen? Wir werden nicht zulassen, dass finnische Kühe von fremden Händen gemolken werden.“³¹ So formulieren die Basisfinnen drei Hauptkritikpunkte an der EU: den Verlust nationaler Souveränität, das Demokratiedefizit und das Management der sogenannten Euro-Krise.

Timo Soini

Soini ist die Partei und die Partei ist Soini. Der 1962 im südwestfinnischen Rauma geborene Timo Soini ist Vorsitzender, Mitbegründer, Ideengeber und das öffentliche Gesicht der Basisfinnen. Seine politischen Wurzeln liegen in der kleinbäuerlichen SMP. 1976 trat er der Jugendorganisation der Partei bei und arbeitete von 1992 bis zur Auflösung der SMP 1995 als Parteisekretär. Der langjährige SMP-Vorsitzende Veikko Vennamo gilt als größtes politisches Vorbild des studierten Politologen Soini. Umfangreiche Arbeitser-

fahrung in der freien Marktwirtschaft besitzt er nicht: Soinis Werdegang entspricht eher dem eines typischen Parteisoldaten. Neben der Erfüllung verschiedener Ämter und Positionen innerhalb der SMP engagierte er sich seit der Gründung der PS in der Partei und agiert seit 1997 als deren Vorsitzender. Er saß für die Basisfinnen von 2009 bis 2011 als einziger Abgeordneter im Europaparlament und kehrte nach dem Wahlerfolg bei den Parlamentswahlen 2011 nach Helsinki zurück.³² Aktuell ist er nicht nur Fraktionsvorsitzender der Basisfinnen in der Eduskunta, sondern auch Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Parlaments. Er verfügt in der Öffentlichkeit über eine enorme Aufmerksamkeit und hohe persönliche Zustimmungswerte. Bei der finnischen Präsidentschaftswahl 2012 gaben ihm 9,4 Prozent aller Wahlberechtigten ihre Stimme. Er selbst beschreibt sich als einfachen Bürger, tritt ein wenig schrullig und schräg auf. Im persönlichen Gespräch betont er seine Vorliebe für Sauna und Sommerhäuschen. Er wirkt plump, seine Leibesfülle ist unübersehbar. Soini trägt gerne Cowboystiefel zu einem unförmigen Anzug und sogar auf seinem offiziellen Bild auf dem Internetauftritt der Eduskunta hängt seine Krawatte schief. Langjährige journalistische Begleiter von Soini versichern, dass seine Imperfektion reines Kalkül sei. Dennoch sollte man seinen Intellekt nicht unterschätzen. „Soini ist [...] nicht substanzlos,“ wie Wolfram Eilenberger in Cicero schreibt.³³ Neben seinem Studium der Politikwissenschaften, das er mit einer Magisterarbeit über Populismus abschloss, gilt Soini als brillanter und gewinnender Rhetoriker, außerdem als Profi im Umgang mit Medien. Auch in einem Interview in seinem Parlamentsbüro gibt er sich sympathisch und redegewandt. Er geriert sich gerne als Underdog, als Botschafter und Anwalt der einfachen Bürger.³⁴ Soini erfüllt die Voraussetzungen für einen charismatischen Anführer, wie er typisch ist für populistische Parteien.³⁵

Xenophob – aber nur ein bisschen? Der Nationalismus der Basisfinnen

So souverän sich Soini nach außen zu geben vermag: Seine Aufgaben setzen ihm zu. In seinem im April 2014 erschienenen Buch „Peruspomo“ (zu deutsch etwa: „Boss der Ba-

29 Vgl. Nokkola (wie Anm. 26), S. 8.

30 Ebd.

31 Vgl. Timo Soini: Why I don't support Europe's Bailouts. In: Wall Street Journal Online, 09.05.2011; <http://online.wsj.com/news/articles/SB10001424052748703864204576310851503980120> [Stand: 29.05.2014].

32 Vgl. hierzu die Profildaten von Timo Soini im Europäischen und Finnischen Parlament: Europäisches Parlament. Profildaten von Timo Soini. http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96666/TIMO_SOINI_home.html [Stand: 30.05.2014]; Finnisches Parlament. Profildaten von Timo Soini: <http://www.eduskunta.fi/triphome/bin/hex5000.sh?hnro=767&kieli=en> [Stand: 30.05.2014].

33 Vgl. Wolfram Eilenberger: Finnlands Rechte – wenn die Tränen zu spät fließen. In: Cicero – Magazin für politische Kultur online, S. 3; <http://www.cicero.de/weltbuehne/wenn-die-traenen-zu-spaet-fluessen/42076> [Stand: 30.05.2014].

34 Mari K. Niemi: Messenger and defender – Timo Soini's populist leadership and media strategies in winning the elections of 2011. In: Research on Finnish society, Vol. 5 (2012), S. 7-17, hier: S. 7 ff; http://www.finnresearch.fi/rfs_Niemi_2012.pdf [Stand: 30.05.2014].

35 Decker/Lewandowsky (wie Anm. 1), S. 2.



Timo Soini beim Interview mit dem Autor

Foto: Sascha Gorhau

sis“) gibt er zu, im Jahr 2012 am Herzen operiert worden zu sein. Einer der Gründe dafür ist sicherlich die kräftezehrende Führung einer Partei, die eine äußerst heterogene Gruppe darstellt. Man könnte auch sagen: einen bunten Haufen. Die Herkunft und die Ansichten der Mitglieder sind verschieden. Und auch viele rechtsnationale Charaktere haben ein Parteibuch. Während Soini selbst Rassismuskorwürfe vehement zurückweist, kommunizieren etliche Parteimitglieder offen und regelmäßig ihre xenophoben und nationalistischen Standpunkte. Henrik Holappa beispielsweise hat im Jahr 2008 mehrfach antisemitische und ausländerfeindliche Hass-Propaganda veröffentlicht. Er floh daraufhin in die USA und wurde dort von lokalen Neonazi-„Größen“ wie David Duke oder John de Nugent unterstützt. Die US-amerikanische Homeland-Security griff Holappa schließlich auf und schob ihn nach Finnland ab. Er wettete unter anderem in rechtsgerichteten Blättern wie dem NPD-Parteimagazin „Deutsche Stimme“ gegen multikulturelle Gesellschaften und beschwerte sich über eine vermeintliche Übervölkerung Finnlands durch gewaltbereite Afrikaner oder andere Immigranten.³⁶ Noch weitaus prominenter ist Jussi Halla-Aho. Der Eduskunta-Abgeordnete gilt als einer der bekanntesten politischen Blogger Finnlands. Er wendet sich offen gegen Einwanderung, schürt die Angst vor einer vermeintlichen Islamisierung der finnischen

Gesellschaft und setzt sich vehement gegen die schwedische Minderheit und ihre Sprache ein. In Finnland macht sie etwa fünf Prozent der Bevölkerung aus. Schwedisch ist außerdem nach wie vor offizielle Amtssprache und Pflichtfach in Schulen. Soini selbst distanziert sich von solchen Äußerungen. In seinem Buch bezeichnet er das Verhältnis zu Halla-Aho als reine „Arbeits- und Geschäftsbeziehung“.³⁷ Sowohl Soini selbst als auch langjährige journalistische Begleiter vermitteln glaubhaft, dass der Parteivorsitzende kein Nationalist sei. Doch seine Parteimitglieder lässt er bei deren xenophoben Eskapaden stets gewähren. Bei der Präsentation seines aktuellen Buches gibt er offen zu, dass er es nicht schaffe, alle Parteimitglieder zu kontrollieren. Dennoch zeichnet er für Linie und Auftritt der Basisfinnen verantwortlich und ist offensichtlich willens, die fremdenfeindlichen Kräfte der Partei nicht auszuschließen, um auch weiterhin die Stimmen am rechten Rand abzufischen. Timo Soini und Nigel Farage, der Vorsitzende der britischen EU-Skeptiker UKIP, pflegen zudem ein sehr gutes Verhältnis zueinander. Der Finne war schon mehrmals auf UKIP-Parteitagen als Gastredner tätig. Auch mit der deutschen AfD pflegen die PS Austausch und Soini ließ es sich nicht nehmen, auf einem vom französischen Front National organisierten EU-kritischen Forum aufzutreten. Im Wahlkampf der EU-Wahl 2014 hatte er sich im Gegensatz dazu entschieden gegen die Mitarbeit in einer EU-kritischen Fraktion mit rechtspopulistischen Kräften wie der britischen UKIP oder dem Front National aus Frankreich ausgesprochen.

Wahlergebnisse und Wählerschaft

Die Basisfinnen konnten ihre Wahlergebnisse seit der Gründung konstant steigern.³⁸ Am bemerkenswertesten war sicherlich das Resultat der Parlamentswahlen von 2011, als sie 19,1 Prozent der Stimmen erhielten, was mehr als eine Vierfachung des Ergebnisses von 2007 bedeutete. Dies konnte passieren, weil die etablierten Parteien einige Politikfelder zu wenig besetzten und den PS somit die Möglichkeit gaben, den Diskurs in bestimmten Feldern zu besetzen und zu bestimmen. Die Transformation von Finnland zu einer ausdifferenzierten Technologie- und Dienstleistungsgesellschaft³⁹ hat beispielsweise viele Finnen verunsichert. Offensichtliche Probleme innerhalb der EU wurden von den etablierten Parteien unzureichend thematisiert. Für die Basisfinnen war es somit ein Leichtes, diese blinden Flecken der politischen Agenda zu übernehmen. Sie konn-

36 Vgl. Lausberg (wie Anm. 21), S. 18 f.

37 Vgl. Stefan Lundberg: Timo Soini hemlighöll hjärtoperation. In: Hufvudstadsbladet Online, 04.04.2014. <http://hbl.fi/nyheter/2014-04-04/589711/timo-soini-hemligholl-hjartoperation> [Stand: 30.05.2014].

38 Vgl. Breimaier (wie Anm. 24), S. 2.

39 Vgl. Mattern (wie Anm. 19), S. 3.

ten auf diese Weise viele Nichtwähler aktivieren, außerdem enttäuschte Sozialdemokraten für sich gewinnen. Einfache Arbeiter aus den Vorstädten und die Landbevölkerung sind ihr Hauptklientel. Der typische Wähler ist männlich, hat einen nur durchschnittlichen Verdienst und ein niedriges Bildungsniveau.⁴⁰

Verluste der Basisfinnen bei der EU-Wahl 2014

Bei der EU-Wahl 2014 jedoch konnten die PS ihr Potenzial nicht ausschöpfen. Der Abend des 25. Mai 2014 war für die Partei so etwas wie die Ankunft in der Realität. Timo Soini konnte seine Enttäuschung beim Erscheinen der ersten Hochrechnungen nicht verbergen. 12,9 Prozent der Wählerstimmen bedeuteten nur einen neuen Sitz und damit insgesamt zwei Plätze im Europaparlament. Im Vergleich zu den Parlamentswahlen im Jahr 2011 mussten die Basisfinnen 6,2 Prozentpunkte ihrer Stimmen einbüßen. Die Umfragen vor der Wahl hatten ihnen hingegen bis zu 20 Prozent vorhergesagt. Das hätte drei der 13 Sitze entsprochen, die Finnland im Europaparlament zustehen. An diesem Abend allerdings musste Soini einen Sieg anerkennen, der sich wie eine Niederlage anfühlte. Die Basisfinnen wollten ein Zeichen gegen Europa setzen. Doch letztlich schnitten sie auch deshalb deutlich schlechter ab als ihre EU-skeptischen Kollegen in anderen Ländern, weil sie in Finnland die Schwäche der Sozialdemokraten nicht nutzen konnten. Dabei haben die Basisfinnen nicht nur die Anzahl ihrer Mandate verdoppelt, sondern sich auch als drittstärkste politische Kraft Finnlands etabliert, auch wenn es ein Sieg ohne Bedeutung ist.

Mit allzu platten Statements gegen Minderheiten hatte sich die Partei selbst ins Abseits manövriert. In einer TV-Diskussion zur EU-Wahl hatte der Parteivorsitzende Soini Flüchtlingen geraten, lieber zu Hause für das Wohl ihres Landes zu kämpfen, anstelle den „feigen Ausweg“ der Flucht zu wählen.⁴¹ Nur einen Tag vor der Wahl – mitten im so wichtigen Endspurt des Wahlkampfes – verstörte Jussi Halla-Aho abermals seine Landsleute mit einer Videobotschaft: Er beschwor die Wählerinnen und Wähler, zur Wahl zu gehen. Jede Stimme, die nicht gegeben werde, komme der Partei der schwedischsprachigen Minderheit (SFP) zugute, ganz ihrem Kampf gegen die Zweisprachigkeit entsprechend. Auch diesmal ließ der Parteichef ihn gewähren.

Doch dann kam die Krise in der Ukraine, die auch in Finnland viele EU-kritische Menschen umdenken ließ. Man wurde sich wieder stärker der Tatsache bewusst, eine

sehr lange Grenze mit Russland zu teilen; zudem eine von Auseinandersetzungen geprägte Vergangenheit. Die Zugehörigkeit zu einer starken europäischen Gemeinschaft erschien nun wieder attraktiv für viele Finnen. Sogar ein Beitritt zur NATO steht seitdem ernsthaft in dem skandinavischen Land zur Debatte.

Ein weiterer Grund für das enttäuschende Abschneiden der Basisfinnen ist für Teija Tiilikainen vom Finnischen Institut für internationale Politik ihr Scheitern im Formulieren und Verbreiten einer klaren Botschaft. „Sie mussten Abstand von ihren extrem EU-kritischen Standpunkten nehmen, um sich als möglicher Koalitionspartner für die Parlamentswahlen im kommenden Jahr zu profilieren,“ sagt Tiilikainen.⁴² Dies habe die Partei unentschlossen wirken lassen, so die Forscherin weiter. Zudem habe die Krise in der Ukraine zusätzlich dem Agenda-Setting der Basisfinnen geschadet, weil die Parteien angesichts der bedrohlichen Situation in eine Art außerpolitischen Burgfrieden getreten seien. „Auch die Basisfinnen haben einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zugestimmt“, sagt sie. Schließlich, so Tiilikainen weiter, sei entscheidend gewesen, dass die Basisfinnen nicht Timo Soini als Kandidaten für die EU-Wahlen aufgestellt hatten. Er sei ein entscheidender Faktor für das sensationelle Ergebnis bei den Parlamentswahlen 2011 gewesen. Nach dem Verlust von über 6,2 Prozentpunkten spiegelte Soinis Gesicht geradezu die Lage. „Man kann nicht bei jeder Wahl mit einem Weltrekord-Ergebnis gewinnen“, sagte er dem finnischen Staatssender YLE in einer ersten Stellungnahme.⁴³

Die Sozialdemokraten bei der EU-Wahl 2014

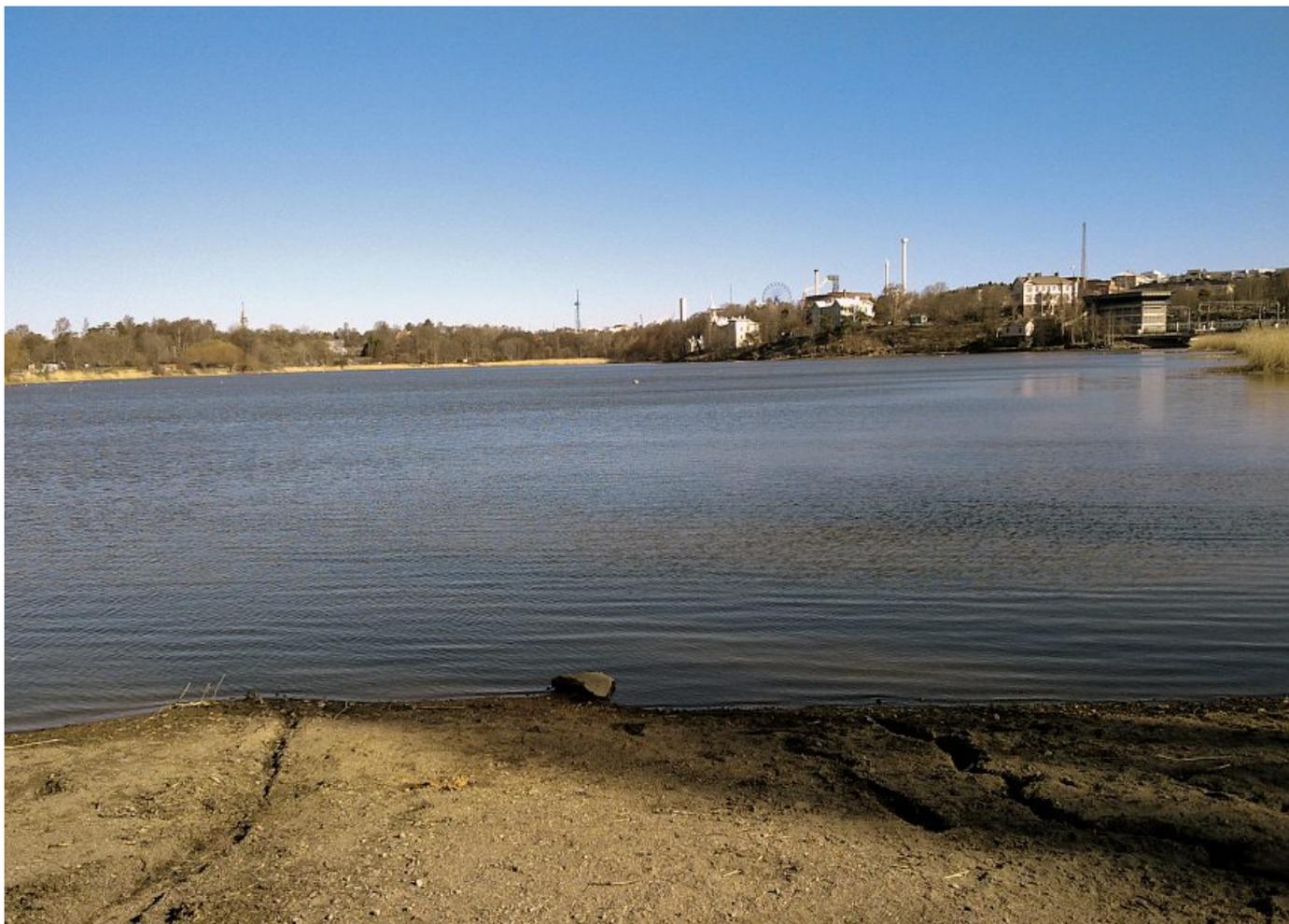
Die SDP hatte sich vor der Wahl selbst demontiert. In einer Kampfabstimmung wählten die Sozialdemokraten wenige Wochen zuvor ihre langjährige Vorsitzende Jutta Urpilainen knapp ab und ersetzten sie mitten im EU-Wahlkampf durch Antti Rinne. Diese erste Abwahl eines SDP-Vorsitzenden in ihrer Geschichte hat die Partei nicht nur intern verunsichert – sondern vor allem die Wähler. Rinne konnte den Sozialdemokraten nicht den erhofften Aufschwung beschieren. Die Quittung erfolgte am Wahlabend: Die Auszählungen gegen Mitternacht prognostizieren der SDP 12,3 Prozent. Die Parteibasis ist erzürnt, alteingesessene Mitglieder bezeichnen das Ergebnis als Schande. Päivi Lipponen, der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende im finnischen Parlament, sagte: „Der einzige Trost, den es jetzt

40 Vgl. Nokkola (wie Anm. 26), S. 5 f.

41 Diese Aussage geht auf ein Video zurück, das online nicht mehr abrufbar ist. Es handelte sich um eine Vorwahl-Debatte im schwedischsprachigen Staatssender YLE Svenska im April 2014.

42 Persönliches Gespräch mit dem Autor am 26. Mai 2014, am Morgen nach der EU Wahl.

43 Interview mit Timo Soini auf YLE am 25. Mai 2014, vgl. <http://arenan.yle.fi/tv/2286295> [Stand: 29.05.2014].



Impression von der finnischen Südküste Foto: Sascha Gorbau

gibt, ist der, dass es nur noch nach oben gehen kann.“⁴⁴ Bei vergangenen Abstimmungen konnten die Basisfinnen viele Wähler gewinnen, die vorher ihr Kreuz bei den Sozialdemokraten gemacht hatten. Doch inzwischen scheinen die Populisten für viele enttäuschte Wechselwähler keine Alternative mehr zu bieten. Viele ehemalige Sozialdemokraten wählen lieber das finnische Linksbündnis. Das hatte 9,3 Prozent der Stimmen für sich verbuchen können, ein Stimmenzuwachs von 3,4 Prozent gegenüber der vergangenen EU-Abstimmung 2009.

Abschneiden der weiteren Parteien bei der EU-Wahl 2014

Die finnischen Grünen haben einen ihrer zwei Plätze verloren, wo hingegen das Linksbündnis zu den großen Gewinnern des Wahltags gehört. Die konservative Nationale Sammlungspartei Kokoomus (22,6 Prozent) und das Zen-

trum (19,7 Prozent) belegen die ersten beiden Plätze und haben jeweils drei Sitze fürs EU-Parlament geholt. Suvi Turtiainen erklärt am Tag nach der Wahl in der Online-Ausgabe von „Die Welt“: „Die Sitze im EU-Parlament waren bei dieser Wahl in Finnland besonders hart umkämpft, da mehrere Minister für einen Sitz in Brüssel kandidierten. Der bekannteste Kandidat war Finnlands Europaminister Alexander Stubb, der den höchsten Anteil an personenbezogenen Stimmen bekommen hat.“⁴⁵ Er sei einer der drei konservativen Minister, die den finnischen Premierminister Jyrki Katainen ersetzen wollen, so Turtiainen weiter. Katainen hatte im März angekündigt, beim nächsten Parteitag nicht mehr als Parteivorsitzender kandidieren zu wollen. Stattdessen wolle er in Brüssel Europapolitik machen. Ihm werden gute Chancen auf einen aussichtsreichen Posten in einer eventuellen Regierung Juncker zugerechnet. Der neue Parteichef des Kokoomus übernimmt dann bis zur Parlamentswahl 2015 auch den Posten des Ministerpräsidenten.

44 Staffan Bruun: SDP såg ut att fira jordens undergång. In: Hufvudstadsbladet Online am 25.05.2014. <http://hbl.fi/fi/node/611466>. [Stand: 29.05.2014].

45 Suvi Turtiainen: Rechtspopulistische „Wahre Finnen“ sind enttäuscht. In: Welt Online, 26.05.2014; <http://www.welt.de/politik/ausland/article128423439/Rechtspopulistische-Wahre-Finnen-sind-enttaeuscht.html> [Stand: 27.05.2014].

Fazit und Ausblick

Das Ergebnis für die Basisfinnen war bei der Europawahl 2014 enttäuschend. Dennoch konnten sie sich als stabile, drittstärkste politische Kraft in Finnland etablieren – mit dem Potenzial, als einzige Partei in Finnland neben der Nationalen Sammlungspartei, dem Zentrum und den Sozialdemokraten dauerhaft Wahlergebnisse von mehr als zehn Prozent zu erzielen. Bei den kommenden Parlamentswahlen 2015 werden die PS sehr wahrscheinlich wieder ein deutlich besseres Ergebnis erzielen. Jan Sundberg, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Helsinki, begründet das mit einem höheren Aktivierungspotenzial bei Wahlen im Inland unter den Wählern der Basisfinnen. Sie sind für EU-Wahlen sehr schwer zu sensibilisieren, weil ihnen der Bezug zur Europäischen Union entweder fehlt oder es ihnen egal ist. Inhaltlich befindet sich die Partei nach wie vor auf einer Gratwanderung zwischen links und rechts. Doch durch die Duldung der Parteiführung von eindeutig rechtsradikalem Gedankengut wird sich das in absehbarer Zeit nicht ändern. Fraglich bleibt eher, wie lange Timo Soini dem Beruf eines Politikers noch gesundheitlich gewachsen sein wird. Auf Nachfragen bekräftigte Soini zwar seinen guten Gesundheitszustand, vermittelte aber im persönlichen Gespräch mit fahler Haut, wässrigen Augen und beträchtlicher

Leibesfülle einen gänzlich anderen Eindruck. Zöge sich Soini aus der Politik zurück, wäre die Partei gezwungen sich komplett neu aufzustellen. Es wäre nach einhelliger Einschätzung von Experten ein Desaster für die Partei, die über wenig geeignete Nachfolger in der zweiten Reihe verfügt. Ohne den Faktor Soini, ohne einen beliebten und polarisierende Spitzenkandidaten, hätte die Partei einen zahmen und indifferenten Wahlkampf ohne Schärfe und klare Kante geführt. Wichtig bleibt für sie die Perspektive, sich als möglicher Koalitionspartner einer finnischen Regierung nach 2015 anzubieten. Dann stünde sie erstmals national in Verantwortung und müsste auch in Hinblick auf ihre Leitthemen – der Wahrung nationaler Interessen und der strikteren Regulierung und Reglementierung der Zuwanderung – Verantwortung übernehmen. Das könnte die Entzauberung einer Partei bedeuten, die bisher stets kritisieren, aber nur selten konkrete Lösungen anbieten konnte.

Doch vorher müssen die PS bei den Koalitionsbildungen in Brüssel Farbe bekennen. Sollten die Basisfinnen ihr Wort brechen und eine EU-kritische Allianz mit UKIP, Front National und Co. eingehen, würden sie sich aus der Sicht der bürgerlichen Parteien als nicht koalitionsfähig präsentieren und damit auch ihre Chancen für die kommenden Parlamentswahlen 2015 aufs Spiel setzen – und sich endgültig als eindeutig rechtspopulistische Partei profilieren. ■

„Sich ein Leben zu erkämpfen ist nicht leicht ...“

Sexuelle Vielfalt als gesamtgesellschaftliche Herausforderung

Von Zara S. Pfeiffer



Christopher Street Day in München 2013 Bild: SZ Photo, Fotograf: Robert Haas

„Mann oder Frau? Für die meisten von uns ist diese Frage mit einer eindeutigen Antwort verbunden, aber es gibt auch Menschen, da ist das nicht so.“¹ Mit diesen Worten beginnt Jim Schmid den Rap, in dem er die Geschichte seiner Transidentität erzählt. Er berichtet von der Zeit im Kindergarten, dem Gefühl allein zu sein, den fragenden Blicken der anderen, den Auseinandersetzungen mit den Eltern, der Ausgrenzung in der Schule. „Fühl dich nicht gefangen, brich aus aus dem Gehege“,² rappt er, während das Video mit Bildern aus seinem Leben seine Geschlechtsanpassung dokumentiert.

2013 wurde dieses Video von Jim Schmid (zu diesem Zeitpunkt 18 Jahre alt) mit einem Sonderpreis des Michael-Schmidpeter-Preises ausgezeichnet, benannt nach Michael Schmidpeter, der sich, nachdem er sich in einen gleichaltrigen Schulkameraden verliebt hatte, am 7. Juni 2006 im Alter von 17 Jahren das Leben nahm. Seine Eltern machten die Geschichte ihres Sohnes öffentlich und riefen zusammen mit Lambda Bayern den Michael-Schmidpeter-Preis ins Leben, mit dem Ziel Homosexualität als Thema in der Schule in die Diskussion zu bringen.³ Der Preis wird seit dem Schuljahr 2006/2007 von Lambda Bayern, dem Dachverband der LesBiSchwulen und Trans Jugendgruppen in Bayern, jährlich als Wettbewerb an bayerischen Schulen ausgeschrieben. Ausgezeichnet werden die besten Beiträge von Schülerinnen und Schülern aus Bayern, die sich mit dem Thema Homosexualität oder, im Fall von Jim Schmid's Video, mit Transsexualität auseinandersetzen.

Verheimlichungsdruck und Diskriminierung

Angst vor Ausgrenzung und Diskriminierung, Verheimlichungsdruck gegenüber der Peergroup und der Familie, Einsamkeit, Scham und Selbstablehnung, homo- und transsexuellenfeindliche Erlebnisse sowie die Angst, Freundinnen und Freunde zu verlieren: Die Lebensrealität vieler (nicht aller!) lgbtiq⁴-Jugendlichen ist nach wie vor häufig

von diesen Gefühlen und Erfahrungen geprägt.⁵ Die Geschichte von Michael Schmidpeter ist kein Einzelfall: Eine Studie zur psychosozialen Lage junger Schwuler, Lesben und Bisexueller, die im Auftrag des Berliner Senats durchgeführt wurde, besagt, dass das Suizidrisiko unter homosexuellen Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren im Vergleich zu heterosexuellen Jugendlichen der gleichen Altersgruppe zwischen vier und sieben Mal höher ist. 60 Prozent der insgesamt 217 befragten Jugendlichen hatten schon einmal daran gedacht, ihrem Leben ein Ende zu setzen, die Mädchen und jungen Frauen etwas häufiger als die Jungen und jungen Männer. 18 Prozent hatten bereits einen oder mehrere Suizidversuche hinter sich.⁶ Diese deutlich erhöhte Suizidrate unter Homosexuellen und Transsexuellen wurde in unterschiedlicher Ausprägung durch verschiedene Studien und Settings bestätigt.⁷ Ebenso die deutlich erhöhte Belastungssituation unter lgbtiq-Jugendlichen. 91 Prozent (in Deutschland 90 Prozent) der Befragten der europaweiten Umfrage der EU-Grundrechte-Agentur zur Lebenssituation von lgbtiq-Personen in der EU und in Kroatien erlebten im Laufe ihrer Schulzeit negative Bemerkungen oder Verhaltensweisen gegenüber einer Mitschülerin oder einem Mitschüler, die oder der als lesbisch, schwul, bi oder transsexuell wahrgenommen wurde.⁸ 67 Prozent der Befragten gaben an, im Laufe ihrer Schulzeit ihre sexuelle Ausrichtung oder Geschlechtsidentität ständig oder häufig

1 Jimmy Schmid: Rap über Transidentität <http://www.youtube.com/watch?v=DPdIQEPvv-c> [Stand: 05.07.2014]

2 Ebd.

3 Vgl. <http://www.schmidpeter-preis.de/wer-war-michael-schmidpeter.html> [Stand: 05.07.2014]

4 lgbtiq: lesbian, gay, bisexual, transgender, intersex, queer (lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, intersexuell, queer)

5 Vgl. Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweise: „Da bleibt noch viel zu tun ...“ Befragung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe zur Lebenssituation von lesbischen, schwulen und transgender Kindern, Jugendlichen und Eltern, München 2011, <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Direktorium/Koordinierungsstelle-fuer-gleichgeschlechtliche-Lebensweisen/Jugendliche-Lesben-und-Schwule/Befragung.html> [Stand: 05.06.2013]

6 Vgl. Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Sport und Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (Hg.): Sie liebt sie. Er liebt ihn. Eine Studie zur psychosozialen Lage junger Lesben, Schwuler und Bisexueller in Berlin, Berlin 1999.

7 Vgl. Martin Plöderl: Sexuelle Orientierung, Suizidalität und psychische Gesundheit, Dissertation, Salzburg, 2004, S. 298 f.

8 Vgl. FRA – Agentur der Europäischen Union für Grundrechte: LGBT-Erhebung in der EU, Ergebnisse auf einen Blick, 2013, S. 20. http://fra.europa.eu/sites/default/files/eu-lgbt-survey-results-at-a-glance_de.pdf [Stand: 05.07.2014]. Rund 93000 Personen nahmen an der Online-Befragung teil. Alle gaben an über 18 Jahre alt zu sein und bezeichneten sich als transgender, homo- oder bisexuell, vgl. ebd., S. 31.



Erste gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft am Standesamt München, 14. August 2005

Bild: SZ Photo, Fotografin: Alesandria Schellnegger

verheimlicht oder verschwiegen zu haben (in Deutschland 68 Prozent).⁹

In München erschien 2011 eine im Auftrag der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Landeshauptstadt München durchgeführte Studie „Da bleibt noch viel zu tun ...“ zur Situation von lesbischen, schwulen und transgender-Kindern, Jugendlichen und Eltern. Annähernd 90 Prozent der rund 800 befragten Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe betonten, dass lesbische, schwule und transsexuelle Jugendliche zusätzlichen spezifischen Belastungsfaktoren ausgesetzt sind und ein Coming Out nach wie vor schwierig ist. Darüber hinaus attestierten 90 Prozent der Fachkräfte den Schulen ein unfreundliches soziales Klima für schwule und lesbische Jugendliche. Die befragten Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter bestätigten dies sogar zu 97 Prozent. 82 Prozent der Fachkräfte gaben an, dass an den jugendtypischen Orten (Schulen, Jugendfreizeitstätten usw.) homosexuellenfeindliche Ereignisse verbreitet sind. Und fast 80 Prozent der Fachkräfte gingen davon aus, dass Homosexualität in den Familien nach wie vor nicht problemlos akzeptiert wird. Gleichzeitig wurde in der Befragung deutlich, dass die Fachkräfte in Hinblick auf die spezifischen Lebenslagen homosexueller und insbesondere auch transsexueller Jugendlicher nicht ausreichend ausgebildet sind. Lgbtiq-Jugendliche waren sowohl in der Jugendhilfe, als auch in den Schulen kaum sicht-

bar. Es gibt offenbar keine ausreichenden Qualitätsstandards zum Umgang mit ihren spezifischen Lebens- und Problemlagen und die Interventionsmöglichkeiten beim Auftreten homo- und transsexuellenfeindlicher Ereignisse waren fast zwei Dritteln der Fachkräfte nicht ausreichend bekannt.¹⁰

Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt

Vor dem Hintergrund dieser Studien ist es dringend erforderlich die Akzeptanz sexueller Vielfalt durch die Sichtbarkeit und gleichzeitige Normalität lesbischer, schwuler, transsexueller, intersexueller und queerer Lebensweisen zu erhöhen. Dieses Ziel wurde auch in dem Arbeitspapier zur Bildungsplanreform 2015 in Baden-Württemberg formuliert, das im November 2013 vorgelegt wurde. Als wesentliche Kompetenz, die es fächerübergreifend zu vermitteln gelte, wurde die Fähigkeit genannt „Differenzen zwischen Geschlechtern, sexuellen Identitäten und sexuellen Orientierungen wahrzunehmen und sich für Gleichheit und Gerechtigkeit einsetzen zu können.“¹¹ Neben den fünf Leitprinzipien (Berufliche Orientierung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Medienbildung, Prävention und Gesundheitsförderung sowie Verbraucherbildung) wurde „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ als Querschnittsthema festgelegt. Das Leitprinzip Berufliche Orientierung wurde beispielsweise folgendermaßen ergänzt: „Schülerinnen und Schüler setzen sich mit der eigenen geschlechtlichen Identität und Orientierung auseinander mit dem Ziel, sich selbstbestimmt und reflektiert für ein ihrer Persönlichkeit und Lebensführung entsprechendes Berufsfeld zu entscheiden.“¹² Darüber hinaus sollten sie einen vorurteilsfreien Umgang mit eigenen und anderen sexuellen Identitäten lernen, Sensibilität für Stereotype entwickeln und die Fähigkeit diese zu hinterfragen sowie befähigt werden, sich in einer pluralen Gesellschaft zu verorten und begründete Werthaltungen herauszubilden.¹³ In Bezug auf das Leitprinzip Medienbildung formuliert das Arbeitspapier, dass Schülerinnen und Schüler befähigt werden sollen, die Darstellung von Geschlechterrollen und sexueller Vielfalt in Medien und Werbung zu reflektieren und zu lernen Gewalt- und Mobbingssituationen in digitalen Medien als Verletzung der Menschenrechte wahrzunehmen.¹⁴

9 Vgl. ebd., S. 21.

10 Vgl. ebd.

11 Arbeitspapier für die Hand der Bildungsplankommissionen als Grundlage und Orientierung zur Verankerung der Leitprinzipien, Stand: 18.11.2013, http://www.kultusportal-bw.de/site/pbs-bw/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/kultusportal-bw/Bildungsplanreform/Arbeitspapier_Leitprinzipien.pdf [Stand: 05.07.2014]

12 Ebd., S. 9.

13 Vgl. ebd., S. 9.

14 Vgl. ebd., S. 23.

Nach der Veröffentlichung folgte eine über mehrere Monate andauernde und zum Teil heftig geführte Kontroverse über die inhaltliche Ausrichtung des Arbeitspapiers in Hinblick auf das Querschnittsthema „Akzeptanz sexueller Vielfalt“, die nicht nur in Baden-Württemberg, sondern bundesweit für Aufmerksamkeit sorgte. Ein Realschullehrer startete auf der Plattform OpenPetition eine Petition an den Landtag von Baden-Württemberg, mit der Forderung den Bildungsplan hinsichtlich der Verankerung des Querschnittsthemas „Akzeptanz für Sexuelle Vielfalt“ grundlegend zu überarbeiten.¹⁵ Das Kultusministerium wies die Behauptungen der Petition als „falsch und diskriminierend gegenüber Minderheiten“¹⁶ zurück. Ende Januar 2014 wurde die Petition dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses des baden-württembergischen Landtags mit 192.448 Unterschriften überreicht, 81.999 davon waren aus Baden-Württemberg.¹⁷ Eine beachtliche Zahl für eine Onlinepetition, auch wenn letztlich nicht endgültig geklärt werden kann, wie viele dieser Unterschriften doppelt abgegeben oder gefälscht wurden.¹⁸ Gleichzeitig wurde die Petition, deren erste Fassung noch gegen die Nutzungsbedingungen von OpenPetition verstoßen hatte, zu einer Plattform für eine Vielzahl von Hasskommentaren, die von den Betreibern der Seite nach Aufforderung immer wieder gelöscht und redigiert werden mussten.¹⁹ Es folgten Zeitungsartikel, Blogbeiträge, Talkshows, Demonstrationen, Gegenpetitionen und eine Debatte über den Sinn und Unsinn, Grundrechte und Minderheitenschutz in einer Demokratie über Petitionen zu verhandeln. Im April 2014 reagierte die baden-württembergische Landesregierung auf die Auseinandersetzung und überarbeitete den Entwurf. Die fünf Leitprinzipien wurden in Leitperspektiven umbenannt und der Aspekt „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ von einem Querschnittsthema zu einer sechsten Leitperspektive mit dem Titel „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“.²⁰ Der häufig kritisierte singuläre Charakter als einziges Querschnitts-

thema wurde auf diese Weise aufgehoben, eine wesentliche inhaltliche Änderung fand jedoch nicht statt, was wiederum von Seiten der Gegnerinnen und Gegner des Arbeitspapiers kritisiert wurde.

Die Auseinandersetzung um den Bildungsplan machte vor allem deutlich, dass die Situation von lgbtiq-Jugendlichen nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung darstellt. In der bereits weiter oben zitierten Befragung der Grundrechtagentur der Europäischen Union wird deutlich, wie präsent die Erfahrung von Diskriminierung im Alltag von lgbtiq-Personen nach wie vor ist. Von den Befragten gaben 47 Prozent (in Deutschland 46 Prozent) an, sich in den vergangenen zwölf Monaten diskriminiert gefühlt zu haben,²¹ bei der Arbeitssuche fühlten sich 20 Prozent (in Deutschland 21 Prozent) diskriminiert²² und außerhalb des beruflichen Umfelds 32 Prozent (in Deutschland 32 Prozent).²³ 75 Prozent der Befragten (in Deutschland 68 Prozent) hielten das Händchenhalten heterosexueller Paare für sehr weit verbreitet, während drei Prozent (in Deutschland vier Prozent) der Befragten dies für das Händchenhalten gleichgeschlechtlicher Paare bestätigten.²⁴ 66 Prozent der Befragten erklärten, in der Öffentlichkeit nicht mit einem gleichgeschlechtlichen Partner oder einer Partnerin Händchen zu halten, weil sie fürchteten deswegen angegriffen, bedroht oder belästigt zu werden.²⁵ Und 26 Prozent der Befragten gaben an, in den vergangenen fünf Jahren zuhause oder andernorts angegriffen oder mit Gewalt bedroht worden zu sein. Unter den befragten Transgender-Personen lag dieser Anteil sogar bei 35 Prozent.²⁶

Ein Blick in die Geschichte

Bei der Betrachtung der nach wie vor weit verbreiteten Diskriminierungen verliert man leicht aus dem Blick, dass die Geschichte von lgbtiq-Personen in Deutschland in erster

15 Vgl. Gabriel Stängle: Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens <https://www.openpetition.de/petition/online/zukunft-verantwortung-lernen-kein-bildungsplan-2015-unter-der-ideologie-des-regenbogens> [Stand: 05.07.2014].

16 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg: Akzeptanz von sexueller Vielfalt, <http://www.kultusportal-bw.de/,Lde/Startseite/schulebw/Sexuelle+Vielfalt> [Stand: 06.07.2014].

17 Vgl. ebd.

18 Zur Frage der doppelten Unterschriften siehe den Vortrag von Nele Tabler und Andrea Meyer: #idpet – Wenn Partizipation und Grundrechte kollidieren, <http://re-publica.de/session/idpet-wenn-partizipation-und-grundrechte-kollidieren> [Stand: 05.07.2014].

19 Vgl. ebd.. Aktuell stehen unter der Petition noch etwa 11.000 Kommentare, 5000 von ihnen werden nach einer Analyse von Nele Tabler als Hasskommentare gewertet.

20 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg: Wesentliche Rahmenvorgaben und Eckpunkte des neuen Bildungsplanes, http://www.kultusportal-bw.de/,Lde/Startseite/schulebw/Rahmenvorgaben_Eckpunkte#anker1855083 [Stand: 06.07.2014].

21 Vgl. ebd., S. 16.

22 Vgl. ebd., S. 17.

23 Vgl. ebd., S. 18.

24 Vgl. ebd., S. 27 f.

25 Vgl. ebd., S. 29.

26 Vgl. ebd., S. 23.



Demonstration während der Aids-Woche in München, 1990 Bild: SZ Photo, Fotograf: Karl-Heinz Egginger

Linie eine Emanzipationsgeschichte ist. Noch nie konnten lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen in diesem Land so frei und selbstbestimmt leben wie zur Zeit. Noch nie hatten sie so viele Rechte, auch wenn eine vollständige rechtliche Gleichstellung nach wie vor nicht durchgesetzt ist. Seit 2006 gibt es ein Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, welches auch den Schutz vor Diskriminierung auf Grund der sexuellen Identität beinhaltet.²⁷ Erst vor wenigen Wochen wurde das 20jährige Jubiläum der Abschaffung des Paragraphen 175 gefeiert, der sexuelle Handlungen unter Männern kriminalisierte. Er war 1872 in Kraft getreten, 1935 unter nationalsozialistischer Herrschaft verschärft worden und bestand in der Bundesrepublik Deutschland in dieser Form bis 1969. Am 11. Juni 1994 wurde der Paragraph 175 im Strafgesetzbuch ersatzlos gestrichen. 2002 beschloss der Bundestag die Aufhebung der Urteile in der Zeit des Nationalsozialis-

mus,²⁸ eine Rehabilitation der nach 1945 nach Paragraph 175 verurteilten Männer steht jedoch bis heute aus. Diese nach wie vor bestehende Lücke vergangenes Unrecht zumindest formal aufzuheben zeigt, wie schwierig und langwierig der Weg zur rechtlichen Gleichstellung ist. Dies zeigen auch die heftigen Widerstände und Auseinandersetzungen, die jeder Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung mit sich bringt. Im Jahr 2000 wurde mit dem Gesetz zur eingetragenen Lebenspartnerschaft die Möglichkeit für gleichgeschlechtliche Paare geschaffen, ihre Beziehung rechtlich abzusichern. Gleichzeitig wurde mit dem Gesetz die Ungleichstellung gleichgeschlechtlicher Beziehungen zu heterosexuellen Beziehungen vorläufig festgeschrieben und die Ehe nicht für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Bereits am 17. Juli 2002 urteilte das Bundesverfassungsgericht in Hinblick auf Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes, der Ehe und Familie unter besonderen Schutz stellt, dass dieser besondere

27 Vgl. <http://www.gesetze-im-internet.de/agg/> [Stand 06.07.2014].

28 Vgl. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege <http://web.archive.org/web/20070926220116/http://www.bgblportal.de/BGBl/bgbl1f/bgbl102s2714.pdf> [Stand 06.07.2014].

Schutz den Gesetzgeber nicht hindere, „für die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft Rechte und Pflichten vorzusehen, die denen der Ehe gleich oder nahe kommen.“²⁹ Und am 7. Juli 2009 urteilte es: „Es ist verfassungsrechtlich nicht begründbar, aus dem besonderen Schutz der Ehe abzuleiten, dass andere Lebensgemeinschaften im Abstand zur Ehe auszugestalten und mit geringeren Rechten zu versehen sind.“³⁰ In Folge der Urteile des Bundesverfassungsgerichts wurden die Rechte eingetragener Lebenspartnerschaften im Bundestag sukzessive den Rechten einer Ehe angepasst. Am 19. Februar 2013 schließlich stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass mit Kindern lebende eingetragene Partnerschaften als durch Art. 6 Abs. 1 GG geschützte Familie zu behandeln seien.³¹ In der Urteilsbegründung wurde festgehalten: „Unterschiede zwischen Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft, welche die ungleiche Ausgestaltung der Adoptionsmöglichkeiten rechtfertigen könnten, bestehen nicht.“³² Trotz dieses Urteils wurde im Mai 2014 im Bundestag lediglich die Sukzessivadoption eines bereits durch die Lebenspartnerin oder den Lebenspartner adoptiertes Kind ermöglicht. Ein Antrag auf die vollständige Gleichstellung von Lebenspartnerschaften und Ehe in Hinblick auf Adoption wurde abgelehnt.

„Aufklärung ist gut und Akzeptanz noch besser“

„Wir sind links und rechts, grün, gelb, rot, schwarz, kämpferisch und angepasst. Und das war noch nie anders, auch nicht in den ach so glorreichen 80ern. Nur dass damals Otto Normalschwul und Eva Normallesbe noch nicht den Mut fanden auf die Straße zu gehen.“³⁴ Trotz der nach wie vor bestehenden Widerstände und Auseinandersetzungen sind LGBTIQ inzwischen in der Mitte der Gesellschaft angekommen und haben diese auch ein Stück verändert. Gleichzeitig hat sich aber auch die LGBTIQ-Bewegung im Laufe der Zeit verändert. Diese Veränderung lässt sich an

der Geschichte und den Bildern der Paraden zum Christopher Street Day (CSD) gut erkennen. Während der erste CSD in München am 28. Juni 1980 noch als kleine und stille Demonstration durch Münchens Innenstadt zog und die rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einigen Mut brauchten, um mitzulaufen, ist die Parade zum CSD inzwischen zu einem lauten, bunten Fest mit mehreren tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern geworden. „In den 30 Jahren haben wir München für uns verändert. Als eine der erfolgreichsten sozialen Bewegungen haben wir Geschichte gemacht“, stellt Thomas Niederbühl 2010, der 1996 für die Rosa Liste als europaweit erster Stadtrat einer schwullesbischen Wählerinnen- und Wählergemeinschaft, ins Rathaus gewählt wurde, zum 30-jährigen Jubiläum des Münchner CSDs fest.³⁵

Wie weit LGBTIQ aber nach wie vor davon entfernt sind als sichtbare Normalität wahrgenommen und respektiert zu werden, zeigten die Reaktionen auf das Coming Out des ehemaligen Nationalfußballers Thomas Hitzelsperger im Januar 2014.³⁶ Die Welle positiver Resonanz in der medialen Öffentlichkeit auf dieses Coming Out stand im krassen Gegensatz zu den Debatten, um den zeitgleich stattfindenden Streit um den Bildungsplan in Baden-Württemberg. In dieser Diskrepanz zwischen der heftigen Abwehr sexueller Vielfalt und dem Beharren auf traditionellen Rollenvorstellungen als einzig ‚richtige‘ Lebensweise einerseits und der weit verbreiteten Akzeptanz für sexuelle Vielfalt, die nach wie vor zu medialer Aufregung führt, andererseits, liegt die eigentliche Herausforderung für die Normalisierung lesbischer, schwuler, transsexueller, intersexueller und queerer Lebensweisen. Jimmy Schmid formuliert diese Herausforderung für sich und andere so: „Aufklärung ist gut und Akzeptanz noch besser. Wir sind deswegen nicht krank und auch nicht schlechter. Sich ein Leben zu erkämpfen ist nicht leicht, doch auch irgendwann hast du dein Ziel erreicht.“³⁷ ■

29 Leitsätze zum Urteil des Ersten Senats vom 17. Juli 2002, http://www.bverfg.de/entscheidungen/l20020717_1bvf000101.html [Stand: 06.07.2014].

30 Leitsätze zum Beschluss des Ersten Senats vom 7. Juli 2009 http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20090707_1bvr116407.html [Stand: 06.07.2014].

31 Vgl. Leitsätze zum Urteil des Ersten Senats vom 19. Februar 2013, http://www.bverfg.de/entscheidungen/l20130219_1bvl000111.html [Stand: 06.07.2014].

32 Ebd.

33 Vgl. Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 36. Sitzung, Berlin, Donnerstag 22.05.2014 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18036.pdf> [Stand: 06.07.2014].

34 Sarah Jäckel in Leo, Juli 2010, zitiert nach: Gabriele Fischer: Und wie normal bist du? in: Zara Pfeiffer (Hg.): Auf den Barrikaden. Proteste in München seit 1945, S. 212.

35 Ebd., S. 209.

36 Vgl. „Homosexualität wird im Fußball ignoriert“, Thomas Hitzelsperger im Interview mit Carolin Emcke und Moritz Müller-Wirth <http://www.zeit.de/2014/03/homosexualitaet-profifussball-thomas-hitzelsperger/komplettansicht> [Stand: 06.07.2014].

37 Jimmy Schmid: Rap über Transidentität <http://www.youtube.com/watch?v=DPdIQEPvv-c> [Stand: 05.07.2014].

Gay Pride in Israel

Ein Gespräch mit Zoharit Shorek und Adir Steiner

Interview¹ von Werner Karg



Gay-Pride-Aktivisten werben für Toleranz. Bilder: Adir Steiner/Zoharit Shorek Alle Fotos: privat

1 Das Interview wurde auf Englisch geführt; Übersetzung: Uta Löhner / Julia Kovacs.

„Erst gestern hab ich zu einer Gruppe junger Leute in einer Schule gesagt, dass man manchmal in seinem Leben zwei Optionen hat: Die erste ist, seine Sachen zu packen und wegzugehen, sein Zuhause zu verlassen, sich nicht mit dem Thema auseinander zu setzen. Und die zweite Option ist, zu bleiben und für einen Platz in der Gesellschaft zu kämpfen“.

Vor etwa dreißig Jahren erstarkte in Israel die Schwulen- und Lesbenbewegung. Gegen erhebliche Widerstände setzte sie in den Folgejahren ihre Interessen durch. Heute hat sich Tel Aviv mit seinen vielfältigen Angeboten und Massenevents für Homosexuelle zu einem Dorado der internationalen Szene entwickelt. Doch es existieren auch im aufgeschlossenen Israel Hindernisse für Menschen mit nonkonformen sexuellen Identitätskonzepten. Und jenseits der israelischen Grenz- und Sicherheitszäune sehen sich Homosexuelle mit einer zunehmend fundamentalistischen und radikalen Gesellschaftsordnung konfrontiert.

Adir Steiner (45) ist eine der zentralen Figuren der LGBT-Bewegung in Israel. 1992 klagte er sich nach dem Tod seines Lebensgefährten erfolgreich durch die Instanzen, um als Witwer anerkannt zu werden. Steiner organisierte unter anderem 1999 die erste offizielle Gay Pride Parade in Tel Aviv – und koordiniert diese bis heute. Er initiierte das LGBT-Community-Center in Tel Aviv.

Zoharit Shorek (37), Geschichtswissenschaftlerin und Archäologin, gründete 2009 in Tel Aviv den Pride Minyan, eine orthodoxe Gebetsgruppe für lesbische Frauen. Darüber hinaus ist sie ein aktives Mitglied von „Bat Kol“, einer Organisation, die für die Rechte religiöser Lesben eintritt sowie Vorstand des LGBT-Community-Centers in Tel Aviv.²

Karg:

Welche Rolle spielt Euer öffentlich bekennendes und klares Auftreten für Eure sexuelle Identität? Welche Bedeutung hat diese Offenheit für das Land, in dem Ihr lebt, für Israel?

Steiner:

Ich glaube, dass diese Offenheit der größte Beitrag für unsere Gemeinde, unsere Gesellschaft, aber auch für unsere Minderheit ist, weil wir manchmal über die israelische Regierung sprechen und diese Situation sehr heikel sein kann. Außerdem treffen wir junge Schwule aus Palästina.

² Am Echad n. r. V., München.

³ LGBT (Abk. für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender) ist auch im Deutschen verwendbar.

Shorek:

Ich bin religiös und komme aus einer orthodoxen Gemeinde. Ich bin noch immer orthodox. Vor 15 Jahren, nachdem die säkulare Gesellschaft und die LGBT³ anfangen Veränderungen herbeizuführen, sagten wir: „Hey, wir sind hier und ihr müsst uns akzeptieren, wir sind ein Teil von euch!“ Und so kam der Erfolg. Wir bauten Akzeptanz in unserer Gesellschaft auf. Einige sagten über LGBT in ihrer Gemeinde: „Oh nein! Wir haben solche Leute nicht unter uns!“. Damals sprachen wir mit allen, öffneten und outeten uns in unseren Gemeinden und fanden heraus, wie sie uns akzeptieren würden. Sie sind sich der Tatsache bewusst, dass es uns gibt und jetzt stehen wir mit ihnen im Dialog.

Steiner:

Das ist der Effekt, wenn man sich nicht versteckt. Deshalb sind wir in gewisser Weise abhängig von einer Organisation wie Pride und deshalb ist es so wichtig.

Karg:

Denken Sie, dass Israel eine wichtige Rolle in Bezug auf Minderheiten spielt? So weit ich weiß, ist Israel an erster Stelle in der Welt, was die Gleichberechtigung von Schwulen anbelangt.

Steiner:

Nicht an erster Stelle. Israel ist ein sehr junges Land und ein Land mit Menschen, die aus der ganzen Welt kommen. Brisant ist zum Beispiel das Thema „Schwule in der Armee“: Mein erster Partner, der Arzt in der israelischen Armee war, kämpfte sehr dafür in der Armee bleiben zu dürfen und zu dienen. Inzwischen verwerfen sie dort die „Nichts-Sagen-Nicht-Fragen-Richtlinie“.

Karg:

Aber sie wussten, dass dein Partner homosexuell war?

Steiner:

Jeder wusste es!

Karg:

Ich denke, dass dieser offensive Umgang mit diesem Thema auch mit der politischen Situation Israels zusammenhängt, weil Israel als Ganzes, umringt von Feinden, eine spezielle Position innehat. Heutzutage hat Israel einen Zustand des eher ruhigen Lebens erreicht.



Adir Steiner

Steiner:

Ja, ruhig war es jetzt ganz schön lange. Allerdings werden immer wieder Fragen an die Gesellschaft gestellt: Wie geht man mit Frauen um, wie geht man mit Minderheiten um?

Karg:

Sind Sie Mitglied einer politischen Partei?

Shorek:

Ja, das bin ich. Ich gehöre den „Cheer-Frauen“ des LGBT-Flügels von „Yesh Atid“ an, der zweitgrößten Partei im Parlament.

Karg:

... und wer ist der Parteichef?

Shorek:

Yair Lapid, er ist der Finanzminister.

Karg:

Kam er bei den letzten Wahlen ins Parlament?

Steiner und Shorek [zusammen]:

Ja! Erst zuletzt!

Shorek:

Wir haben 19 Abgeordnete. In unserer Vision innerhalb der Partei wollen wir vor allem Gesetze vorantreiben, die pro LGBT sind. Wir haben vier Gesetzesinitiativen, die wir ins Parlament eingebracht haben: das erste Gesetz ist für eine eingetragene Lebenspartnerschaft...

Steiner:

... das zweite ist, Kinder auf die Welt zu bringen mithilfe einer Leihmutter!

Shorek:

Ja! Gibt es das in Deutschland?

Karg:

Nein.

Steiner:

Nein, das weiß sogar ich. Ich habe Freunde in ganz Europa, und das gibt es fast nirgends.



Zoharit Shorek

Shorek:

Diese Entwicklungen fanden bisher außerhalb Israels statt, aber nun wollen wir sie auch in Israel voranbringen. Es ist wichtig, dass es für Transsexuelle einfacher wird, eine Operation zu erhalten. Für dieses Verfahren plädiert die dritte Gesetzesvorlage. Die vierte ist, gleich zu sein – „gleich“, so wie jeder andere. Wir werden auch noch andere Gesetzesinitiativen vorantreiben. Und das ist uns sehr wichtig! Bibi Netanjahu, der Premierminister, hat für das Leihmutter-Gesetz gestimmt. Es war das erste Mal. Ich sehe darin eine Lebensaufgabe, gerade auch gegenüber der religiösen Gruppe für unsere Rechte zu kämpfen.

Erst gestern habe ich zu einer Gruppe junger Leute in einer Schule gesagt, dass man manchmal in seinem Leben zwei Optionen hat. Die erste ist, seine Sachen zu packen und wegzugehen, sein Zuhause zu verlassen und nicht zu bleiben, sich nicht mit dem Thema auseinanderzusetzen. Und die zweite Option, die man wählen kann, ist zu bleiben und für einen Platz in der Gesellschaft zu kämpfen. Ich hätte auch zu den reformierten oder konservativen Gemeinden gehen können, aber das habe ich nicht getan...

Steiner:

Da hättest du zugrunde gehen können!

Shorek:

Richtig! Aber ich habe einen meiner Meinung nach guten Weg gefunden Schwierigkeiten zu meistern. Sagt es eurem Land, sagt es euren Gemeinschaften, findet eurem Platz! Steht ein für eure Rechte! Es ist wichtiger als alles andere, dass man nicht außerhalb der Gemeinde steht. Aufzugeben ist keine Lösung!

Steiner:

... und das bedeutet, dass man in einer Gemeinde leben kann, in der es eine Öffentlichkeit für Gay-Pride-Events

gibt; auch wenn sie klein und verkrampt ist. Man kann öffentlich sagen „Ja, wir sind hier!“.

Karg:

... was man in Russland zum Beispiel nicht darf!

Steiner:

Ja, das wäre schwierig. Manchmal kann man etwas Gewalt begegnen. Aber man sollte keine Angst haben! Außer in Ägypten, da ist man nicht unbedingt sicher. Aber höchstwahrscheinlich stirbt man ja auch nicht gleich, wenn man sich in einem Dorf in Bayern zu seiner sexuellen Orientierung bekennt, oder? Mag sein, dass man mit einer Gay-Flagge im Supermarkt nicht gerne gesehen ist, aber ansonsten sollte das doch kein Problem sein.

Karg:

In Israel leben politische Flüchtlinge aus den Staaten rings um Israel, die Glück haben, nach Israel zu kommen und dort ein schwules oder lesbisches Leben führen können.

Steiner:

Nein. Wir hatten mal einige Flüchtlinge aus den Palästinenser-Gebieten, aber viele gingen nach Deutschland. Ich weiß, dass viele Flüchtlinge aus arabischen Gegenden in andere Staaten auswanderten. Wenn mich Leute aus Europa am Ende einer Diskussion oder eines Treffens fragen, ob ich mit ihnen und der Gay-Pride-Flagge posiere, dann immer gerne! Leider aber scheint es ihnen peinlich zu sein, da sie es nach dem Foto meist eilig haben.

Karg:

Kommen wir zurück zur Politik – wie weit glauben Sie, ist die legale Ehe für Schwule und Lesben noch weg?

Shorek:

„Rom wurde nicht an einem Tag erbaut“, richtig? Also, wir sind noch eine junge Partei und erst etwas über einem Jahr im Parlament. Wir gehen noch in kleinen Schritten voran. Dennoch haben wir schon etwas bewegt. Das nächste Ziel wird die eingetragene Lebenspartnerschaft sein. Wir sprechen bewusst von Lebenspartnerschaft, weil wir in Israel mit dem Begriff „Ehe“ bei religiösen Leuten auf Konfrontation stoßen würden.

Steiner:

Ich glaube, dass Schwulenrechte nicht das Problem sind. Aber der Begriff „Ehe“ stellt ein Problem für die säkularen Leute in Israel dar.

Karg:

Ja, seit Anbeginn des Staates!

Shorek:

Deshalb bevorzugen wir den Begriff „Lebenspartnerschaft“. Es geht aber um dieselben Rechte! Ganz genau dieselben.

Steiner:

Also, zurück zu dem, was wir bewegen wollen. Für eine legale Partnerschaft gibt es derzeit noch kein offizielles Zertifikat.

Ich zum Beispiel war verheiratet und betrachte mich seit den letzten 18 Jahren mit meinem zweiten Mann als verheiratet. Eine heilige Sache, für die man eigentlich eine Erlaubnis haben muss ...

Karg:

... und man muss dafür nicht nach Zypern gehen?

Steiner:

Nein. Ich will auch nicht nach Kanada gehen.

Shorek:

Ich stimme dir da nicht zu. Ich zum Beispiel würde keine Ehe eingehen ohne den Segen meines Glaubens-Patrons. Wir haben Leute, die nach Kanada oder New York gehen und sich dort trauen lassen und dann – verheiratet – wieder nach Israel zurückkommen.

Steiner:

Dann muss die Ehe offiziell registriert werden, weil der israelische Staat die Gesetze anderer Staaten anerkennen muss.

Shorek:

Wenn ich in einem bestimmten Staat leben will, sollte ich nach meinen Privilegien fragen bzw. diese auch einfordern. Wir müssen hier in Israel die Lebenspartnerschaft voranbringen, weil es in meinen Augen wichtig ist, den gesamten Leistungen des Staates auch erhalten zu können.

Ich kämpfe dafür, dass die Gerichte uns irgendwann Recht geben müssen. Denn jedes Jahr, ja, j-e-d-e-s Jahr fülle ich ein Formular im Rahmen meiner Arbeit aus, das fragt: „Wie lautet Ihr Name? Wie ist Ihre familiäre Situation? Haben Sie Kinder?“, Sie wissen schon, so generelle Informationen. Und jedes Jahr in den letzten zehn Jahren schreibe ich „geschieden“ da rein, denn ich war vorher mit einem Mann verheiratet, fast zehn Jahre lang. Jedes Jahr schreibe ich „geschieden“ in dieses Feld; dabei will ich vor dem Staat doch gar nicht als geschieden gelten – ich will verheiratet sein!

Steiner:

Warum sagst du dann nicht: „Ich will dazu keine Angabe machen!“

Shorek:

Kann ich nicht, ich muss ja Steuern zahlen.

Steiner:

Steuern sind immer das Problem, wenn man heiratet. Deshalb heiratet man am besten gar nicht. Dann hat man keine Probleme mit der Steuer...

Shorek:

Also, ich will die eingetragene Lebenspartnerschaft voranbringen, sowohl für mich als auch für den Rest der Leute, die nach unseren religiösen Regeln bislang nicht heiraten können.

Karg:

Vielen Dank für das Gespräch. ■



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

Weitere Publikationen der Landeszentrale zu den Themen dieses Heftes



**Themenheft 1/13
Weiße Rose**



**Medienlandschaft
Deutschland**
385 SEITEN, MÜNCHEN 2006
(A 121)



**Die Geschichte des
modernen Bayern**
560 SEITEN, MÜNCHEN 2006
(A 95)

Diese und andere Publikationen können Sie bei der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit beziehen.
Praterinsel 2, 80538 München, Fax: 089 - 21 86 - 21 80, landeszentrale@stmbw.bayern.de,
www.politische-bildung-bayern.de